

127

März 2010

Kreativität, Cluster und Konzepte – wie Neues entstehen kann

Innovation

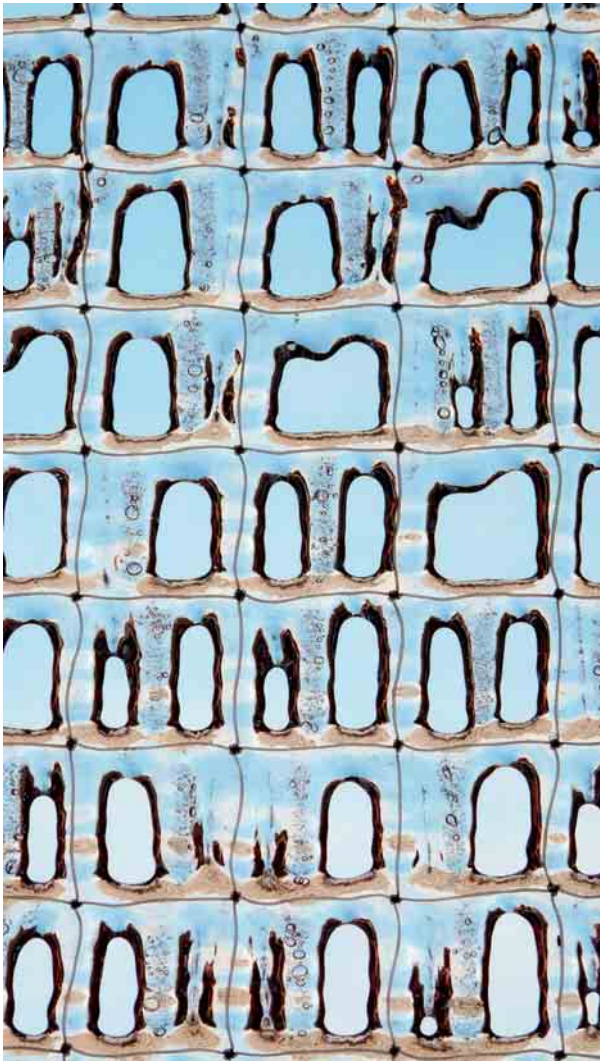


Weitere Themen:

Last und Lust –
Arbeit im Wandel

Internationaler
Steuerwettbewerb

Rückkehr der
Diktaturen?



Inhalt

Titelfoto:

Aus dem Band: Chindogu. 99 (un)sinnige Erfindungen, von Kenji Kawakami, erschienen im DuMont-Verlag, Köln. Leider ist es der Redaktion nicht gelungen, die Rechte-Inhaber ausfindig zu machen. Sachdienliche Hinweise nimmt sie gern entgegen.

Fotos Seite 2:

Das WZB-Gebäude in der Februar-Eiszeit 2010: Tischplatte im Innenhof [Foto unten: Udo Borchert], Taubenschutznetze [Fotos oben: Thomas Schuh]

- 5 Jutta Allmendinger
Die kleine Dienerin
Titel
-
- 6 Michael Hutter
Neue Bilder im Kopf
William Hogarth und die industrielle Revolution
- 9 Wolfgang van den Daele
Auf eigene Rechnung
Gegen Neuro-Enhancement lässt sich schwer argumentieren
- 12 Ignacio Fariás
Ceci n'est pas un cluster!
Die junge Architekturindustrie von Santiago de Chile
- 16 Janet Merkel und Maria Oppen
Wo Neues gewagt wird
Wie städtische Kulturen Kreativität fördern
- 20 Weert Canzler, Andreas Knie und Dagmar Simon
Kaskaden zu Schleifen
Deutschlands Innovationssystem ist herausgefordert
- 23 In Bewegung
Interview mit Dagmar Simon und Andreas Knie zu Innovationen im deutschen Wissenschaftssystem
- 26 Lena Ulbricht
Maßstäbe gesucht
Das deutsche System außeruniversitärer Forschung – kritisch befragt
- 30 Jürgen Schmidt und Jürgen Kocka
Last und Lust
Wie sich die Bedeutung der Arbeit gewandelt hat

Aus der aktuellen Forschung

- 36 **Das Ende der Euphorie**
Kehren die Diktaturen zurück?
Wolfgang Merkel über theoretische und empirische Befunde
- 40 **The global spreading of ideas**
Peter M. Haas on social learning and the evolution of multilateral environmental governance
- 43 **Chance statt Schicksal**
Arndt Sorge über offensive Internationalisierung
- 46 **Jenseits des Steuerwettbewerbs**
Nelly Exbrayat über Möglichkeiten für Regierungen, die Staatseinnahmen zu sichern

49 Konferenzberichte

Aus dem WZB

- 55 **Kein Spezialistenspezialist**
Jürgen Kocka wurde als Forschungsprofessor verabschiedet
- 56 **Denkräume schaffen**
Weert Canzler und Andreas Knie über die Zusammenarbeit von Unternehmen und WZB im InnoZ
- 59 Vorschau
60 Nachlese
62 Personalien
64 Publikationen

Zu guter Letzt

- 70 **Sie haben die Wahl**
Dorothea Kübler lädt ein zu einem Experiment ohne Risiken und Nebenwirkungen

Impressum

WZB-Mitteilungen
ISSN 0174-3120

Heft 127, März 2010

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
Professorin Jutta Allmendinger Ph.D.

D-10785 Berlin
Reichpietschufer 50

Telefon 030-25 49 10
Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im
Jahr [März, Juni, September, Dezember]
Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO
kostenlos

Redaktion

Dr. Paul Stoop [Leitung]
Andrea Lietz-Schneider
Claudia Roth
Kerstin Schneider

Korrektorat
Udo Borchert

Dokumentation
Ingeborg Weik-Kornecki

Mitarbeit

Beauftragte der WZB-Schwerpunkte:
Christoph Albrecht
Dr. Susanne Fuchs
Babette Hagemann
Christian Rabe

Nachdruck in Absprache mit
der Redaktion

Auflage
10.500

Fotos S. 5 und S. 61: David Ausserhofer

Gestaltung
kognito Gestaltung, Berlin

Satz
bontype media AG, Bonn

Druck
Medienhaus Plump GmbH, Rheinbreitbach

WZB Aufgabe und Arbeiten

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreiben rund 150 deutsche und ausländische Wissenschaftler problemorientierte Grundlagenforschung. Soziologen, Politologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Historiker erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen. Von besonderem Gewicht sind Fragen der Transnationalisierung und Globalisierung. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Public Health
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
- Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

WZB Struktur

Präsidentin: Professorin Jutta Allmendinger Ph.D.
Administrativer Geschäftsführer: Heinrich Baßler

Die Forschungseinheiten

Schwerpunkt Bildung, Arbeit und Lebenschancen

Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“
Direktorin: Prof. Dr. Heike Solga
Abteilung „Ungleichheit und soziale Integration“
Direktor: Prof. Dr. Jens Alber
Forschungsgruppe „Public Health“
Leitung: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Forschungsprofessur „Demographische Entwicklung, sozialer Wandel und Sozialkapital“
Prof. Chiara Saraceno Ph.D.
Projektgruppe Nationales Bildungspanel: „Berufsbildung und lebenslanges Lernen“
Leitung: Prof. Dr. Kathrin Leuze
BMBF-Nachwuchsgruppe „Education and Transitions into the Labour Market“
Leitung: Dr. Rita Nikolai
Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „Liebe, Arbeit, Anerkennung“
Leitung: Dr. Christine Wimbauer

Schwerpunkt Märkte und Politik

Abteilung „Verhalten auf Märkten“
Direktorin: Prof. Dr. Dorothea Kübler
Forschungsprofessur „Wettbewerb und Innovation“
Prof. Lars-Hendrik Röller Ph.D.
Forschungsprofessur „The Future of Fiscal Federalism“
Prof. Dr. Kai A. Konrad

Schwerpunkt Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik

Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“
Direktor: Prof. Dr. Michael Hutter
Abteilung „Internationalisierung und Organisation“
Direktor (kommissarisch): Prof. Dr. Arndt Sorge
Forschungsgruppe „Wissen, Produktionssysteme und Arbeit“
Leitung: Prof. Dr. Ulrich Jürgens
Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“
Leitung: Dr. Dagmar Simon

Schwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie

Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“
Direktor: Prof. Dr. Ruud Koopmans
Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“
Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Merkel
Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“
Direktor: Prof. Dr. Michael Zürn
Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“
Leitung: Privatdozent Dr. Dieter Gosewinkel, Prof. Dr. Dieter Rucht
Forschungsprofessur „Theorie und Geschichte der Demokratie“
Prof. John Keane Ph.D.
Forschungsprofessur „Neue Formen von Governance“
Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert
Schumpeter-Nachwuchsgruppe „Positionsbildung in der EU-Kommission“
Leitung: Dr. Miriam Hartlapp
WZB Rule of Law Center
Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert, Prof. Dr. Michael Zürn

Die kleine Dienerin



Innovationen – damit verbindet man Hightech, Patente, Labore, Kosten, Wirtschaftswachstum, Bestehen im internationalen Wettbewerb. Innovationen sind aber auch die kleinen Dinge des Lebens: der wohl nicht marktfähige Kopfkranz, der das Haar vom Sturz in die Suppe abhält, die Serviette, die uns hilft, Mund und Finger abzuwischen, uns im Wortsinn eine „kleine Dienerin“ ist. Das Serviettenkettchen, das die Tomatensoße vom Hemd fernhält. Ein befreundeter Wissenschaftler hat es immer dabei. Er hängt es um, schützt seine feine Seidenkrawatte. Geht man mit ihm essen, so zieht das alle Blicke an, weil das aus der Mode gekommen ist, schräg, ja unfein.

Michael Hutter geht in seinem Artikel „Neue Bilder im Kopf“ noch einen Schritt weiter. Anhand der Bilder von William Hogarth argumentiert er, dass zu Beginn des 18. Jahrhunderts visuelle Veränderungen die Konsumgewohnheiten so stark umgeformt haben, dass es zu einer massiven Ausweitung des Angebots kam. Künstlerische Innovationen gingen den technischen voraus, die Revolution im Blick, und Konsum lag zeitlich vor der Revolution der Produkte, der industriellen Revolution, lautet seine These. Hutters Abteilung heißt „Kulturelle Quellen von Neuheit“, und ihr gehören auch Janet Merkel und Maria Oppen an. Sie zeigen, wie die Kultur der Großstadt Kreativität fördert, wie wichtig soziale Praktiken und Diskurse sind, dass es auf geteilte lebensweltliche Bezüge, ähnliche Lebensmodelle, milieuartige Strukturen ankommt.

Ignacio Fariás verdichtet dieses Thema weiter: Er zeigt, dass die innovative und erfolgreiche Architektur in Santiago de Chile nur durch Kulturen der Kooperation zustande kommt. Diese Kulturen lassen sich nicht als Cluster, als Netzwerke von Unternehmen, Institutionen und Individuen darstellen, sondern eher als etwas Stammbaumähnliches, das durch generationelle Beziehungen zwischen Architekten geprägt und ermöglicht wird. „Ceci n'est pas un cluster“, so könnte auch der Beitrag von Weert Canzler, Andreas Knie und Dagmar Simon überschrieben sein. Zwar nutzt die Innovationspolitik in Deutschland gerne die Vorstellung von Clustern und setzt auf regionale Cluster, die systemische Grenzen überwinden sollen. Die Evaluationsforschung belegt solche Effekte jedoch nicht.

In diesem Heft geht es nicht nur um die Grundlagen von Innovationen, es geht auch um ihre Folgen. Wie sehr diese immer mitgedacht werden müssen, analysiert Wolfgang van den Daele. Hier geht es um Gehirnmanipulation, um Neuro-Enhancement und die Folgen für die Muster sozialer Ungleichheit. Er stellt provokativ die Frage: Warum sollte Gehirndoping nicht genutzt werden, wo es doch sonst keinen Anstoß erregt, wenn ein Mensch sich einen Wettbewerbsvorteil durch eine besonders qualifizierte Vorbereitung verschafft, also gewissermaßen durch ein Trainingslager? Denn auch der Zugang zum Trainingslager ist ein Privileg, keine eigene Leistung. Kriterien sozialer Gerechtigkeit können daher keineswegs zu einem eindeutigen moralischen Verdikt des Neuro-Enhancement führen.

Wie die kleine technische Dienerin beim Essen soll dieses Heft hilfreich sein – und zeigen, wie Neues entstehen kann und was das für Politik und Gesellschaft heißt. Die Innovationsforschung wäre ohne solche reflektierenden Überlegungen ärmer.

Jutta Allmendinger

Neue Bilder im Kopf

William Hogarth und die industrielle Revolution

Michael Hutter

Bilder, so zeigt der Berliner Kunsthistoriker Horst Bredekamp, bewegen ihre Betrachter, sie regen sie insbesondere in der Wissenschaft zu Entdeckungen und neuen Vorgehensweisen an. Aber haben Bilder auch die Kraft, ihre Betrachter zur Veränderung ihres Konsumverhaltens zu bewegen? Können sie dazu beitragen, dass sich die Wirtschaftsentwicklung nachhaltig ändert? Diese Frage steht im Zentrum einer Studie der WZB-Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“, die sich mit der Vorgeschichte der industriellen Revolution beschäftigt.

Nach gängigen Vorstellungen waren es fundamentale technische Innovationen, allen voran die Dampfmaschine, die die Förderung von Bodenschätzen und die Warenproduktion mittels Maschinen ermöglichten und so die rasche Expansion der europäischen Wirtschaft im 19. Jahrhundert auslösten. Die Entwicklung funktionsfähiger Innovationen war aufwendig, und noch teurer waren die Maschinen, mit denen die Fabriken ausgestattet wurden. Warum wurden diese ungewöhnlich hohen Investitionen getätigt, erst in England, dann auch auf dem europäischen Kontinent und in Nordamerika? Die ökonomische Theorie sieht den Anreiz für derartige unternehmerische Entscheidungen auf der Nachfrageseite. Letztlich sind es die mit Kaufkraft versehenen Wünsche der Nachfrager, die das Warenangebot und alle vorgelagerten wirtschaftlichen Aktivitäten bestimmen, lautet die These.

Kann es denn sein, dass es vor der industriellen Revolution, also in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, insbesondere in England zu einer Veränderung im Konsumverhalten kam, die derart starke Veränderungen auf der Produktionsseite auslösen konnte? Zahlreiche Studien der vergangenen Jahrzehnte haben dafür Beweismaterial zusammengetragen. Der Kunsthistoriker David Solkin hat gezeigt, dass sich in diesen Jahrzehnten die Ausbildung von Geschmack als einer erfolgreichen Strategie im Statuswettbewerb durchsetzte und dass die Produktion von Kunstwerken dabei eine bislang unterschätzte Rolle spielte. Der Kulturhistoriker John Brewer hat in einem umfangreichen Publikationsprojekt das Ausmaß dargelegt, in dem die Nachfrage nach Dekorations- und Einrichtungsgegenständen, Büchern, Bildern, Kleidern, aber auch Häusern und Gärten zunahm – alles Formen, in denen die „pleasures of the imagination“ konsumierbar gemacht wurden.

Die Grundlagen für die These von der Konsumrevolution vor der Produktionsrevolution existieren also bereits. Als Auslöser dieses Umbruchs sind bislang die ästhetischen Theorien des Earl of Shaftesbury und David Humes, die Romane von Henry Fielding und Samuel Richardson und vor allem die Journalpublikationen von Richard Steele und Joseph Addison hervorgehoben worden. Aber spielten auch visuelle Darstellungsformen eine Rolle bei der Entwicklung hin zu Konsumformen, die sich nicht auf endliche materielle Bedürfnisse, sondern auf unendliche imaginierte Bedürfnisse richten?

Die wirtschaftlichen Veränderungen traten zuerst in England auf, deshalb konzentriert sich die Fallstudie auf diese Region. Dort verbreiteten sich etwa seit dem Jahr 1720 Bilder, die *conversation paintings* genannt wurden. Auf diesen meist kleinformatischen Ölbildern sind Gruppen von Menschen, meist Personen aus dem erweiterten Familienkreis, zu sehen. Die Personen sind aber nicht, wie bei Porträts üblich, allein auf den Betrachter ausgerichtet, sondern sind untereinander durch Konversationen verknüpft. Getränke-rituale und Kartenspiele sind beliebte Formen, Konversationen in stummen Bildern darstellbar zu machen. Der Genuss von Kaffee (meist in spezialisierten Lokalen) und von Tee (häufig im privaten Bereich) hatte wenig mit materieller Flüssigkeitsaufnahme zu tun. Die Getränke dienten als Anregung für Debatten im öf-

Kurz gefasst

Der industriellen Revolution scheint eine Konsumrevolution vorangegangen zu sein. Die Veränderungen von Nachfragevolumen und -struktur wurden unterstützt durch zeitgenössische Bildprogramme. Im frühen 18. Jahrhundert spielten in England Genres der *conversation paintings* und der *satirical prints* eine besondere Rolle bei der Durchsetzung des neuen, bürgerlichen Konsumverhaltens.

fentlichen Raum und für Gespräche zwischen Freunden und Familienmitgliedern.

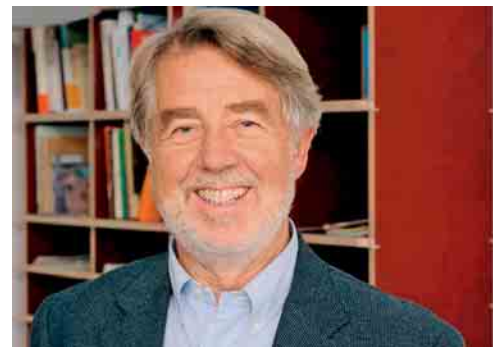
Die Gerätschaften, die mit dem Servieren insbesondere des Tees verbunden wurden, konnten Grade der Verfeinerung durch edle Materialien und Dekoration erreichen, die den herausragenden Geschmack ihrer Besitzer demonstrierten. Kartenspiele, besonders das damals populäre Whist, waren Formen eines sozialen Austausches, bei dem es nicht auf Standesunterschiede, sondern auf Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen und Einfallsreichtum ankam.

Bemerkenswert ist, dass derartige Sujets gewünscht wurden, obwohl sich in der provinziellen Kunstszene Englands erst einmal keine Künstler fanden, die sie in Bilder umsetzen konnten. Die Maler der frühen *conversation paintings* stammten aus den flämischen Provinzen und passten die dort gängigen Genreszenen in Wirtshäusern und auf Marktplätzen den Vorstellungen ihrer Auftraggeber an. Entsprechend steif und ungenau sehen die Personen auf diesen Bildern aus. Dennoch füllten sich die *townhouses* des englischen Landadels, der sich zunehmend in London aufhielt, und die Residenzen der vermögenden Banker und Handelsherren mit derartigen Bildern. *Conversation paintings* waren aber nicht die einzige stilistische Neuerung. Eine weitere Spielart, die in den neu entstehenden Vergnügungsgärten populär wurde, waren Dekorationsgemälde, in denen das Distinktionsbedürfnis der Besucher dadurch befriedigt wurde, dass Formen des feinen gesellschaftlichen Umgangs neben Formen des einfachen, bäuerlichen oder kindlichen Lebens gezeigt wurden.

Nur wenige dieser für den modischen Gebrauch angefertigten Bilder haben sich erhalten. Einige befinden sich heute noch in der Sammlung des Victoria Albert Museums, etwa die großen Leinwände, mit denen der Theatermaler Francis Hayman die offenen Speisekojen in Vauxhall Gardens dekoriert hatte. Sie lassen nur mehr ahnen, in welchem Ausmaß derartige Darstellungen die privaten und öffentlichen Räume füllten. Dagegen sind die *conversation paintings*, die William Hogarth zwischen 1730 und 1760 gemalt hat, weitgehend erhalten, weil sie bis heute wegen der Virtuosität der Darstellung und der Überfülle an Beobachtungen und komischen Übertreibungen geschätzt werden.

Als eines seiner Meisterwerke gilt das Bild der Familie des Bankiers Wollaston, 1730 gemalt. Das Verhaltensideal der *perfect balance*, der Verfeinerung des gesellschaftlichen Umgangs ohne die Barrieren der Adelsgesellschaft, findet bildhaften Ausdruck: Zwei Gruppen verbinden sich, die eine über ein Whistspiel, die andere über eine Tee-Konversation. Die Mitte bildet der Hausherr, der nach einer Seite zu seiner Frau blickt und sich durch die Geste seiner Hände gleichzeitig der Gruppe auf der anderen Seite des Raums zuwendet. Im Hintergrund der Szene ist die reichhaltige Dekoration des Empfangssaales im *townhouse* der Wollastons zu sehen – ein Katalog an Konsumgütern, vom Teppich über den Lüster bis zum Teegeschirr. Hogarth hat in Dutzenden ähnlicher Werke diese Selbstdarstellung der immer zahlreicher werdenden reichen Familien ins Bild gesetzt. Seine Kompositionen fanden über Kopien und Stiche ein Publikum, das weit über den Besucherkreis der dargestellten Familie hinausreichte.

Hogarths noch größeres Verdienst bestand darin, dass er neben den *conversation paintings*, die das richtige, das *polite behaviour* zeigten, ein neues Genre erfand: die *moral subjects*. Die *moral subjects* bestanden jeweils aus einer Serie von sechs bis zwölf Kupferstichen, die den *progress*, also die Entwicklung von Personen schilderten, die unweigerlich in Not und Tod endeten. Alle diese Personen verhalten sich falsch: Sie haben ihre Triebe nicht unter Kontrolle, sie geben sich geschmacklosen Vergnügungen hin, oder sie sind faul und leichtsinnig. Der Witz der Darstellung und der Reichtum der Nebenhandlungen machten diese für viele erschwinglichen Bilderserien zu Verkaufserfolgen. Oft wurden sie schon vor ihrer Erstveröffentlichung kopiert, dann lagen sie in Kaffeehäusern zur Ansicht, und schließlich wurden sie in weiteren Auflagen lange Zeit in Europa verbreitet, so dass Georg Lichtenberg noch 1794 einen



Michael Hutter ist seit 2008 Direktor der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“ und Forschungsprofessor an der Technischen Universität Berlin. Er studierte in München und in den USA Mathematik und Wirtschaftswissenschaft und habilitierte sich 1986 an der Universität München. Von 1987 bis 2008 war er Professor an der Universität Witten/Herdecke. Seine Forschungsarbeiten behandeln in jüngerer Zeit die Interdependenz zwischen Kunst und Wirtschaft.

[Foto: David Ausserhofer]

mhutter@wzb.eu

Summary

Art and the Industrial Revolution

The Industrial Revolution seems to have been preceded by a consumption revolution. Changes in the volume and structure of demand were supported by contemporary programs of artistic style. In early 18th century England, the genres of “conversation paintings” and “satirical prints” played a prominent role in establishing the new rules of “polite” behavior.

ausführlichen Kommentar zu den sechs Drucken der „Heirat nach der Mode“ in Göttingen veröffentlichte.

Das waren die Bilder im Kopf der Zeitgenossen der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, erst in London und seiner regionalen Umgebung, dann in den europäischen Haupt- und Universitätsstädten. Es waren Bilder vom richtigen und falschen Leben in einer Welt der selbst gewählten, nicht durch überkommene Traditionen bestimmten Lebens- und Verbrauchsformen. Zweifellos wurde der entstehende Verhaltenskodex einer zivilen, einer *civil society* auch in literarischer Form auf den Begriff gebracht, aber die Worte blieben doch abstrakter als die visuellen Darstellungen der Gärten, Häuser, Innenausstattungen, Porzellangefäße, Speisen, Getränke, Kleidungsstücke und all der anderen Konsumgüter, deren Erwerb und Verbrauch so erstrebenswert geworden war, weil neben dem Genuss auch sozialer Aufstieg gekauft werden konnte.

Es scheint also tatsächlich eine visuelle Komponente des Prozesses gegeben zu haben, der die Konsumgewohnheiten der Epoche so stark veränderte, dass darauf mit einer massiven Ausweitung des Angebots reagiert werden konnte. Den technischen Innovationen waren die künstlerischen Innovationen vorausgegangen – soviel lässt sich zeigen. Aus der starken Erfindungskraft der Bilder Hogarths folgt keineswegs, dass die industrielle Revolution ohne diese wenigen bemalten Leinwände und bedruckten Papiere anders verlaufen wäre. Aber seiner Erfindungskraft und der ästhetischen Qualität seiner Gemälde ist es zu verdanken, dass seine Werke im gesellschaftlichen Gedächtnis geblieben sind und wir noch heute in der Lage sind, den Bildern im Kopf der Menschen jener Epoche nachzuspüren.

Literatur

Maxine Berg, "From Imitation to Invention: Creating Commodities in Eighteenth-century Britain", in: *Economic History Review*, Vol. 55, No. 1, 2002, S. 1–30

John Brewer, *The Pleasures of the Imagination. English Culture in the Eighteenth Century*. New York: Farrar, Straus and Giroux 1997, 721 S.

Mark Hallett, *The Spectacle of Difference. Graphic Satire in the Age of Hogarth*. New Haven: Yale University Press 1999, 272 S.

Michael Hutter, *Wertwechselstrom. Texte zu Kunst und Wirtschaft. Fundus Band 183*. Hamburg: Philo Fine Arts 2010, 320 S.

David H. Solkin, *Painting for Money. The Visual Arts and the Public Sphere in Eighteenth-Century England*. New Haven: Yale University Press 1993, 312 S.

Auf eigene Rechnung

Gegen Neuro-Enhancement lässt sich schwer argumentieren

Wolfgang van den Daele

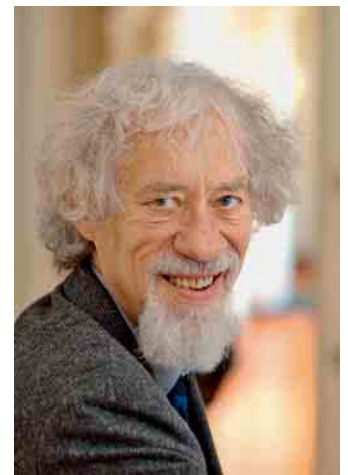
Die Neurowissenschaften konfrontieren uns nicht nur mit beunruhigenden neuen Techniken. Sie konfrontieren uns auch mit beunruhigenden neuen Wahrheiten. Offenbar werden Geist, Seele und Person des Menschen stärker vom Gehirn gesteuert, als wir auf der Basis des überkommenen Menschenbilds wahrhaben möchten. Was wir denken, fühlen oder wollen, kann nicht nur durch kulturelle Techniken beeinflusst werden, die auf Verstehen und Reflexion beruhen, sondern auch durch physische Techniken. Diese wirken gewissermaßen am Ich des Menschen vorbei, durch Implantate im Gehirn, durch die chemische Modulation des Hirnstoffwechsels, vielleicht auch durch Eingriffe ins Genom. Dies sind jedenfalls die Optionen, auf die das Neuro-Enhancement setzt.

Neuen Wahrheiten kann man nicht ausweichen. Erkenntnis lässt sich nicht wieder aus der Welt schaffen. Neuen Techniken dagegen kann man ausweichen – etwa durch Verbote. Allerdings lässt sich so allenfalls verhindern, dass Optionen der Gehirnmanipulation genutzt werden – nicht aber, dass sie entstehen. Die Frage „Wollen wir das wirklich können?“ setzt früher an. Sie klingt, als gäbe es eine radikale, klare Antwort – das aber weckt nur Illusionen. Es gibt keinen politischen Ort, von dem aus sich der globale Prozess wissenschaftlichen Erkenntniszuwachses so steuern lässt, dass dies der Entstehung unerwünschter technischer Möglichkeiten vorbeugt. Selbst wenn die Förderung der Hirnforschung komplett eingestellt oder diese Forschung verboten würde, gäbe es keine Sicherheit, dass weitere Optionen zur Manipulation des menschlichen Gehirns nicht andernorts in der biologischen Grundlagenforschung entstehen oder sich als „Spin-off“ medizinischer Praxis ergeben. Dass wir, wenn wir nur wollten, kollektiv darüber entscheiden könnten, „was wir können wollen“, ist ein Irrtum.

Dagegen kann und muss sehr wohl kollektiv festgelegt werden, ob und wie von verfügbaren technischen Optionen Gebrauch gemacht werden darf. Es versteht sich von selbst, dass man Menschen nicht ohne ihre Einwilligung einen Chip ins Gehirn pflanzen oder sie mit Psychopharmaka behandeln darf, um ihr Verhalten zu optimieren. Ebenso wenig dürfen sie gegen ihren Willen Testverfahren ausgesetzt werden, um ihr Gehirn aus der Distanz auszuforschen. Dies wäre schon nach geltendem Recht eine schwerwiegende Persönlichkeitsverletzung. Die zentralen ethischen Probleme des Neuro-Enhancement liegen aber jenseits solcher klaren Missbrauchsszenarien: Sollten wir nicht grundsätzlich darauf verzichten, Neuro-Enhancement zu nutzen? Und gibt es gute Gründe, diesen Verzicht gesellschaftsweit zu erzwingen?

Es ist nicht wahrscheinlich, dass in modernen Gesellschaften die Optionen des Neuro-Enhancements sich dadurch erledigen, dass die Menschen sie einfach nicht nutzen. Zwar ist ein Unbehagen an Manipulationen am Gehirn weit verbreitet. In einer Eurobarometer-Umfrage von 2005 lehnen 54 Prozent der Befragten Gehirnimplantate zur Steigerung der Gedächtnisleistung strikt ab, nur 6 Prozent befürworten sie uneingeschränkt. Aber das bedeutet wenig. Bei einem medizinisch indizierten Einsatz von Neurotechniken, um gegen krankheitsbedingte kognitive oder emotionale Leistungsverluste und Verhaltensstörungen anzugehen, würde sich der Widerstand zweifellos verflüchtigen. Dasselbe dürfte gelten, wenn altersbedingte Funktionseinschränkungen kompensiert werden können. In diesen Bereichen aber werden die neuen Techniken – sollte es sie je geben – zuerst erprobt, eingeübt und als legitime Option in der Gesellschaft etabliert werden.

Am Neuro-Enhancement für Gesunde scheiden sich die Geister. Eine stabile Mehrheit mag dagegen sein. Die Frage ist nur, ob sie gute Gründe hat, die Be-



Wolfgang van den Daele begann seine wissenschaftliche Laufbahn 1970 am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen in der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. Von 1989 bis 2005 war er Direktor der WZB-Abteilung „Normbildung und Umwelt“ (von 2000 an „Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke“) und von 1989 bis 2004 Professor für Soziologie an der FU Berlin. Von 2001 bis 2007 war er Mitglied des Nationalen Ethikrats. [Foto: David Ausserhofer]

daele@wzb.eu

Summary

The challenge of neuro-enhancement

New technical possibilities like those offered by neuro-enhancement challenge our way of thinking. Should we really make use of the means to technically enhance our mental abilities? Is an alteration of personality through neuro-enhancement compatible with ideals of personal authenticity and equal opportunities? As long as individuals decide for themselves, it is hard to argue that the use of these techniques conflict with personal rights or shared ideals, and in a liberal state, issues like these should not be subjected to state regulation.

fürwörter davon abzuhalten, für sich selbst davon Gebrauch zu machen. Die drei häufigsten Argumente gegen das Neuro-Enhancement sind: Es verletze den Respekt vor der Integrität der menschlichen Natur, es zerstöre die Authentizität der Person, es führe zu sozialer Ungerechtigkeit, indem es unfaire Vorteile im gesellschaftlichen Wettbewerb verschaffe. Mit allen drei Argumenten gerät man in erhebliche Begründungsnot.

Es ist leicht, moralischen Widerstand gegen technische Eingriffe in die menschliche Natur zu mobilisieren, die uns intuitiv als monströs oder abartig erscheinen. Solche Intuition lässt sich vielleicht den sogenannten Transhumanisten entgegenhalten, die davon träumen, das menschliche Gehirn mit ungeheuren zusätzlichen Rechenkapazitäten auszustatten oder mit der Fähigkeit, Infrarotlicht wahrzunehmen.

Jenseits solcher Sciencefiction aber erweisen sich moralische Intuitionen, die Respekt vor der Unverletzlichkeit der menschlichen Natur einfordern, als unsicher und instabil. Vor allem medizinische Zwecke haben am Ende immer gerechtfertigt, Grenzen zu überschreiten – auch wenn dies zunächst als Tabubruch erschien. Erinnert sei an Herztransplantationen oder In-vitro-Befruchtungen. Implantate von Elektroden oder Computerchips im Gehirn sind gewiss unnatürlich. Sie sind gleichwohl zweifellos legitim, um das Leiden der Betroffenen zu lindern oder zu verhindern. Neuro-Enhancement kann jedenfalls nicht deshalb moralisch geächtet werden, weil die zugrundeliegenden Techniken die menschliche Natur verändern.

Das Argument des Authentizitätsverlusts macht geltend, dass Menschen ihr wahres Selbst verfehlen und ihre Identität verraten, wenn sie ihr Gehirn manipulieren und Neuroprothesen nutzen, um ihre intellektuellen Leistungen oder ihre sozialen Beziehungen zu verbessern oder ihre Gefühle zu steuern. Es sind Fälle denkbar, in denen eine solche Kritik gerechtfertigt ist – etwa, wenn jemand sich der Trauer über den Tod eines geliebten Menschen oder der Arbeit an einer zerrütteten Beziehung einfach entzieht, indem er Psychopharmaka nimmt. Eigentlich aber gibt es in unserer Kultur keine Grundlage, um die Authentizität eines Menschen oder seines Lebens von außen zu beurteilen. Authentizität ist keineswegs belanglos, im Gegenteil: Selbstfindung und Selbstverwirklichung sind Daueraufgaben des modernen Menschen geworden. Kollektive Leitbilder und religiöse oder moralische Normen, die ein festgefügtes Ethos der Lebensführung vorgeben und Sinnfragen gar nicht erst aufkommen lassen, haben nämlich ihre normative Kraft weitgehend eingebüßt. Letzten Endes muss jeder für sich selbst entdecken und bestimmen, was er in Wahrheit ist oder sein will. Daher erscheint jedes Urteil darüber als Anmaßung, ob jemand, der sich durch Neuro-Enhancement mit veränderten Eigenschaften und Fähigkeiten ausstattet, noch authentisch sein kann.

Selbstbestimmung ist andererseits keine Blankovollmacht, die eigenen Interessen und Ziele ohne Rücksicht auf die Kosten durchzusetzen. Sie kann eingeschränkt werden – vorausgesetzt diese Einschränkungen sind geboten, um zu verhindern, dass die Rechte anderer verletzt oder wichtige Gemeinschaftsgüter geschädigt werden. Allerdings darf bezweifelt werden, ob diese Voraussetzungen bei den in der ethischen Debatte gegen das Neuro-Enhancement ins Spiel gebrachten Folgeszenarien erfüllt sind.

So wird beispielsweise geltend gemacht, die Verbreitung von Neuro-Enhancement werde das Spektrum dessen nachhaltig verschieben, was individuell und gesellschaftlich als Leistung geschätzt wird. Das wird passieren. Tatsächlich ist es keine Eigenleistung mehr, sozialwidrige Handlungsimpulse zu kontrollieren, wenn dies der pharmakologischen Aufrüstung des Gehirns zu verdanken ist – und nicht moralischer Anstrengung. Und wenn ein Mensch sich (was Sciencefiction ist) Fremdsprachenkompetenz buchstäblich einverleiben könnte, indem er sein Gehirn mit einem Übersetzungs-Chip kurzschließt, würde diese sprachliche Kompetenz schlagartig banal. Aber solche Verschiebungen sind in modernen Gesellschaften, die durch ein schnelles Innovationstempo charakterisiert sind, ohnehin vorprogrammiert. Mit Einführung des CAD (Computer Aided Design) verloren die Leistungen des traditionellen

technischen Zeichnens ihren Wert. Fortan fielen sie als Ressource beruflicher Karriere weg. Solche Veränderungen müssen die Betroffenen ertragen. Es gibt kein Mandat der Politik, das, was gegenwärtig als Leistung gilt, vor Entwertung in der Zukunft zu schützen.

Der häufigste Einwand gegen Neuro-Enhancement ist der eines Verstoßes gegen die soziale Gerechtigkeit. Neuro-Enhancement verschaffe den Befürwortern und Nutzern Vorteile im schulischen oder beruflichen Wettbewerb gegenüber jenen, die es ablehnen oder es sich nicht leisten können. Kurzum: Gehirndoping sei so unfair wie Doping im Leistungssport. Unsere moralischen Urteile darüber, was hier fair und sozial gerecht ist, sind jedoch unsicher und inkonsistent. Denn es erregt keinen Anstoß, wenn ein Mensch sich einen Wettbewerbsvorteil durch besonders qualifizierte Vorbereitung, also gewissermaßen durch ein Trainingslager verschafft. Der Zugang zum Trainingslager aber ist ein Privileg, keine eigene Leistung. Liberale Gesellschaften sind voll von Ungleichheit, die Ungleichheiten gebiert.

Selbst wenn in den formalen Bildungsgängen Chancengleichheit besteht, wird sozialer Status „vererbt“: Es schlagen Vorteile durch, die ein Mensch aus dem vom Elternhaus repräsentierten kulturellen und sozialen Kapital zieht. Es ist also widersprüchlich, einerseits ein Verbot von Neuro-Enhancement zu fordern, damit die Schere der Ungleichheit im gesellschaftlichen Wettbewerb nicht weiter auseinandergeht, und andererseits hinzunehmen, dass jemand im Wettbewerb davonzieht, weil die Eltern ihn auf ein Elite-College geschickt haben. Sollten die möglichen Folgen für die Entwicklung gesellschaftlicher Ungleichheit ein ernsthaftes Bewertungskriterium werden, dürfte Neuro-Enhancement eigentlich nicht verboten, sondern müsste selektiv erlaubt werden – für Menschen aus bildungsfernen Schichten, die nicht schon durch ihre Erziehung Leistungsorientierung und -willen verinnerlicht haben. Natürlich ist das kein seriöser Vorschlag. Er macht aber deutlich, dass Kriterien der sozialen Gerechtigkeit keineswegs zu einem eindeutigen moralischen Verdikt des Neuro-Enhancements führen.

Eine ethische und politische Debatte über die Perspektiven des Neuro-Enhancement ist notwendig. Aber sie ist – abgesehen von klar zu definierendem Missbrauch – keine Debatte darüber, was moralisch und rechtlich verboten oder erlaubt sein sollte. In der Debatte muss es darum gehen, was die Menschen sein und in welcher Gesellschaft sie leben wollen. Die Vorstellungen darüber gehen in der Bevölkerung auseinander. Menschenbilder und Ideale der Lebensführung lassen sich unter einer liberalen Verfassung nicht mit rechtlichem Zwang durchsetzen. Wer dem Leistungs- und Optimierungswahn in modernen Gesellschaften entgegentreten will, muss die Ausbildungs- und Berufsstrukturen ändern. Das ist sicher nicht einfach. Aber niemand sollte glauben, es lasse sich etwas erreichen, indem stattdessen das Neuro-Enhancement verboten wird. Es gibt keine schwerwiegenden Gründe, durch kollektiven Zwang zu verhindern, dass Menschen die technischen Möglichkeiten des Neuro-Enhancement nutzen – nach eigener Entscheidung und auf eigene Rechnung, also gewissermaßen als Verbraucher. Man kann nur darauf bauen, dass sie selbst dabei Maß und Mitte finden.

Literatur

Wolfgang van den Daele, „Thesen zur ethischen Debatte um das Neuro-Enhancement“, in: Deutscher Ethikrat (Hg.), *Der steuerbare Mensch? Über Einblicke und Eingriffe in unser Gehirn* (Jahrestagung des Deutschen Ethikrates 2009), S. 107–114

Ceci n'est pas un cluster!

Die junge Architekturindustrie von Santiago de Chile

Ignacio Farías

Santiago de Chile, Cambridge, Massachusetts, Rotterdam und Basel sind Städte, in denen sich eine erfolgreiche und innovative Architekturindustrie zur tragenden Säule der jeweiligen Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt hat. Wie in nur wenigen anderen Städten lassen sich hier hervorragend jene räumlichen und sozialen Konfigurationen erforschen, die Architekturproduktion und -innovation ermöglichen. Eine Fallstudie der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“ ist dieser Frage am Beispiel von Santiago de Chile nachgegangen. Der chilenischen „world-beating architectural culture“ – wie *The Architectural Review* 2009 titelte – widmeten mehrere internationale Architekturzeitschriften in den vergangenen Jahren Sonderhefte. Alejandro Aravena, der wichtigste Vertreter einer neuen Generation chilenischer Architekten, erhielt renommierte Auszeichnungen wie den Silbernen Löwen der Architektur-Biennale Venedig (2008) oder den Marcus Prize für Architektur (2009). Es handelt sich im Fall Santiagos um eine sehr junge Branche, die aber binnen kürzester Zeit erstaunliche Leistungen erbracht und sich damit einen eigenständigen Platz in der internationalen zeitgenössischen Architektur gesichert hat.

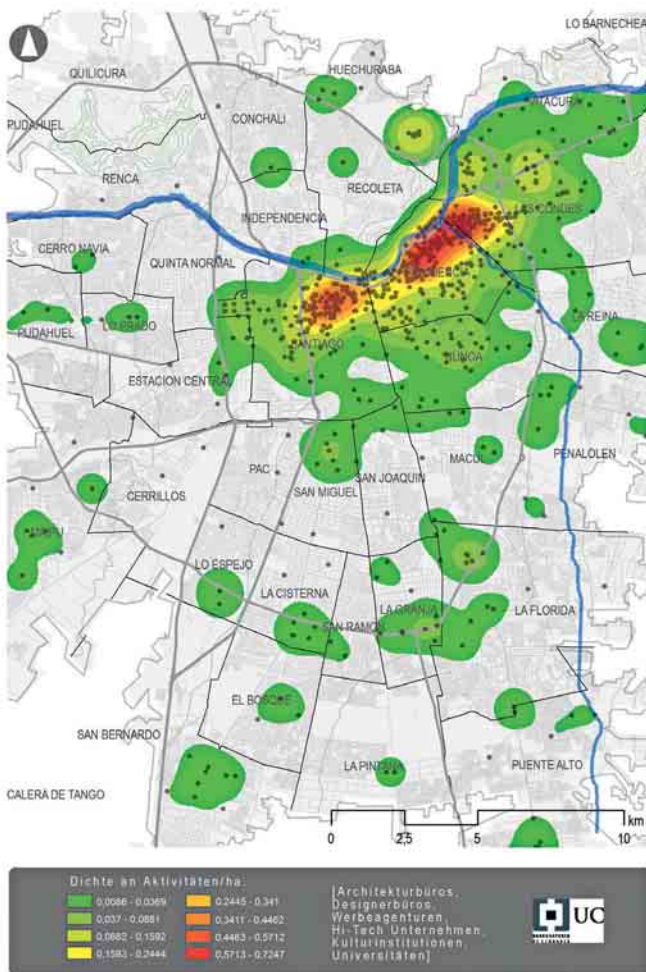


Abb. 1: Betriebsdichte der Kultur- und Kreativwirtschaft in Santiago de Chile.
Quelle: Observatorio de Ciudades, Pontificia Universidad Católica de Chile

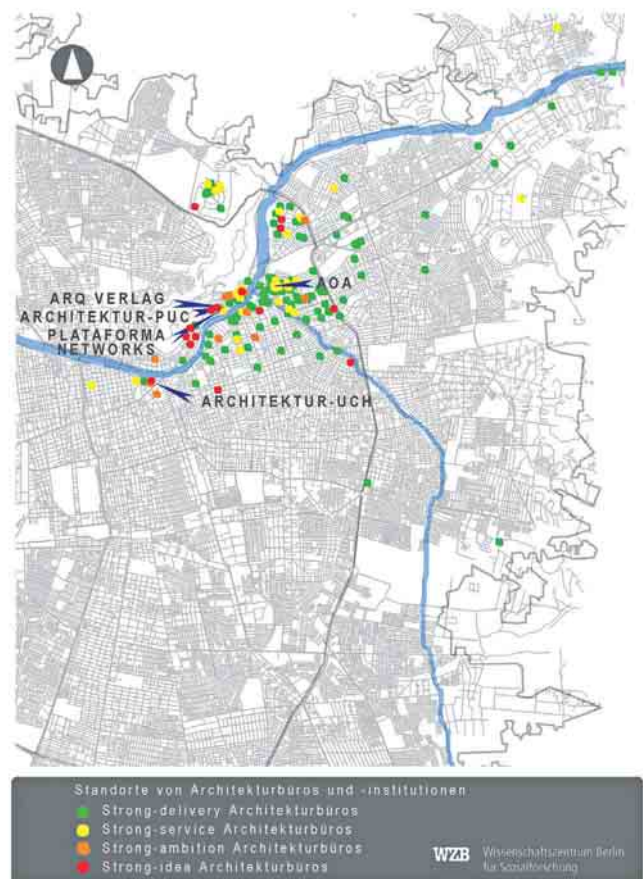


Abb. 2: Standorte von Architekturbüros nach Typen in Santiago de Chile.
Quelle: Eigene Daten, WZB

Bei der Frage nach Gründen für die Stärke der Architekturbranche in der chilenischen Hauptstadt kommen zunächst gesamtwirtschaftliche Standortvorteile in den Sinn. Aber dem ist nicht so. Zwar heizten seit 1985 hohe Jahreszuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (bis 1997 im Schnitt 7,6 Prozent) und stabile Wirtschaftsbedingungen die Nachfrage nach Bürohäusern, institutioneller Architektur, Zweitresidenzen und sozialem Wohnungsbau an. Doch ist der größte Teil der Architekturproduktion bis heute wenig bemerkenswert. Auch eine große Zahl spezialisierter Arbeitskräfte erklärt das Phänomen nicht, dass ein Markt für hochkarätige und innovationsorientierte Architektur entstehen konnte. Noch im Jahr 2000 gab es landesweit weniger als 10.000 aktive Diplom-Architekten, das sind etwa 0,6 Architekten je 1.000 Einwohner. Heute gibt es etwa 1,5 Architekten je 1.000 Einwohner. Trotz des raschen Zuwachses blieb die Wahrscheinlichkeit, im Jahr nach dem Diplom eine Stelle zu finden, in den Zeiträumen 2001/2002 und 2007/2008 gleich. Die Löhne indes sanken zwischen den beiden Perioden im Durchschnitt um 5,9 Prozent. Billige spezialisierte Arbeitskräfte sind also eine eher späte Entwicklung.

Die Antwort findet sich eher in der internen Organisation und Dynamik der Architekturindustrie selbst. Ein Blick auf Santiago zeigt eine hohe Dichte kultur-, bildungs- und technologiebezogener Industrien und Institutionen und vor allem der Architekturindustrie auf der nordöstlichen Achse der Stadt, die vom Zentrum zu den reichsten Vierteln führt (Abbildungen 1 und 2). Dies ändert sich durch die unterschiedlichen Wertschöpfungsstrategien und Marktspezialisierungen der einzelnen Architekturbüros nicht. In der eher spärlichen Literatur zum Thema werden Architekturbüros je nach Ausrichtung unterschieden: *strong delivery* (große Aufträge, nicht innovative Projekte), *strong service* (innovationsfähig, geschäftsorientiert), *strong ambition* (innovationsorientiert, unregelmäßige Aufträge) und *strong idea* (innovationsorientiert, fachliche Anerkennung). Auf der Grundlage dieser Unterscheidungen lässt sich in Santiago ein eher einheitliches Agglomerationsausmaß erkennen (Abbildung 2).

Diese räumliche Zusammenballung könnte als klares Anzeichen für ein Produktionscluster gewertet werden. In der Literatur bezeichnet aber der Clusterbegriff mehr als eine Agglomeration spezialisierter produktiver Aktivitäten. Dazu gehören auch bestimmte Formen kollaborativer Organisation und Wissenszirkulation zwischen spezialisierten Unternehmen in Industriegebieten, die Standortvorteile für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsdynamik schaffen. Wenn aber die Akteure und ihre Netzwerke, die Kanäle und Dynamiken für die Wissenszirkulation sowie die städtischen Räume der Architekturindustrie in Santiago soziologisch analysiert werden, zeigen sich Merkmale, die von den typischen Clustereigenschaften abweichen.

Ein zentrales Merkmal der Architekturindustrie in Santiago ist die relative Abkapselung einzelner Architekturbüros voneinander. Die für andere kreative Industrien beschriebene Projekt-Ökologie, die eine Zusammenarbeit zwischen Firmen durch zeitlich befristete Projekte einschließt, ist in der Architekturindustrie kaum zu beobachten. Einige Autoren erklären dies mit dem Ego der Architekten und deren Bestreben, ihre neuesten Entwürfe geheim zu halten und ihre künstlerische Handschrift vor Ideenklau zu schützen. Hinzu komme der hohe Stellenwert einer engen Bindung an den Kunden (*firm-client linkage*), die weit über der Zusammenarbeit mit anderen Firmen (*interfirm linkage*) stehe. Obwohl diese Aspekte sicherlich auch in Chile eine Rolle spielen, scheinen zwei weitere Merkmale noch entscheidender zu sein.

Pre-firm linkages spielen eine zentrale Rolle im chilenischen Architektursektor; sie sind allgegenwärtig. Clustertheorien und -modelle kennen nur stabile horizontale und vertikale Verlinkungen zwischen Unternehmen als Bausteine lokaler Konkurrenz- und Innovationsfähigkeit. Die in jüngster Zeit feststellbare Konzentration auf temporäre Projekte zwischen und innerhalb von Unternehmen ändert nichts daran, dass bei lokaler Agglomeration Unternehmen die kleinsten Netzwerkknoten sind. Aber statt Knoten in lokalen Netzwerken ähneln Architekturbüros in Santiago eher Kapseln in pro-

Kurz gefasst

Die Architekturbranche von Santiago de Chile hat in kurzer Zeit Erstaunliches zustande gebracht. Auf den ersten Blick deutet vieles darauf hin, dass der Architektursektor von den Vorzügen eines sogenannten Produktionsclusters profitiert hat, also einer räumlichen Konzentration spezialisierter produktiver Aktivitäten. Eine Fallstudie über den gegenwärtigen Architektursektor der chilenischen Hauptstadt kommt aber zu dem Schluss, dass sich das Clustermodell nicht allgemein übertragen lässt. In Santiago kommen vielmehr andere Merkmale wie *pre-firm linkages* oder Prestigeschöpfungsketten ins Spiel, die eher an einen Campus als an ein Cluster denken lassen.

Santiago's architectural scene

The Santiago de Chile architectural sector has produced astonishing results within a short period of time. At first sight, there are several indications that this sector benefited from a so-called production cluster – a spatial concentration of specialized productive activities. A case study on the current architectural sector of the Chilean capital, however, draws the conclusion that this cluster model cannot be generally applied. In Santiago, other attributes such as pre-firm linkages or prestige value-added chains come into play and these attributes are more reminiscent of campuses than of clusters.

jektförmigen Verlinkungen zwischen einzelnen Individuen. Dies fällt besonders bei jungen selbstständigen Architekten auf, die (noch) kein Architekturbüro haben und sich für größere Aufträge zusammenschließen müssen. Es handelt sich also um *pre-firm linkages*, deren Häufigkeit und Intensität umgekehrt proportional zur Entstehung von Architekturbüros ist. Mit anderen Worten: Sobald Architekturbüros gegründet werden und sich etablieren, geht die Zahl kollaborativer Projekte zurück. Durch *pre-firm linkages* können sich die einzelnen Architekten besser an einen unregelmäßigen Auftragseingang anpassen und zugleich den Boden für die Gründung von Architekturbüros bereiten.

Zugleich muss die Bedeutung einer Art „Prestigeschöpfungsketten“ gegenüber traditionellen Wertschöpfungsketten hervorgehoben werden, an denen neben Architekturbüros weitere Firmen und Institutionen beteiligt sind. Auffällig ist die langjährige Interdependenz zwischen dem chilenischen Architektursektor und dem ARQ Verlag der Pontificia Universidad Católica de Chile (PUC), der die erste und wichtigste referierte Architekturzeitschrift Lateinamerikas sowie viele Bücher und Monographien zum Werk überwiegend chilenischer Architekten herausgibt. Neben weiteren Architekturzeitschriften ist das 2006 von PUC-Studenten gegründete Webprojekt Plataforma Networks besonders interessant, das die weltweit erfolgreichsten Architekturblogs auf Englisch (www.archdaily.com, 11,5 Millionen Seitenabrufe im Monat) und auf Spanisch (www.plataformaarquitectura.com, 2,5 Millionen Seitenabrufe im Monat) führt.

Diese Verlage und neuen Medien bieten wiederum Unternehmen eine wichtige Werbeplattform, die hochwertige Spezial-Baumaterialien, architektonische Produkte und technische Bausysteme herstellen. Von besonderer Bedeutung ist die Rolle des Unternehmens Hunter & Douglas, das Hauptsponsor des ARQ Verlags und vieler anderer Initiativen ist. Das chilenische Produktdesign-Unternehmen Interdesign hat *ochoalcubo*, das spektakulärste Architekturprojekt des Landes, initiiert und organisiert. Architekturbüros, -verlage und -medien und weitere Unternehmen sind also nicht unmittelbar durch traditionelle Wertschöpfungsketten verbunden, sondern durch Prestigeschöpfungsketten.

Insgesamt scheinen *pre-firm linkages* und Prestigeschöpfungsketten – anders, als es das Clustermodell suggeriert – nicht primär dazu zu dienen, die Konkurrenzfähigkeit bestehender Unternehmen zu steigern. Diese Gewebe individueller und institutioneller Verlinkungen erbringen eine noch grundlegendere Leistung, nämlich das Entstehen und Überleben innovationsorientierter Architekturbüros überhaupt zu ermöglichen.

Neben diesen Formen der Verlinkung und Zusammenarbeit stellt sich die Frage nach den Kanälen und Dynamiken von Wissenszirkulation in der Architekturindustrie, die Frage also nach den sogenannten *knowledge spillovers*. In der Literatur zu Clusterformationen wird insbesondere die Zirkulation impliziten Wissens durch *face to face*-Interaktionen als Hauptressource einer innovationsbasierten Wertschöpfung genannt. In der chilenischen Architekturindustrie aber zirkuliert implizites Wissen nicht primär nach dem *spill-over*-Modell, sondern vielmehr in Form von *spin-offs*, also durch neue Büros, die von Mitarbeitern bestehender Büros gegründet werden. Implizites Wissen, diese zentrale Ressource für Innovation und Wertschöpfung, zirkuliert also vor allem dadurch, dass es „geerbt“ und mitgenommen wird.

Darüber hinaus ist die Zirkulation von explizitem Wissen in der Architekturindustrie besonders wichtig. Die meisten Chefarchitekten sind beispielsweise an Universitäten tätig und vermitteln dort explizites Wissen. Das Architekturinstitut der PUC spielt hier eine wichtige Rolle. Die meisten *strong idea*- und *strong ambition*-Architekturbüros stammen direkt von der PUC und ihren Professoren ab. Darüber hinaus trifft das Motto *cool projects, boring institutions*, mit dem die Literatur die neuen Formen von Kollaboration und Wissenszirkulation beschreibt, in diesem Fall nicht zu. Die Veranstaltungsreihen, Kolloquien und Workshops der PUC ziehen erfolgreich fort-

geschrittene Studenten und Architekten an und machen die Universität zu einer „coolen“ Institution.

Die hier analysierten Merkmale der Architekturindustrie in Santiago deuten auf Konfigurationen kreativer Produktion hin, die radikal vom Clustermodell abweichen und wichtige Einblicke in die Dynamik design-intensiver Kreativindustrien geben – sie gelten also nicht nur für den Fall Santiago de Chile und nicht nur für die Architekturbranche. Diese Verschiebung weg vom Clustermodell kann entlang dreier analytischer Dimensionen von kulturellen Konfigurationen aufgefasst werden – einer räumlichen, einer sozialen und einer zeitlichen.

Der Raum, in dem sich vor allem *strong idea*-Architekturbüros, aber auch zum Teil *strong ambition*- und *strong service*-Büros bewegen, ähnelt keinem Cluster, sondern eher einer Art kollegialer Öffentlichkeit – also einem nicht-institutionellen erweiterten Campus: Hier können sich Architekten und Architekturbüros gegenseitig beobachten, ohne miteinander arbeiten zu müssen. Diese räumliche Verschiebung von Cluster zu Campus zeigt sich in der sozialen Dimension. Unternehmen, Institutionen und Individuen schließen sich nicht zu Netzwerken zusammen. Sie setzen eher auf stammbaum-ähnliche Strukturen, die durch generationelle Beziehungen zwischen Architekten und Architekturbüros geprägt sind. Daher ist auch die zeitliche Dynamik von Innovationsprozessen eine andere: Die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Architekturbüros hängt nicht primär von gegenwärtigen Verlinkungen ab, sondern vielmehr von ihrer Verflechtung über die Jahre.

Das ist keine kulturelle Besonderheit Chiles. Vielmehr hat es mit der Art von Innovation zu tun, die in der Architektur und in anderen design-intensiven Industrien anzutreffen ist. Es geht schließlich darum, ein einzigartiges Produkt zu schaffen, das auf die vielfältigen Einschränkungen eines architektonischen Auftrags mit einem erkennbaren Design reagiert. Die hier analysierten Konfigurationen von Architekturproduktion, die Art der Beziehungen und Abgrenzungen zwischen Architekten und Architekturbüros – all dies bildet nicht bloß den Kontext, in dem geniale Architekten einzigartige Designs hervorbringen. Sie stellen vielmehr in Form von Verlinkungen, Prestige und Wissen den Rohstoff zur Verfügung, der die Entstehung von innovationsorientierten Architekturbüros und die Entwicklung innovationsorientierter Architekten überhaupt ermöglicht.



Ignacio Farías ist Soziologe (PUC Chile, 2001) und promovierter Ethnologe (Humboldt-Universität zu Berlin, 2008). Seit 2009 ist er Mitarbeiter der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“ am WZB und forscht zu kulturellen Konfigurationen kreativer Prozesse in Kunst und Architektur. Sein Forschungsinteresse gilt den Schnittstellen von Kultur-, Stadt- und Wirtschaftssoziologie.

[Foto: David Ausserhofer]

farías@wzb.eu

Wo Neues gewagt wird

Wie städtische Kulturen Kreativität fördern

Janet Merkel und Maria Oppen

Die Stadt – insbesondere die Großstadt – galt schon immer als der Ort, an dem das Neue in die Welt kommt. Sie war im Zuge von Industrialisierung und Wanderung der Motor für ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Wandel. Denn alte Werte und tradierte Ordnungen wurden in den Turbulenzen des Stadtlebens durch den Zuzug von Fremden infrage gestellt oder zerstört. In turbulenten Phasen entstanden neuartige Probleme und Konflikte, aber auch neue Räume für die Entfaltung kreativer Potenziale. So konnten neue Ideen auf fruchtbaren Boden fallen, Bekanntes wurde neu kombiniert, und neues Wissen konnte experimentell erprobt werden. Schon Klassiker der Soziologie wie Georg Simmel oder Émile Durkheim haben das urbane Gemisch aus Größe, Dichte und Heterogenität als Basis für die besondere ökonomische und kulturelle Produktivität von Städten identifiziert.

In den letzten Jahren erwachte das Interesse an der „kreativen Stadt“, an den urbanen Ressourcen für die Entfaltung von innovativen Aktivitäten neu, ein Phänomen, das zusammenfällt mit der Ansiedlung wissensintensiver Dienstleistungen und mit der Konzentration der Kultur- und Kreativwirtschaft in den Innenstädten. Diese Sektoren werden als Motor einer Neubelebung von Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Stadtquartieren und als Tourismus-Magnet angesehen. Als Triebkräfte für Neuerungen werden raumstrukturelle Charakteristika des Städtischen heute wieder ins Feld geführt, wenn es darum geht, Städten auf die Beine zu helfen und sie zukunftsfähig zu machen.

Heterogenität steht für die soziale Vielfalt unterschiedlicher Lebensstile, Kulturen und Denkweisen der Stadtbewohner und damit von Ideen, die auf engem Raum mehr oder weniger zufällig aufeinandertreffen. Es wird argumentiert, dass Kreativität in kosmopolitischen Städten durch die Offenheit ihrer Netzwerke, die befreienden Kräfte der Anonymität und den Widerstand gegenüber engstirnigem Traditionalismus – kurz: das Maß an Toleranz – befördert wird. Materielle Dichte in der Form räumlicher Konzentration etwa von kulturellen Einrichtungen, privaten Unternehmen und (Arbeits-)Märkten, verbunden mit sozialer Nähe, ermöglicht die Kommunikation und wechselseitige Beobachtung. Davon sind Innovatoren abhängig, um eigenes und fremdes Wissen zu kombinieren oder gute Praktiken zu imitieren. Zentralität als Ballung wichtiger kultureller und kreativer Ressourcen (wie Hochschulen oder Konzerthäuser), die weit über die eigene Grenze hinaus bekannt sind, trägt dazu bei, weitere Talente und Ressourcen anzuziehen sowie die in der Stadt entstandenen Ideen überregional zu verbreiten.

Die Größe der Stadt spielt insofern eine besondere Rolle, als hiervon auch das Maß an Heterogenität, Dichte und Zentralität abhängt. Und mit zunehmender Größe steigen die Chancen für Austauschmöglichkeiten mit anderen talentierten Stadtbewohnern innerhalb und zwischen den Professionen oder Wirtschaftssegmenten – und damit steigen die Lernchancen.

Eine solche Annäherung an das Innovationspotenzial von Städten über Bündel räumlich-materieller Merkmale bleibt begrenzt. Sie kann nicht erklären, welche kritische Masse an materieller und sozialer Verdichtung, Heterogenität oder Zentralität eine Stadt benötigt, um Kreativität und Innovation hervorbringen. Noch kann sie Auskunft darüber geben, welche Mechanismen Städte zu Katalysatoren oder auch Hemmnissen von Kreativität und Innovation machen. Auch lassen sich die Unterschiede zwischen Großstädten in der kreativen Produktivität nicht aufklären, die sich hinsichtlich sozialer Heterogenität oder räumlicher Dichte nicht wirklich unterscheiden. Und noch weniger lässt sich begründen, warum sich auch kleinere oder mittlere Städte immer wieder als Innovationszentren hervortun. Entscheidende Dinge geraten

Summary

Urban creativity

Cities are considered places where creativity can blossom. In urban sociology, there is a dominating thesis that ascribes this creativity to spatial-structural features such as density, heterogeneity, or size. Instead, this essay argues for an urban culturalistic perspective: beyond their significance for creativity and innovation, cities are shown to be places that either further or hinder certain practices or experiences. With special emphasis on size and heterogeneity, Offenbach and Berlin are taken as examples of cities with creative scenes that show there are valuable insights to be gained by integrating features such as social practices and discourses in the analysis.

aus dem Blick: die Bewohner als Konstrukteure von Urbanität, mit ihren Alltagspraktiken und ihrer sozialen und kulturellen Einbettung, wie auch Konflikte und Kompromissbildungsprozesse in der Auseinandersetzung um Tradition und Innovation.

Eine kultursoziologisch erweiterte Perspektive auf Kreativitätspotenziale städtischer Räume bietet gegenüber der hergebrachten Herangehensweise entscheidende Vorteile. In dieser Perspektive entsteht der städtische Raum erst aus den Wechselwirkungen zwischen gebauter Umgebung und deren Deutung und Bewertung durch die handelnden Akteure. Solche Deutungen und Wertungen variieren zwischen sozialen Gruppen und im Zeitverlauf. Sie lassen sich an sozialen Praktiken und Diskursen ablesen und bilden wichtige kulturelle Quellen für die Generierung von Neuem.

Im Folgenden soll der Nutzen einer kultursensiblen Betrachtungsweise exemplarisch für die beiden Dimensionen Größe und Heterogenität gezeigt werden. Grundlage hierfür sind eigene empirische Befunde aus Interviews wie sekundäranalytische Auswertungen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft in Offenbach und Berlin. Im Zentrum stehen dabei die „Kreativen“. Sie machen den Kern der Branchen aus, die sich auf die Produktion von Neuheit spezialisiert haben, wie beispielsweise die Schönen Künste, Produkt- und Modedesign, Architektur, Werbung oder (Computer-)Spiele-Entwicklung.

Die Dimension Größe wird in ihrer Bedeutung für Kreativität und Innovationspotenzial überschätzt, in der Stadtforschung ebenso wie in der Stadtpolitik. Die gegenwärtige Debatte um kreative Städte ist großstadtzentriert. Städte wie London, Berlin oder New York haben demnach die notwendige Konzentration kultureller Infrastrukturen, Angebote und Beschäftigungsmöglichkeiten. Und sie haben große und vielfältige Adressatenkreise, um mit ihrer Lebendigkeit immer weitere Gruppen von Kreativen in ihren Bann zu ziehen. Aus dem interstädtischen Wettbewerb um kreative Ressourcen und Reputation können kleinere Städte aus dieser Perspektive nur als Verlierer herauskommen. Anhaltende Kleinheit oder gar Schrumpfung werden mit Versagen assoziiert. Dabei gibt es viele kleine Städte, die sich als kreative Zentren hervorgetan haben. Bekannte Beispiele für Deutschland sind Weimar, das 1999 sogar zur Europäischen Kulturhauptstadt gekürt wurde, oder auch Tübingen, die in herausgehobenem Maße Neuerungen im geistigen und kulturellen Leben hervorgebracht haben.

Eine kleine Großstadt kann dynamisch sein

Aber auch weniger bekannte Fälle, wie die kleine Großstadt Offenbach, bewerten ihre historischen Wegbereiter der Industrialisierung in Sachen Druck- und Schriftkunst oder Lederverarbeitung neu und versuchen hieran anzuknüpfen. Die Offenbacher Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein vergleichsweise junges und dynamisches Wirtschaftssegment und neuerdings zu einem Schwerpunkt der städtischen Wirtschaftsförderung avanciert. Sie möchte unter anderem die Gründungsaktivitäten aus der hier ansässigen Hochschule für Gestaltung unterstützen. Dabei kommt den alten funktionalen Industriegebäuden in dieser Stadt, deren Stadtmitte ansonsten wenig Historisches zu bieten hat, eine besondere Rolle zu, praktisch wie ideell. So lässt sich beobachten, dass manche dieser Bauten den Nutzern sowohl erschwingliche Behausungen als auch besondere Identifikationsmöglichkeiten mit ihren Arbeitsstätten bieten, die sich den Reiz des Echten bewahrt haben.

Unter kreativ tätigen Betrieben und Freiberuflern in Offenbach sind die für kleinere Städte typische Begrenztheit des kulturellen Angebots und die fehlende Dichte von „dritten Orten“ zwischen Arbeits- und Lebenswelt wie Bars und Cafés durchaus ein Thema. Und insbesondere gilt das negative Image der Stadt mit seiner anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, seinem hohen Ausländeranteil und seinen gescheiterten Innenstadtkonzepten als ungünstiger Standortfaktor. Die Atmosphäre oder das *look and feel* einer räumlich-materiellen Umgebung, die von einem Kreativen gar als „städtebauliches Mahnmal“ cha-



Janet Merkel, geboren 1978 in Görlitz, studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Schwerpunkt Stadtsoziologie. Seit April 2007 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung „Innovation und Organisation“, seit März 2008 der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“. Sie promoviert mit einer Arbeit über die „Rolle, Wirkung und Formen privat-öffentlicher Kooperationen in der Stadtentwicklung zur Förderung von Kreativwirtschaft“.

[Foto: Mike Minehan]

jmerkel@wzb.eu

Kurz gefasst

Städte gelten als Orte, an denen sich Kreativität besonders gut entfaltet. Die soziologische Stadtforschung schreibt diese besondere Qualität vor allem räumlich-strukturellen Merkmalen wie Dichte, Heterogenität oder Größe zu. Hier wird nun für eine kultursoziologisch erweiterte Perspektive plädiert: Städtische Räume werden als Orte beschrieben, die bestimmte kreative und innovative Praktiken und Erfahrungen fördern oder auch behindern können. Für die Merkmale Größe und Heterogenität wird am Beispiel von „Kreativen“ in den Städten Offenbach und Berlin gezeigt, dass es einen Erkenntnisgewinn verspricht, räumlich-kulturelle Merkmale wie etwa soziale Praktiken und Diskurse in die Betrachtung einzubeziehen.



Maria Oppen, geboren 1951 in Leipzig, studierte Soziologie in Mainz und Berlin, wo sie auch promoviert wurde. Seit 1979 forscht sie am WZB, seit 2003 als Senior Researcher der Abteilung „Innovation und Organisation“, dann in der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“. Ihre gegenwärtigen Forschungsschwerpunkte sind: Strukturwandel und Steuerungsprobleme in der Kreativwirtschaft, Wandel von Arbeits- und Produktionskonzepten im Designsektor. [Foto: David Ausserhofer]

oppen@wzb.eu

rakterisiert wird, entspricht so gar nicht dem Bild der in der Forschungsliteratur postulierten lebendigen Stimulanz für Kreativität.

Auf den zweiten Blick zeigen sich allerdings differenziertere Bewertungen in der kreativen Szene. Als Vorteile der relativen Kleinheit werden kurze Wege, Überschaubarkeit und Vielfalt der Nationalitäten auf engem Raum hervorgehoben. Sie werden durch die zentrale Lage in Deutschland mit der Nähe zu Frankfurt und besonders seinem Flughafen ergänzt. Das wenig urbane Flair und die prekären räumlich-baulichen wie sozialen Strukturen dagegen werden in der Wahrnehmung vieler Kreativer als „authentisch“ oder „wild“, als „zufällig entstanden“ und somit überraschend erlebt. Die als reizvoll interpretierten Spannungen werden mit einem „Freiluftpanoptikum“ verglichen, das vielfältige materielle und ideelle Freiräume für Experimente bereithalte. In der Rede über die Stadt werden also defizitäre und produktive Seiten als für die Arbeit der Kreativen anregende Kontraste neu ins Verhältnis gesetzt, denn „Arbeiten und Idylle passen nicht immer zusammen“.

Heterogenität beschreibt ein städtisches Merkmal, das in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung und in den Befragungen als wichtiger weicher Standortfaktor für Kreative hervorgehoben wird. Denn ein vielfältiges, anregendes Umfeld an Menschen schafft erst jene lebendige Mischung, die als Urbanität interpretiert und nachgefragt wird. Berlin wird daher mit seinen verschiedenen soziokulturellen Milieus als besonders attraktiv wahrgenommen. Betrachtet man allerdings die alltäglichen Praktiken des Nutzens, Aneignens und Umgangs mit dem Erfahrungsraum Berlin, dann fallen bei den Kreativen erhebliche Homogenisierungs- und sogar Abgrenzungstendenzen auf, vor allem in sozialer und sozialräumlicher Hinsicht. So wird in kleinräumlichen Konzentrationen nach sozialer Nähe, ähnlichen lebensweltlichen Bezügen und gemeinsam geteilten Lebensmodellen gesucht, die zu verdichteten, milieuartigen Strukturen in einzelnen Stadtquartieren wie etwa der Kastanienallee führen können.

Die Bedeutung sozialer und räumlicher Nähe

Diese soziale und räumliche Nähe zu Personen in ähnlicher Lage scheint für die Bewältigung der alltäglichen Lebenswelt und die Konstruktion der eigenen biographischen Identität genauso wichtig wie für die Organisation eines flexiblen Arbeitsalltags. Durch die wechselseitige Bestätigung in der Suche nach Sichtbarkeit und Reputation in der oftmals prekären kreativen Arbeits- und Lebenswelt entstehen unter den Kreativen kollektive Sinnstrukturen und Bewältigungsstrategien.

Zusätzlich gerinnt die ähnliche Wahrnehmung, Deutung und Bewertung des Ortes, seiner Potenziale und Einschränkungen für die Entfaltung von Kreativität zu besonderen sozialen Praktiken und manifestiert sich in Berlin-spezifischen Diskursen. Diese strahlen weit über die Stadt hinaus. So wird Berlin als eine Stadt wahrgenommen, in der das Scheitern weniger stark sanktioniert wird und der Aufbau einer Selbstständigkeit weniger riskant erscheint; mit geringem Einkommen muss man nicht vom sozialen Leben ausgeschlossen sein. Andererseits wird Berlin auch als eine Stadt angesehen, die kaum andere Karriereperspektiven als die Selbstständigkeit bietet. Aus dem besonderen Erfahrungsraum Berlin heraus haben sich vielfältige innovative Arbeits- und Lebensformen entwickelt, wie gemeinsame Büros, Produzentenkollektive, selbstorganisierte Informations- und Austauschplattformen sowie politische Interessenvertretungen. Die soziale Heterogenität einer Stadt ist tatsächlich wichtig: Sie erhöht nämlich die Chance, Gleichgesinnte mit ähnlichen Problemen zu treffen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Insofern muss auch ein Mindestmaß an Homogenität existieren. Denn dann erst können sich gemeinsame Praktiken und Diskurse entwickeln, die ein kreatives Leben ermöglichen und einbetten.

Die Untersuchung von Städten und der Bedeutung ihrer räumlich-strukturellen Merkmale für die Entfaltung von Kreativität und Innovation ist an Grenzen gestoßen, so lässt sich schlussfolgern. Einen zusätzlichen Erkenntnis-

gewinn verspricht eine kultursoziologisch erweiterte Perspektive, die Deutungsmuster des spezifischen Erfahrungsraums Stadt und die darauf bezogenen Praktiken und Diskurse in den Blick nimmt. Für die beiden Merkmale Größe und Heterogenität jedenfalls konnte dies plausibel gemacht werden. Die räumlich-kulturellen Merkmale von Städten und deren Übersetzung in alltägliche Routinen ihrer Bewohner in Form sozialer Praktiken und Diskurse sind ein wesentlicher Schlüssel für die Klärung der Frage nach den kreativen (Handlungs-)Ressourcen in Städten.

Literatur

Michael I. Borer, „The Location of Culture: The Urban Culturalist Perspective“, in: *City and Community*, Vol. 5, No. 3, 2006, S. 173–197

Thomas F. Gieryn, „A Space for Place in Sociology“, in: *Annual Review of Sociology*, Vol. 26, 2000, S. 463–496

Janet Merkel, *Kreativquartiere. Urbane Milieus zwischen Inspiration und Prekarität*, Berlin: edition sigma 2009, 182 S.

Janet Merkel, Maria Oppen, *Stadt – Kultur – Raum* (WZB-Bestellnummer SP III 2010-402; im Erscheinen)

Andreas Reckwitz, „Die Selbstkulturalisierung der Stadt“, in: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, Jg. 18, Heft 2, 2009, S. 2–34

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Jutta Allmendinger

Frauen auf dem Sprung

Wie junge Frauen heute leben wollen

Die Brigitte-Studie

München: Pantheon Verlag 2009

ISBN 978-3-570-55126-4

112 Seiten, € 12,95

In dem Band präsentiert Jutta Allmendinger die Ergebnisse ihrer Untersuchung über die Lebensentwürfe junger Frauen in Deutschland, die sie 2007 und dann noch einmal 2009 durchgeführt hat. Befragt wurden Frauen und Männer im Alter von 17 bis 19 und von 27 bis 29 Jahren. Die Autorin stellt dar, welche Bedeutung junge Frauen Beruf, Familie und Partnerschaft beimessen, wirft einen genaueren Blick auf die Erwerbstätigkeit, beschreibt, warum Frauen Kinder wollen und wie diese das Leben verändern, und untersucht die Partnerschaften mit ihren Verständnissen

und Missverständnissen. Nach der Betrachtung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Lebensentwürfe in Ost- und Westdeutschland geht sie abschließend auf die Auswirkungen der Finanzkrise ein, die sich in der zweiten Befragung zwar nicht in der konkreten Arbeitssituation, wohl aber im Gesellschaftsbild der Interviewten deutlich niedergeschlagen hat. Fazit: Frauen sind auf dem Sprung. Sie sind gut ausgebildet, selbstbewusst, wollen Kinder *und* Karriere. Jetzt liegt es an Politik und Unternehmen, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Kaskaden zu Schleifen

Deutschlands Innovationssystem ist herausgefordert

Weert Canzler, Andreas Knie und Dagmar Simon

Im Zeitalter wirtschaftlicher Globalisierung und politischer Transnationalisierung mutet es zunächst sonderbar an – doch Nationale Innovationssysteme (NIS) sind nach wie vor von großer Bedeutung. Eine kritische Würdigung des deutschen NIS zeigt allerdings, dass dieses nicht optimal auf die Wissensproduktion in wichtigen Gebieten ausgerichtet ist. Zwar gibt es längst einen Europäischen Forschungsraum mit neuen Forschungsstrukturen und Förderinstrumenten, etwa den European Research Council (ERC) oder das European Institute of Innovation and Technology (EIT). Instrumente und Programme zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sind in den vergangenen Jahrzehnten vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie (Schaffung eines dynamischen wissensgestützten Wirtschaftsraums) und des Bologna-Prozesses (Schaffung eines einheitlichen Hochschulwesens) erheblich vorangekommen.

Nationale Innovationssysteme bleiben aber die zentrale Referenzgröße, denn auf nationaler Ebene werden die Regeln gebündelt und verdichtet – was oft unterschätzt wird. So definiert die nationale Ebene die institutionellen Strukturen und wissenschaftsorganisatorischen Voraussetzungen für neue Produkte und Verfahren. Hier werden die politischen, rechtlichen und ökonomischen Spielregeln bestimmt, nach denen sich akademische Einrichtungen und Unternehmen zu richten haben. Auf nationaler Ebene bilden sich auch kulturelle Formate und Leitvorstellungen für Professionsverständnisse und Karriereorientierungen aus. Und schließlich lassen sich auf dieser Ebene durch die vergleichende Perspektive wichtige Unterschiede in diesen institutionellen Settings erkennen.

Das Etikett Nationale Innovationssysteme ist nicht neu. Spätestens seit den 1990er Jahren erforschen vor allem Ökonomen unter diesem Schlagwort, wie die Innovationskraft und -tätigkeit einer Volkswirtschaft beschrieben und adäquat gemessen werden kann. Die Anteile von Forschung und Entwicklung (FuE) an Investitionen von Unternehmen und Branchen oder die Hochschulabschlüsse pro Einwohner gelten in der ökonomischen NIS-Forschung als zentrale Indikatoren für die Dynamik nationaler Wissenschafts- und Innovationspolitik. Und viele Patent-Anmeldungen pro Land werden als starkes Indiz für eine dynamische Innovationskraft gewertet. Kritik an der Aussagekraft immer neuer Indikatorensysteme bleibt aber nicht aus. Kritikern zufolge lässt sich auf diese Weise nämlich nicht erkennen, was denn wirklich innovative Dynamik befördert oder eher hemmt.

Der Blick auf Deutschland zeigt, dass sich eine vertiefende soziologische Untersuchung lohnt. Über die Diagnose besteht weitgehend Einigkeit: Das deutsche Wissenschaftssystem generiert erfolgreich Erfindungsanmeldungen, allerdings werden zu wenige Innovationen aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bis zur Produktentwicklung oder Marktreife geführt. Die Tatsache, dass sich die für die deutschen Exporterfolge verantwortlichen Sektoren seit hundert Jahren kaum verändert haben, belegt diese These. Nach wie vor dominieren die Kernbranchen Anlagen- und Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau sowie Chemieindustrie. In den wachstumsintensiven neuen Leitindustrien wie der Biotechnologie oder der Informations- und Kommunikationstechnologie kann Deutschland dagegen seit Jahrzehnten nicht punkten. Der Anteil deutscher Firmen am Weltmarkt ist in diesen Zukunftsbranchen verschwindend gering.

Damit steht das deutsche Innovationssystem mit seiner wohlsortierten Wissenschaftsordnung in der Kritik. Aufbau und Struktur sind nach einem Kaskaden-Modell aufgebaut – und zwar so stark wie fast nirgendwo sonst auf der

Summary

National innovation systems

Innovation systems are the decisive starting point for national economies to maintain and enhance their competitive capabilities. Innovation research primarily stemming from economic disciplines focuses on "national innovation systems" (NIS), particularly for measuring the gaugeable effects of the interplay of the individual components which serve the innovation process. These conceptions, derived from the linear cascade model, are still dominant. Although decades of empirical findings in science and technology studies have dismissed this idea, the German innovation system is still strictly organized along these lines. However, innovation often proceeds in recursive loops of developing theories, formulating research concepts, designing prototypes and applied models.

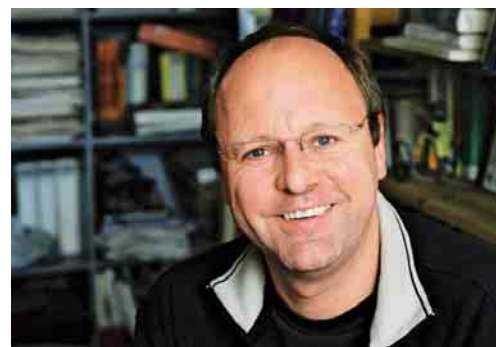
Welt. Nach einem solchen Modell strömt aus der Theoriearbeit die Erkenntnis wasserfallartig herab, um schließlich unten in den Prototypenbau und in die Marktvorbereitungsphase zu fließen. Die Ressortforschung, die verschiedenen Trägereinrichtungen der außeruniversitären Forschung von der Max-Planck-Gesellschaft bis zur Helmholtz-Gemeinschaft, die Hochschulen sowie die vielen intermediären Einrichtungen wie die Transferstellen leiten ihre ordnungspolitische Zuständigkeit aus diesem Kaskaden-Bild ab.

Allerdings gilt das Kaskaden-Modell schon seit Jahren als überholt. Wissensgenerierung und Produktentwicklung verlaufen in Schleifen von Erkenntnisprozessen, Tests, Anwendungen sowie ihren Rückkopplungen und nicht nach der festgefügt Kaskaden-Vorstellung. Tradierte ordnungspolitische Zuständigkeiten beginnen sich zu verändern. Moderne Erkenntnisprozesse sind direkt an ihre Validierung geknüpft. Das bedeutet, dass neben den wissenschaftsinternen Diskursen der Fachleute Validierungs- und Prüfprozesse in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anwendung parallel zueinander entstehen. Ideen reifen heute nicht nur im Elfenbeinturm, sondern auch in der praktischen Anwendung.

Für eine akademische Einrichtung – zumindest in bestimmten Disziplinen der Natur- und Technikwissenschaften – bedeutet das, dass wissenschaftliche Leistungsfähigkeit auch entscheidend vom Vorhandensein einer angemessenen Prüf- und Testumgebung abhängt. Die verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette existieren zwar immer noch, sie sind aber gleichsam in einer Spirale miteinander verbunden. Für die Forscher-Einheiten heißt das, dass sie ihre Geschäftstätigkeit ausweiten müssen. Gefragt ist mittlerweile auch die Grenzüberschreitung hin zur zügigen Prüfung, bei der die Erkenntnisarbeit unter – simulierten – realitätsnahen Bedingungen erfolgt. Exzellenz der Forschung ist heute nur noch mit sozial robustem Wissen zu erreichen, also mit Erkenntnissen, die eine doppelte Validierung zur Qualitätssicherung durchlaufen haben: eine Validierung durch die Fachkollegen und durch die experimentelle Erprobung in markt- und alltagsnahen Testumgebungen. Dies gilt sicherlich nicht für alle Disziplinen und Branchen gleichermaßen, ganz sicher aber für die Lebenswissenschaften und die Informations- und Kommunikationstechnologien, die als zukunftssträchtige Leitsektoren gehandelt werden.

Das deutsche Wissenschaftssystem, das im internationalen Vergleich nach wie vor als äußerst leistungsfähig gilt, präsentiert sich als zwar geordnetes, aber eben auch allzu starres System. Zwar herrscht längst keine so strikte Arbeitsteilung etwa zwischen Universitäten und Fachhochschulen mehr vor wie noch vor einigen Jahrzehnten. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat ihr Forschungsportfolio schon vor Jahren um verschiedene Aspekte der Grundlagenforschung ergänzt, und Max-Planck-Institute entwickeln ihre Forschungsprogramme in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Dennoch hat vieles weiter Bestand, die Grundregeln und institutionellen Zuständigkeiten etwa, aber auch die programmatische Einteilung in Grundlagen- und anwendungsbezogene Forschung. Der Katalog der Bedingungen für die Forschungsförderung bleibt genauso wie das Haushalts- und Zuwendungsrecht auf das Kaskaden-Modell ausgerichtet und wird in getrennte Stufen der Wertschöpfung zerlegt.

Grenzen werden aber heute nicht nur innerhalb der akademischen Welt überschritten, auch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verändert sich die Arbeitsteilung in den genannten Zukunftsbranchen. Einzelne Universitäten gehen zum Beispiel dazu über, selbst die nötigen Testumgebungen zu organisieren und zu betreiben und das nicht wie früher üblich der Industrie zu überlassen. Damit erklären sie sich für den gesamten Prozess der Wertschöpfung des Wissens zuständig – und wollen so die Voraussetzungen für eine international anschlussfähige empirische Forschung garantieren. Im deutschen NIS bleiben solche Initiativen aber eher die Ausnahme bzw. entwickeln sich zu komplizierten und langwierigen Projekten, die auch nur im Rahmen der Exzellenzinitiative realisiert werden konnten. Ein Beispiel dafür ist die Fusion des Forschungszentrums Karlsruhe mit der Universität zum Karlsruhe Institute of Technology (KIT).



Weert Canzler studierte Politische Wissenschaften an der FU Berlin und wurde im Fach Soziologie an der TU Berlin promoviert. Nach der Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Berlin und beim Sekretariat für Zukunftsforschung (SFZ) in Gelsenkirchen kam er 1993 ans WZB, wo er 1997 mit Andreas Knie die Projektgruppe Mobilität gründete. Seit 2008 ist er Mitglied der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik. Er forscht vor allem über Innovations- und Zukunftsforschung sowie Verkehrs- und Infrastrukturpolitik.
[Foto: David Ausserhofer]

canzler@wzb.eu



Andreas Knie ist Professor an der TU Berlin; seit 1987 forscht er am WZB. Seit 2001 ist Andreas Knie Bereichsleiter für Intermodale Angebote und Geschäftsentwicklung der Deutschen Bahn Fuhrparkgruppe und seit 2006 Mitglied der Geschäftsführung des Innovationszentrums für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH (s. auch Seite 56). Seine Forschungsschwerpunkte sind Verkehr und Mobilität sowie Wissenschafts- und Innovationspolitik.
[Foto: Uwe Kumpfmüller]

knie@wzb.eu



Dagmar Simon studierte Politische Wissenschaften und Germanistik in Frankfurt am Main und an der FU Berlin. Nach der Promotion im Fach Politikwissenschaften und Redaktionstätigkeiten wechselte sie 1989 ins WZB, wo sie lange im Referat Forschungsplanung und -koordination tätig war und mit Andreas Knie die Projektgruppe Wissenschaftspolitik gründete. Seit 2008 leitet sie die Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik. 2006 bis 2007 war sie wissenschaftliche Koordinatorin am Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ). Forschungsschwerpunkte sind Evaluations- und Organisationsforschung sowie Gender Studies.

[Foto: David Ausserhofer]

DSimon@wzb.eu

Es stellt sich die Frage, welches Modell die Kaskade ersetzen kann. Vor allem muss ein alternatives Modell die Übergänge von Systemgrenzen im Visier haben sowie das Innovationspotenzial von Grenzgebieten zwischen dem Wissenschaftssystem und anderen Orten der Wissensproduktion ausloten. Maßzahlen und vergleichende Indikatoren können auch in Zukunft nicht vollkommen wegfallen. Keine Lösung ist es, bisherige Indikatoren einfach durch neue zu ersetzen. Es muss vielmehr darum gehen, kulturelle und interaktive Dimensionen von Erkenntnisproduktion und Innovationsprozessen stärker als bisher zu berücksichtigen. Das sogenannte deutsche Paradox – exzellente Forschungsergebnisse werden zwar immer wieder produziert, ihre Entwicklung zu marktfähigen Produkten ist aber problematisch – bleibt auch eine Herausforderung für die Forschungs- und Unternehmenskultur.

Der internationale Vergleich inspiriert: Fast ein Fünftel der insgesamt tausend Spitzenforschungsergebnisse der Informations- und Kommunikationstechnologie in den USA werden an vier der dortigen Universitäten erzielt. Welche kulturellen und intellektuellen Bedingungen sind dafür verantwortlich? Wie entsteht ein so kreatives Klima? Ist die deutsche Exzellenzinitiative hier ein Schritt in die richtige Richtung? Und was wäre ein geeigneter Indikator für Kreativität, um auch Orte und Institutionen zu vergleichen?

Eine Überarbeitung des NIS-Konzepts wird über bisher diskutierte Rezepte hinausgehen müssen. Das beliebte Instrument der Innovationspolitik, systemische Grenzen durch regionale Cluster zu überwinden, kann zwar helfen. Ein Vorgehen nach dem Motto „Je mehr Cluster und je mehr Partner pro Cluster, desto besser“ scheint jedoch bedenklich, denn noch lassen sich hier kaum Erfolge nachweisen. Um das deutsche NIS neu zu ordnen, ist es entscheidend, das Denken in einzelnen Stufen des Erkenntnisprozesses zu überwinden – und die damit verbundenen institutionellen Verfestigungen und gar Versäulungen: Das fördert die Durchlässigkeit. Wahrscheinlich muss dabei das Ordnungssystem des deutschen NIS mit seiner starken und hochgradig ausdifferenzierten außeruniversitären Forschungslandschaft grundlegend verändert werden.

Ein neuer methodischer Ansatz zum besseren Verständnis der veränderten Bedingungen für Innovationsprozesse in der Wissensproduktion und -ordnung müsste zwei Ziele verfolgen: Auf nationaler Ebene müsste die Methodik diese Ordnungssystematik samt der gängigen Instrumente der Wissenschafts- und Innovationspolitik thematisieren. Mit Blick über die Landesgrenzen hinaus gehören auch das Verhältnis zu transnationaler Institutionenbildung und Förderstrategien auf die Agenda.

Literatur

Andreas Knie, Dagmar Simon, „Stabilität und Wandel des deutschen Wissenschaftssystems“, in: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel (Hg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 26–38

Peter Weingart, Martin Carrier, Wolfgang Krohn, *Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft*, Weilerswist: Velbrück 2008, 357 S.

Ulrich Wengenroth, „Innovationspolitik und Innovationsforschung“, in: Gerd Graßhoff, Rainer C. Schwinges (Hg.), *Innovationskultur. Von der Wissenschaft zum Produkt*, Zürich: vdf 2008, S. 61–77

In Bewegung

Innovationen im deutschen Wissenschaftssystem

Die deutschen Hochschulen befinden sich im Umbruch. Zahlreiche Neuerungen wie die Bologna-Reform oder die Exzellenz-Initiative haben das Wissenschaftssystem verändert. Manches ist gelungen, vieles wird heftig kritisiert. Andrea Lietz-Schneider und Kerstin Schneider sprachen mit Dagmar Simon und Andreas Knie über die Innovationsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems.

Neuerungen im Wissenschaftssystem – das war lange Zeit ein heikles Thema. Schließlich gilt das deutsche System als verstaubt, hierarchisch und starr...

Simon: Das deutsche Wissenschaftssystem ist in den letzten 10 bis 15 Jahren erheblich in Bewegung geraten. An fast allen Stellschrauben ist gedreht worden. Das betrifft Steuerungs- und Koordinationsinstrumente wie Evaluationen, aber auch neue Finanzierungsmodi, die wettbewerbliche Elemente verstärken. Es geht aber auch um Personalentwicklung – lange Zeit ein Fremdwort. Beispielsweise sind in letzter Zeit die Postdocs als wichtige Statusgruppe entdeckt worden, für die neue Förderprogramme wie das Emmy-Noether-Programm aufgelegt wurden. Das Problem ist eher, dass man jetzt überlegen muss: Wie passt das eigentlich alles noch zusammen, und wo will man hin?

Knie: Das System in Deutschland wird durch die Überlappung von ganz unterschiedlichen Logiken geprägt. Wir haben einerseits neue Steuerungselemente, die aus der Betriebswirtschaft kommen. Auf der anderen Seite bleibt das alte, starre System erhalten. Man kann das ganz gut bei der Verbeamtung sehen. Die verbeamteten Professoren über Stimuli zu mehr Leistung zu bringen, kommt einer Paradoxie gleich. Das gilt auch für die Universität: Nahezu alle Hochschulen sind noch nach kameralistischen Methoden organisiert; sie werden vom Staat praktisch als eine ausgelagerte Behörde betrachtet. Neuerdings sollen sich diese Universitäten aber als *entrepreneurial universities*, als Unternehmen verstehen. Das sind Dinge, die einfach nicht zusammenpassen. Das führt im Alltag zu großen Verwirrungen.

Nun haben wir dieses System, das schon von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich funktioniert. Dann gibt es Innovationen, die sich ganz verschieden auswirken. Immer wieder sind da Anreize, die leider verpuffen – und das alles heißt Innovation?

Simon: Ich weiß gar nicht, ob sich generell von Innovation sprechen lässt. Ich würde das eher neutraler formulieren. Denn ob daraus einmal Innovationen werden, wird sich zeigen – da muss man erst einmal fünf, sechs Jahre abwarten. Die Exzellenz-Initiative ist dafür ein schönes Beispiel. Innovation hat ja immer auch etwas mit Reversibilität zu tun. Man muss im Grunde genommen ein paar Mechanismen einbauen, um sagen zu können: Dies hat sich vielleicht nicht so bewährt.

Mit welchen Adjektiven würden Sie das Wissenschaftssystem denn im Jetzt-Zustand beschreiben?

Knie: Unübersichtlich, hybride, unaufgeräumt, irritiert. Das kann man als positiv, aber auch als gefährlich bewerten. Das Wissenschaftssystem ist seit längerem in eine Art Säkularisierungsphase eingetreten. Früher war Wissenschaft eigentlich nicht begründungspflichtig. Heute gibt es Konkurrenz; andere Akteure sind ebenfalls zu Wissensproduzenten geworden. Wichtige Denkanstöße oder Positionspapiere kommen immer mehr von Unternehmensberatern oder privaten Stiftungen. Das Wissenschaftssystem muss heute viel mehr tun, um in diesem Markt zu bestehen und um öffentliche Gelder erfolgreich konkurrieren zu können.

Simon: Das Wissenschaftssystem ist ganz gut mit einer großen Baustelle mit vielen dezentralen Bauleitungen zu vergleichen, die auch alle notwendig sind. Aber bei der Koordination dieser dezentralen Bauleitungen gibt es noch einen Bedarf an neuen, intelligenten Lösungen.

Brauchen wir einen Masterplan für das Wissenschaftssystem?

Knie: Eine alte, grundlegende Frage in der Wissenschaftsforschung ist: Wer steuert eigentlich was? Die Wissenschaft behauptet immer, sie steuert sich am besten selbst. Wenn sie genug Freiheit und Geld hat, ist sie am produktivsten. Aber es mehren sich die Stimmen, die sagen, dass dies nicht mehr zeitgemäß ist. Der Staat muss als Mittelgeber stärker kontrollieren, ob bestimmte Ziele erreicht und die Mittel angemessen und zweckdienlich ausgegeben werden.

Simon: Der Bund muss sich in Sachen Wissenschaft und Forschungspolitik darüber klar werden, was seine eigentlichen Aufgaben sein können. Es gibt ja Institutionen wie den Wis-

senschaftsrat, wo bereits vieles zwischen Vertretern von Bund, Ländern und Wissenschaft koordiniert wird. Möglicherweise kann diese Art von Koordination eine stärkere Rolle einnehmen. Sie ist für mich ein Beispiel, wie die Abstimmung zwischen Bund, Ländern und den Interessen der wissenschaftlichen Communities gut koordiniert werden kann.

Was kann uns der Blick ins Ausland lehren?

Simon: In Bezug auf Europa muss man sehen, dass bestimmte Länder bereits Vorreiter sind, etwa bei der Nachwuchsförderung. Systematische Doktorandenförderung ist beispielsweise von den Niederlanden schon länger betrieben worden. Schwedische Universitäten wiederum können mehr oder weniger autonom entscheiden, welche Disziplinen sie weiter betreiben können. Da stellt sich dann aber die Frage: Was kann oder muss der schwedische Staat machen, wenn etwa mangels Nachfrage das Fach Germanistik nicht mehr en vogue ist? Wie geht man mit der relativ großen Autonomie der Hochschulen um, wenn andererseits bestimmte Fächergruppen durch Moden oder aufgrund finanzieller Restriktionen auf einmal verschwinden? Das sind dann wieder die gleichen Probleme wie in Deutschland.

Knie: Man kann eigentlich zwei Typen von Wissenschaftssystemen unterscheiden. Das Humboldt'sche System geht von einer nicht begründungspflichtigen und sehr autonomen Wissenschaft aus. Deutschland, Frankreich, Österreich und die Schweiz haben ihre Wissenschaftssysteme nach diesem Prinzip aufgebaut. Der zweite Typ, das angelsächsische System, ist wesentlich offener, dynamischer und auch leistungsorientierter. Es wird mittlerweile – das muss man klar sehen – von immer mehr Ländern adaptiert.

Der Druck nimmt also zu – wie lassen sich dann hierzulande Räume für Innovation schaffen?

Simon: Innovationspotenziale sind gerade in den Übergängen vorhanden, wenn beispielsweise Grundlagenforscher mit Projektentwicklern zusammenarbeiten. Jenseits des Mottos „Wir machen vorrangig dies oder vorrangig jenes“ gibt es schon seit vielen Jahren auf der Ebene der Forschungs- und der Entwicklungsarbeit Kooperationen. Diese gehen weit über die institutionellen Dächer der wissenschaftlichen Einrichtungen hinaus und durchbrechen Abgrenzungen im Hinblick auf Themen und Forschungsorientierungen. Aber – und dazu trägt die Exzellenz-Initiative bei – es geraten jetzt auch die institutionellen Formen unter Druck. Neue Formen der Ko-

operation entstehen. Das Karlsruhe Institute of Technology ist ein Beispiel dafür.

Gibt es eigentlich eine Art innovativen Forschertyp?

Knie: Die Idee, dass man Forscher und Unternehmer zugleich sein kann, ist eine ganz alte. Es gab immer Innovation, selbst im starren deutschen Wissenschaftssystem: Alois Riedler, der 1899 als Rektor der Technischen Hochschule Berlin die Promotionsrechte für die Technischen Hochschulen erkämpft hat, war eigentlich Unternehmer. Er ist dem Ruf nach Berlin nur gefolgt, weil er seine vielen Firmen weiter betreiben konnte. Diesen Typus von Entrepreneur gibt es in vielen akademischen Einrichtungen. Aber er wird durch das deutsche Hochschulsystem nicht professionell gefördert, das – leider typisch für Deutschland – von einem Menschen immer eine definitive Entscheidung verlangt: Sind Sie jetzt Wissenschaftler, oder sind Sie Unternehmer? Bitte entscheiden Sie sich! Wir müssen lernen, dass es Übergangsformen gibt. Man kann sich heute überlegen, Unternehmer zu sein, aber in sechs Jahren zurück in die Wissenschaft zu gehen. Nur gibt es für dieses Hin und Her hierzulande keine Räume, keine Praktiken – und keine Berufsbilder.

Simon: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nicht auf entfristeten Stellen oder auf Professuren berufen sind, müssen sich sowieso unternehmerhaft verhalten. Sie müssen sich also ihre eigenen Drittmittel beschaffen, neue Stellen suchen oder möglicherweise auch mal eine kleine Firma gründen und hierzu die entsprechenden Kompetenzen erwerben. Aber da ist eine weitere Paradoxie im deutschen System: Deutsche Hochschulen sind immer noch sehr hierarchisch aufgebaut, was unternehmerisches Handeln nicht gerade befördert. Hier am WZB bilden wir mittlerweile auch Kompetenzen etwa im Projektmanagement oder in der Öffentlichkeitsarbeit aus: als *training on the job* oder als Weiterbildung für die jüngeren Wissenschaftler. Bei den Forschern, die das WZB verlassen, zeigt sich auch: Es bleiben nicht alle im Wissenschaftssystem, sondern einige gehen in die Politikberatung oder in die Wirtschaft.

Knie: Man hatte sich in Deutschland immer vorgestellt, man bildet an Hochschulen Leute aus, die wieder an Hochschulen gehen. Dass dies aber nur ein kleiner Markt ist, das wird jetzt auch in Deutschland langsam begriffen. Das bedeutet: Jeder muss lernen, sich einerseits innerhalb der wissenschaftlichen Community zu bewegen, aber auch zu schauen, wo er sein Wissen noch zu Markte tragen

kann. Dadurch können sich dann wieder Rückflüsse für die Disziplinen entwickeln. Das wird aber – nehmen wir mal die Soziologie – im Moment in Deutschland systematisch nicht gesehen. Es gibt viel soziologisches Wissen, das in unternehmerische Innovationen einfließt, nur geht es der akademischen Disziplin verloren, weil es nicht dorthin zurückkommt.

Gilt diese Aussage für alle Disziplinen?

Simon: Nein, das ist von Disziplin zu Disziplin verschieden. In geisteswissenschaftlichen Fächern ist es viel schwerer als bei technik- oder ingenieurwissenschaftlichen. Es bleibt auch sinnvoll, dass man geschützte Räume für Grundlagenforschung hat.

Knie: Wir haben in unseren Forschungen herausgefunden, dass die wissenschaftlichen Disziplinen nach wie vor eine hohe Bedeutung haben. Sie disziplinieren im wahrsten Sinne des Wortes. Sie kanonisieren das Wissen, sie entscheiden, was legitimes Wissen und was nicht legitimes Wissen ist. Und sie entscheiden, wer wofür Reputation erhält. Reputation ist nach wie vor das größte Gut, die entscheidende Währung in einer wissenschaftlichen Karriere. Zum Professor oder zur Professorin wird auch heute nur berufen, wer diese Reputationsstrukturen bedient.

Und der neue Forschertyp, der sich aus der Wissenschaft nach draußen wagt...

Simon: ... findet nicht unbedingt Anerkennung. Entweder gehe ich den wissenschaft-

lichen Weg, oder ich versuche, ein Unternehmen zu gründen. Diese Idee, das auszuprobieren und für beide Systeme offen zu bleiben, ist zurzeit schwierig zu organisieren. Andererseits sollte man sich aber auch von dem Gedanken verabschieden, dass immer alle alles machen müssen. Es muss nicht jede Universität entrepreneurhaft werden; eine gewisse Ausdifferenzierung hat durchaus ihren Reiz. Wir haben immer die Vorstellung, alle müssen in dieselbe Richtung gehen, stattdessen sollten wir Optionsräume schaffen, die man dann weiterentwickeln kann.

Wir möchten gerne am Ende noch einmal auf den finanziellen Spielraum von Wissenschaftspolitik kommen. Gibt es den überhaupt?

Knie: Das Hochschulwesen, Universitäten wie Fachhochschulen, ist in Deutschland – gerade im internationalen Vergleich – unterfinanziert. Das kann man gar nicht oft genug wiederholen. Dagegen wird dann immer wieder argumentiert: Dafür fließt ja viel Geld in die außeruniversitäre Forschung. Aber dadurch wird schnell eine falsche Debatte losgetreten, in der es heißt, die außeruniversitäre Forschung müsse dann eben zugunsten der Hochschulforschung weniger bekommen. Wichtig bleibt stattdessen, mehr Geld in das gesamte System zu geben. Sicherlich müssen dabei mehr Synergien geschaffen bzw. Doppelförderungen vermieden werden. Und sicherlich wird man zukünftig mehr darüber nachdenken, wie man die staatlichen Förderungen mit privaten Forschungsmitteln besser als bisher kombinieren kann.

Maßstäbe gesucht

Das deutsche System außeruniversitärer Forschung – kritisch befragt

Lena Ulbricht

Die öffentlich finanzierte Forschung wird in Deutschland von den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen geleistet. Beide ergänzen sich und tragen vielfältig zu Forschung, Ausbildung und Wissenstransfer und damit zur Innovation bei. Den Anteil einzelner Forschungseinrichtungen und die Qualität ihrer Leistungen versucht man verstärkt durch Evaluationen zu ermitteln. So evaluiert der Wissenschaftsrat derzeit die Ressortforschungseinrichtungen. Die vier großen Wissenschaftsorganisationen – Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Gesellschaft und Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz – evaluieren „ihre“ Einrichtungen, auch das WZB wird sich im kommenden Jahr prüfen lassen.

Die Ausweitung der Evaluationspraxis führt nicht selten zu Kontroversen über Bewertungskriterien und -maßstäbe und deren Übertragbarkeit auf einzelne Forschungseinrichtungen. Dahinter steht die Frage, ob jede Einrichtung die gleichen Kriterien erfüllen sollte oder ob es nicht auch eine legitime und effiziente Arbeitsteilung zwischen den Forschungseinrichtungen gibt. Umfassende Analysen des deutschen Forschungssystems gibt es jedoch kaum. Doch nur die Systemperspektive erlaubt es, Position zu beziehen in Debatten über die Frage, ob die außeruniversitäre Forschung komplementär arbeitet und effizient organisiert ist. Gleiches gilt für die Frage, ob Umfang und Qualität von Forschungsergebnissen und Wissenstransfer angemessen sind.

Im internationalen Vergleich sind die öffentlichen Ausgaben für außeruniversitäre Forschung in Deutschland hoch und sehr stabil. 2007 lagen die Ausgaben, gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts, mit 0,35 Prozent deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 0,25 Prozent. Dass sich der Anteil der öffentlichen Ausgaben für außeruniversitäre Forschung in Deutschland zwischen 1995 und 2007 kaum verändert hat, ist bemerkenswert angesichts eines deutlichen Rückgangs außeruniversitärer Forschung in vielen anderen OECD-Staaten (siehe Abbildung). Ist der stabile Anteil der außeruniversitären Forschung am öffentlich finanzierten Forschungskuchen gerechtfertigt, wenn man bedenkt, dass diese über 46 Prozent der öffentlichen Forschungsförderung verfügten, aber nur 37 Prozent der Wissenschaftler beschäftigen?

Der Vorwurf: Zersplitterung und Ineffizienz

Der Vorwurf, die außeruniversitäre Forschung in Deutschland sei zugleich fragmentiert und ineffizient, wird häufig mit dem Hinweis auf die zum Teil recht unterschiedlichen Ausrichtungen der vier großen Wissenschaftsorganisationen entkräftet, die 2007 zusammen etwas mehr als die Hälfte der Wissenschaftler der außeruniversitären Forschungseinrichtungen beschäftigten und drei Viertel der Forschungsausgaben der außeruniversitären Forschung tätigten. Das verbleibende Viertel des Budgets und die restlichen 46 Prozent der Mitarbeiter verteilen sich auf Ressortforschungseinrichtungen des Bundes und der Länder, auf Akademien, wissenschaftliche Bibliotheken und Museen sowie eine Gruppe sonstiger Einrichtungen. Diese Vielfalt kann leicht durch Doppelungen und mangelnde strategische Koordination zu Ineffizienz führen.

Ob eine bestimmte Einrichtung sich optimal in die deutsche und internationale Forschung einbringt, müssen Einzelevaluationen feststellen. Die Systemperspektive zeigt aber, dass die großen Wissenschaftsorganisationen unterschiedliche und zum Teil komplementäre Profile haben. Über ein klares Forschungsprofil verfügen die Fraunhofer-Gesellschaft (angewandte For-

schung) und die Max-Planck-Gesellschaft (Grundlagenforschung) in höherem Maß als die Einrichtungen der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft. Deren Rolle für das deutsche Forschungssystem ist weniger deutlich ersichtlich.

Außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird zudem häufig vorgeworfen, sich nicht genügend mit den Einrichtungen aus anderen Wissenschaftsorganisationen auszutauschen. Eine derartige „Versäulung“ kann man jedoch nicht (mehr) feststellen. In den letzten Jahren hat diese Zusammenarbeit deutlich zugenommen: Mittlerweile sind Kooperationen mit Einrichtungen aus anderen Organisationen der außeruniversitären Forschung sogar häufiger als Kooperationen mit Einrichtungen der eigenen Organisation. Darüber hinaus arbeiten fast alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Hochschulen zusammen – eine Tendenz, die durch die Exzellenzinitiative und die daraus entstandenen Forschungsverbände unterstützt wurde. Häufige Formen der Zusammenarbeit sind gemeinsame Forschungsprojekte, Hochschulprofessuren von Mitarbeitern außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die gemeinsame Betreuung von Diplom- und Doktorarbeiten.

Schließlich gerät die Leistungsfähigkeit der außeruniversitären Forschung immer wieder in die Diskussion, insbesondere im Vergleich mit den Hochschulen, die stetig steigende Studentenzahlen schultern müssen, sich einer wachsenden Vielfalt gesellschaftlicher Aufträge stellen und ihre Lehr- und Forschungsleistung in nationalen wie internationalen Rankings gespiegelt bekommen. Der – meist implizite – Vorwurf lautet, dass die Leistungen hinter den Erwartungen zurückbleiben. Immerhin haben Forscher an außeruniversitären Einrichtungen ein sehr geringes Lehrdeputat, und viele administrative Tätigkeiten werden ihnen durch spezialisiertes Personal abgenommen, so dass sie sich im Prinzip ganz der Forschung und dem Wissenstransfer widmen können.

Heterogenität erschwert Vergleiche

Ein Blick auf die Patent- und Publikationsleistung der vier großen Wissenschaftsorganisationen und der Hochschulen für den Zeitraum von 1994 bis 2006 zeigt ein breites Spektrum: An einem Ende stehen die Fraunhofer-Institute mit sehr vielen Patenten (70 Patentanmeldungen je 1.000 Wissenschaftler) und einer vergleichsweise niedrigen Publikationsleistung: 0,15 SCI-Publikationen pro Wissenschaftler und Jahr. Am anderen Ende finden sich die Max-Planck-Institute mit hohen Publikationsleistungen: 1,35 SCI-Publikationen pro Wissenschaftler und Jahr und wenig Patentanmeldungen (jährlich 12 Patentanmeldungen pro 1.000 Wissenschaftler). Zwischen diesen beiden Extremen befinden sich die Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft und der Leibniz-Gemeinschaft sowie die Hochschulen. Für die Ressortforschung und die sonstigen Einrichtungen liegen bislang keine vergleichbaren Informationen vor. Die Leistungen der außeruniversitären Forschung, gemessen in Publikationen und Patenten, heben sich zum Teil als exzellent ab, weisen aber gleichzeitig sehr unterschiedliche Profile auf. Eine Bewertung einer wie auch immer definierten Leistungsfähigkeit der außeruniversitären Forschung im Vergleich zur Leistungsfähigkeit des Hochschulsektors verbietet sich also allein schon wegen der Heterogenität der Wissenschaftsorganisationen.

Beurteilt man den Beitrag der außeruniversitären Forschung zum deutschen Innovationssystem, stellt sich die Frage, wie viel von den Forschungsergebnissen in der Gesellschaft, besonders auch in Unternehmen, ankommt. Denn für Innovationen ist ein produktiver Austausch zwischen öffentlich finanzierter und industrieller Forschung und Entwicklung von zentraler Bedeutung. Die Forschungsergebnisse an Hochschulen können systematisch an Studierende weitergegeben werden, die sie wiederum weiter verbreiten. Im Gegensatz dazu sehen sich außeruniversitäre Forschungseinrichtungen häufig dem Vorwurf ausgesetzt, sie bewegten sich in einem selbstreferentiellen System und vernachlässigten den Wissenstransfer. Tatsächlich kommen in manchen Wissenschaftsdisziplinen, die durch eine starke wissenschaftsimmanente



Lena Ulbricht, geboren 1984, arbeitet seit 2008 bei der Präsidentin des WZB. Sie ist darüber hinaus Mitarbeiterin der Geschäftsstelle der Expertenkommission Forschung und Innovation. Sie hat ein Politikwissenschaft-Diplom der FU Berlin und einen Master in Stadt- und Regionalplanung an Sciences Po Paris gemacht. In ihrem Promotionsprojekt befasst sie sich mit der Hochschulpolitik im Bundesländervergleich.

[Foto: David Ausserhofer]

ulbricht@wzb.eu

Rat für die Bundesregierung: EFI

Die von der Bundesregierung eingerichtete Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) hat eine Studie zum deutschen Forschungs- und Innovationssystem in Form eines internationalen Systemvergleichs in Auftrag gegeben und äußert sich zu diesem Thema in ihrem Gutachten 2010. Das Gutachten wurde der Bundeskanzlerin am 24. Februar 2010 überreicht. Dieser Text beruht auf dem Kapitel „Das deutsche F&I-System im internationalen Vergleich“ des Gutachtens.

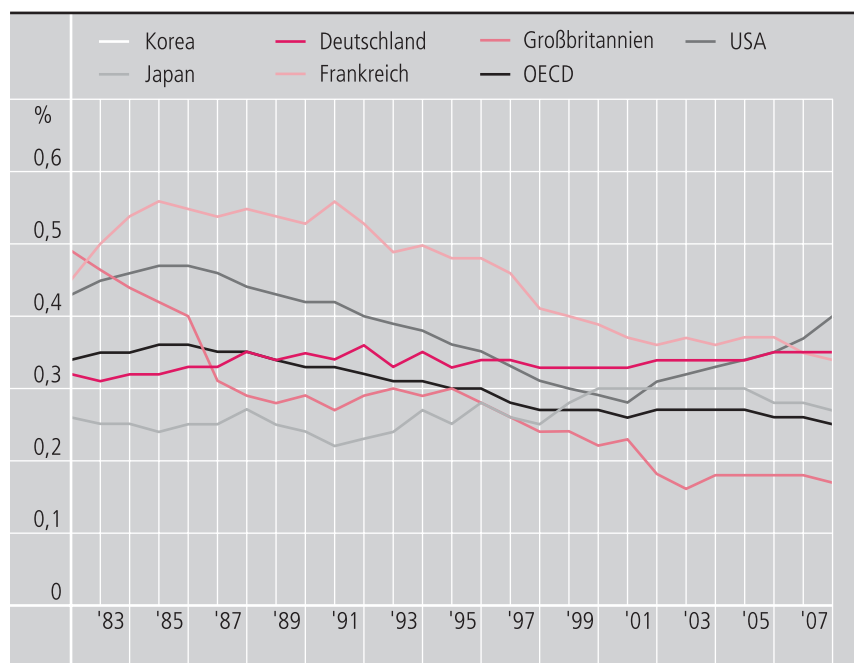
Die Mitglieder der Expertenkommission sind: Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner, Prof. Jutta Allmendinger Ph.D., Prof. Dr. Alexander Gerybadze, Prof. Dietmar Harhoff Ph.D. (Vorsitzender), Prof. Dr. Patrick Llerena, Prof. em. Dr. Joachim Luther.

Eigendynamik geprägt sind, die Transferaktivitäten zu kurz. Dies kann in der Forschungsstrategie und der Anreizstruktur begründet liegen – nämlich dann, wenn Einrichtungen und ihre Forscher ausschließlich an Publikationserfolgen und Reputationsgewinn innerhalb des wissenschaftlichen Kollegiums interessiert sind.

In außeruniversitären Forschungseinrichtungen lässt sich der Stellenwert, den Forscher dem Wissenstransfer beimessen, von der Leitung beeinflussen, und zwar durch Mitarbeiterführung, Personalentwicklung und die institutionelle Entwicklungsstrategie. Dabei zeigen sich in Bezug auf die Bewertungskriterien große Unterschiede zwischen den Einrichtungen: Innerhalb der Max-Planck-Einrichtungen ist das zentrale Kriterium die Exzellenz, daneben spielen auch die Anzahl der Publikationen sowie die Nachwuchsförderung eine Rolle. Wissens- und Technologietransfer an Unternehmen taucht als Kriterium fast nicht auf.

Ähnlich verhalten sich die Einrichtungen der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft, die in den letzten zehn Jahren der Exzellenz und Anzahl der Publikationen immer stärker den Vorzug vor Aktivitäten des Wissenstransfers gegeben haben. Einen besonders hohen Stellenwert genießt dieser hingegen in der Fraunhofer-Gesellschaft. Hier stehen der Wissens- und Technologietransfer an Unternehmen und die Einwerbung von Drittmitteln von Unternehmen an erster Stelle der Bewertungskriterien.

Eine Betrachtung der außeruniversitären Forschung in der Systemperspektive macht eines deutlich: Was das Aktivitätsprofil und die Leistung angeht, gibt es zwar Schwerpunktsetzungen, aber keine systematische Arbeitsteilung. Profil und Qualität der Forschung und des Wissenstransfers lassen sich besonders in der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft aufgrund der sehr heterogenen Zusammensetzung schwer einordnen und einheitlich bewerten. Aus diesem Grund ist es legitim, die Verteilung von Fördermitteln sowie die Aufteilung von Forschungsgebieten und Aufgaben kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu ändern. Abgesehen davon müssen die aus Evaluationen und Wissenschaftsforschung gewonnenen Erkenntnisse aber auch genutzt werden, um die Anreizstrukturen, die auf Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler einwirken, einer Prüfung zu unterziehen und hier gegebenenfalls nachzusteuern.



Anteil der FuE-Ausgaben für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen am Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Quelle: Expertenkommission Forschung und Innovation (2010): Gutachten 2010 zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands, Berlin: EFI, S. 40

In Deutschland liegt die Forschungs- und Innovationspolitik im Wesentlichen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Diese Aufteilung wirkt stellenweise als Hindernis für eine Innovationspolitik aus einem Guss, zum Beispiel wenn es um die Förderung von Verbindungen zwischen der Grundlagenforschung und der Innovation in der Wirtschaft geht. Die Hightech-Strategie der Bundesregierung war ein wichtiger Ansatz, diese Koordinationsprobleme zu überwinden. Die Ministerien sollten jedoch vermehrt die Chancen der Zusammenarbeit nutzen.

Nicht zuletzt um den Koordinationsbedarf zwischen zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren zu unterstreichen, wenn die außeruniversitäre Forschung zum Wohl des Forschungs- und Innovationssystems Deutschland weiter optimiert werden soll, wäre ein hochrangig besetztes Gremium, bestehend aus Repräsentanten der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, hilfreich. Wie in anderen Ländern üblich, könnte dieses Leitlinien der Forschungs- und Innovationspolitik formulieren und deren Umsetzung begleiten. Dafür spricht sich auch die Expertenkommission Forschung und Innovation aus.

Literatur

Wolfgang Polt, Martin Berger, Patries Boekholt, Katrin Cremers, Jürgen Egel, Helmut Gassler, Reinhold Hofer, Christian Rammer (2010): Das Deutsche Forschungs- und Innovationssystem – Ein internationaler Systemvergleich zur Rolle von Wissenschaft, Interaktion und Governance für die technologische Leistungsfähigkeit. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 11-2010, Berlin: EFI, 296 S.

Expertenkommission Forschung und Innovation (2010): Gutachten 2010 zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands, Berlin: EFI, 176 S.



Last und Lust

Wie sich die Bedeutung der Arbeit gewandelt hat

Jürgen Schmidt und Jürgen Kocka

Arbeit prägt die menschliche Existenz auf vielfältige Weise. Sie gibt dem Leben Struktur und Sinn. Als Erwerbsarbeit soll sie den Lebensunterhalt sichern. Sie kann aber auch Last und Qual bedeuten. Was als Arbeit verstanden und von anderen Tätigkeiten abgegrenzt wird, variiert stark mit dem kulturellen und historischen Kontext. Beispielsweise benutzen die australischen Yir-Yoront für Spielen und Arbeiten denselben Begriff. Und als der Ethnologe Georg Elwert 20 Jahre nach seinem ersten Aufenthalt in ein Dorf in Benin zurückkehrte und Bekannte traf, mochten diese nicht glauben, dass er immer noch im gleichen Beruf arbeitete: Jedes Lebensalter habe doch seine eigene Arbeit.

Unser Verständnis von Arbeit ist von den Entwicklungen des 19. Jahrhunderts geprägt. Die Durchsetzung der Erwerbsarbeit während der Industrialisierung hatte weitreichende Konsequenzen für das heute vorherrschende Verständnis von Arbeit. Erwerbsarbeit auf eine bestimmte Lebensphase festzulegen, das Ideal eines Berufs fürs ganze Leben und die Trennung von Arbeitsplatz und Zuhause gehören dazu. Wo lagen die Wurzeln für diese Entwicklung? „Je mehr wir beschäftigt sind, je mehr fühlen wir, dass wir leben, und desto mehr sind wir uns unseres Lebens bewusst“, urteilte Immanuel Kant 1782 über die Arbeit. Im gleichen Atemzug verwarf er die Muße als etwas Lebloses, das an unserem Leben nur „so vorbeistreich“. In der Aufklärungsliteratur des 18. Jahrhunderts erlebte die Wertschätzung der Arbeit ihren ersten Höhepunkt.

Das antike Griechenland kannte noch keinen umfassenden Arbeitsbegriff. Die Menschen ordneten Sklavenarbeit auf dem Feld, Hausarbeit der Frauen, Handwerk, künstlerisches Schaffen und politisches Wirken unterschiedlichen Kategorien zu. Die Zusammenfassung unter einem Oberbegriff wäre den Griechen absurd erschienen, erst recht, weil körperliche Arbeit in der Polis von staatsbürgerlichem und politischem Engagement ausschloss. Ähnliche Vorbehalte gab es in der römischen Antike. „Alle Handwerker befassen sich mit einer schmutzigen Tätigkeit, denn eine Werkstatt kann nichts Edles an sich haben“, schrieb Cicero.

In der jüdisch-christlichen Tradition war Arbeit die Strafe Gottes für den Sündenfall: „Mit Mühsal sollst du dich von (dem Acker) nähren dein Leben lang“, heißt es im Alten Testament. Mit der Vertreibung aus dem Paradies wurde Arbeit zur lebenslangen Last. Zugleich führte Arbeit aber zum Seelenheil, hatte etwas Befreiendes. Mit Jesus, dem gelernten Zimmermann, der sich mit Fischern umgab, machte das Christentum der Verachtung körperlicher Arbeit ein Ende.

Im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa trugen die bürgerlichen Städte ihren Teil zur Deutung des Arbeitsbegriffs bei. Die städtischen Verwaltungen des 14. und 15. Jahrhunderts setzten Müßiggang und Armut einen positiven Arbeitsbegriff entgegen. Arbeit garantierte Wohlstand, Tugend und Macht. Im absolutistischen Staat der Frühen Neuzeit griffen Herrscher und Behörden dies auf – wer arbeitete, war nicht auf Armenpflege und -unterstützung von Staat oder Stadt angewiesen.

Im Übergang zur Aufklärung, in der Aufklärung und in der Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft wurde Arbeit gleich dreifach aufgewertet. Sie erschien erstens nicht mehr primär als Last und Fluch, sondern gab dem Leben des Einzelnen Sinn. In Denis Diderots „Encyclopédie“ hieß es im Artikel über „travail“, Arbeit trage zu Ausgeglichenheit und Tugendhaftigkeit bei.

Summary

Work and its meanings

In the course of European history, work has had a broad range of connotations. It has been seen as a blessing, a curse, or both. Work has had social meanings and was part of systems of differentiation by class and status. The apotheosis of work by Enlightenment intellectuals stood in sharp contrast to realities of work as hard labor and toil before and during industrialization. But idleness as an ideal was never strong in Europe. During the 19th century the idea of work was narrowed down to market-related labor for a living and gains. It may be high time to broaden its definition again.

Abbildung links

Dass Arbeit Last und Lust zugleich sein kann, belegt dieses Monatsbild Mai/Juni von der Heuernte. Das zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Flandern entstandene Gemälde ist Teil des Kalendarium Grimani und befindet sich heute in der Biblioteca di San Marco in Venedig.

[Foto: picture-alliance/akg-images]



Jürgen Kocka, Historiker, hatte bis 2009 eine Professur für Geschichte der industriellen Welt an der FU Berlin und eine Forschungsprofessur für Historische Sozialwissenschaften am WZB inne. Von 2001 bis 2007 war er Präsident des WZB. Derzeit ist er Gastprofessor an der University of California, Los Angeles. [Foto: David Ausserhofer]

kocka@wzb.eu



Jürgen Schmidt studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Heidelberg, Innsbruck und Berlin. 2003 wurde er im Fach Geschichte promoviert. Bis September 2009 war er Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“ sowie bei der Forschungsprofessur „Historische Sozialwissenschaften“ am WZB. Seit Dezember 2009 arbeitet er an der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen des Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kollegs „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“. [Foto: David Ausserhofer]

juergen.schmidt@asa.hu-berlin.de

Der Arbeitsbegriff wurde zweitens zunehmend in einem ökonomischen Sinn verstanden: Adam Smith erschien Arbeit als die eigentliche Quelle des Reichtums. Arbeit entfaltete eine dynamische Kraft, die Fortschritt, Erfolg und Luxus ermöglichte.

Drittens lag im Arbeitsbegriff ein befreiender Schwung. Mit der Betonung ehrbarer Arbeit in Handel, Handwerk und Betrieb grenzte sich das Bürgertum vom Adel ab und kritisierte von dieser Warte aus feudal-absolutistische Strukturen. Im Lichte dieser Kritik wurden die Adligen mit nichtsnutzigen Drohen im emsigen bürgerlichen Bienenstock verglichen, ein Vorwurf, den Thomas Morus schon 1516 in seinem Buch „Utopia“ erhoben hatte.

In ihrer aufklärerischen Emphase dachten viele Autoren kaum an den Arbeitsalltag. Falls doch, unterschieden sie oft zwischen produktiver und unproduktiver, zwischen geistiger und manueller Arbeit, zwischen dem am Schreibtisch vollbrachten edlen Werk und dem in der stinkenden Gerberei hergestellten Stück Leder. Dennoch: Als sprachliches Ordnungselement hatte sich ein allgemein verstandener Arbeitsbegriff durchgesetzt. Begleitet von staatlich-kommunaler Armenpolitik und bürgerlicher Wertschätzung der Arbeit war ein Zurück etwa zu antiken Vorstellungen nicht mehr vorstellbar.

Arbeit war im europäischen Kontext gewissermaßen kodifiziert: Mit Arbeit stellte man etwas her, das über die Arbeit selbst hinauswies. Mit Arbeit erfüllte der Mensch eine Aufgabe, die ihm gestellt war oder die er sich setzte, sei es für das eigene Überleben oder Vorwärtskommen, sei es für die Gemeinschaft oder die Gesellschaft, in der er lebte. Mit Arbeit war Mühe verbunden und die Bereitschaft, Widerstände zu überwinden.

Dieser allmählich herausgebildete allgemeine Arbeitsbegriff beeinflusste die Arbeitswirklichkeit des 19. Jahrhunderts nachhaltig. Gleichzeitig nahm die Arbeit Formen an, die die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit des Konstrukts offenlegten. In einer sich entwickelnden kapitalistischen Marktgesellschaft entschieden nicht mehr Stand oder adlige Herkunft über sozialen Status und Prestige, sondern mehr und mehr die Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Arbeit spitzte sich auf Erwerbsarbeit zu, und das gilt umgangssprachlich bis heute.

Der Arbeitsplatz als eigenständiger Ort setzte sich – je nach Wirtschaftssektor unterschiedlich – als Strukturprinzip durch. Haushalt und Arbeitsplatz ließen sich nicht nur getrennt denken, sondern in der Praxis unterschiedlich gestalten. Am Arbeitsplatz wurde die Arbeitszeit zunehmend überwacht und reglementiert, Arbeitsabläufe wurden rationalisiert und verdichteten sich. Waren vorher daheim noch fließende Übergänge zwischen verschiedenen Tätigkeiten möglich, schwand diese Verknüpfung. Das Ideal einer geschlechterspezifischen Arbeitsteilung – hier der männliche Alleinverdiener am Arbeitsplatz, dort die unentgeltlich im Haushalt arbeitende Frau – wurde zwar betont, ließ sich in der Realität jedoch nicht immer umsetzen, beispielsweise nicht in der Landwirtschaft, und Arbeiterfamilien waren durchweg auf das (Zusatz-)Einkommen von Frauen und Kindern angewiesen.

Mit einem klar umrissenen Arbeitsplatz wurde es auch möglich, diesen zu verlieren. Arbeitslosigkeit tauchte seit dem späten 19. Jahrhundert in den Lexika und der politischen Sprache auf, auch wenn ihre genaue Definition schwierig blieb. Das war einer der Gründe dafür, dass eine reichsweite Arbeitslosenversicherung im Vergleich zu den Sozialversicherungen in den 1880er Jahren erst mit Verspätung, nämlich 1927 in der Weimarer Republik, verwirklicht wurde.

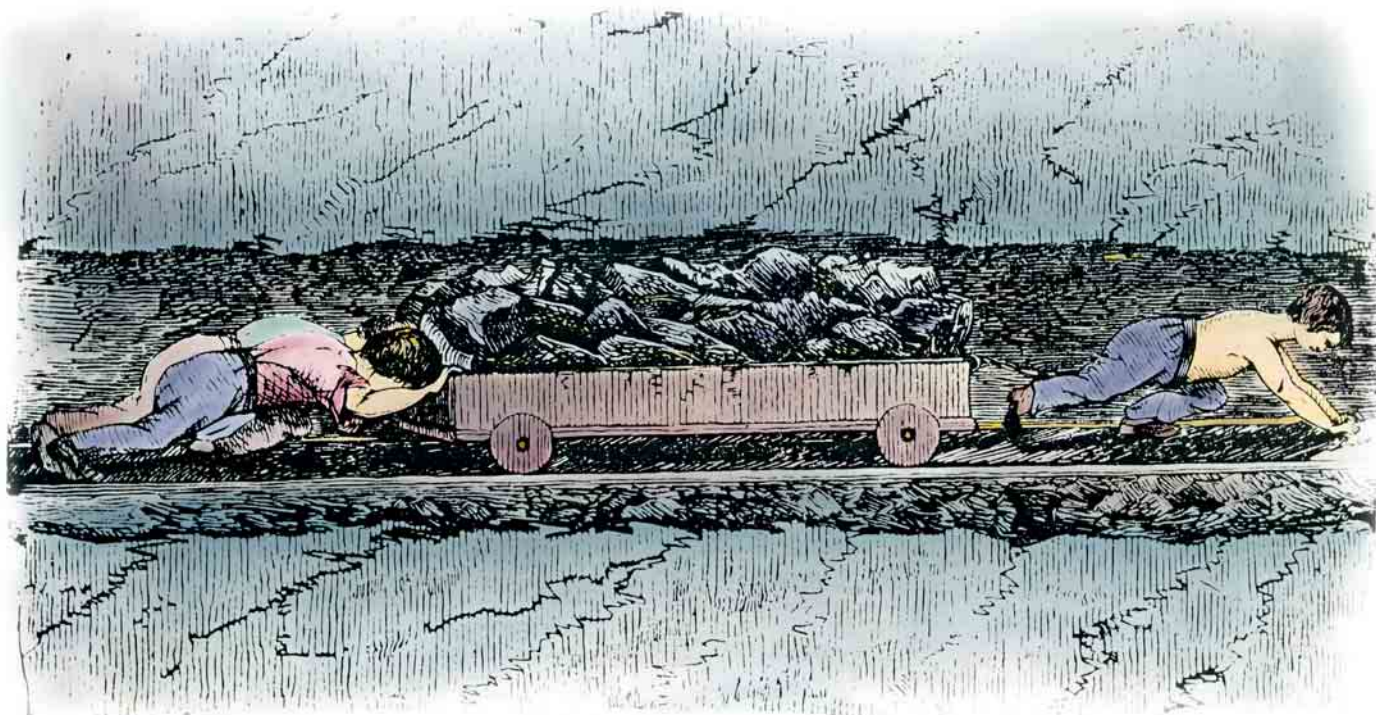
Schließlich erlaubte die zentrale Bedeutung der Kategorie Arbeit neue Deutungen der Gesellschaft. Traditionelle Ungleichheitsmuster im Arbeitsprozess wie jene zwischen Herr und Knecht, Geselle und Meister wurden ergänzt: Auch Arbeiter und Arbeitgeber standen sich jetzt gegenüber. Die Gesellschaft wurde als Klassengesellschaft erfahren.

Die Realität der Arbeit drängte im 19. Jahrhundert immer stärker ins öffentliche Bewusstsein. Wie sollte ein Ziegeleiarbeiter, der monotone Handgriffe am heißen Brennofen verrichtete, Sinn aus dieser Tätigkeit ziehen? War das stundenlange Ausfüllen von Bestellscheinen in den Handelskontoren nicht entfremdete Arbeit? Zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung stumpften ab. Hinzu kamen die sozialen Folgen der frühen Industrialisierung: Kinderarbeit, überlange Arbeitszeiten, krankmachende Arbeit, Verschleiß.

Der „Arbeitsgeist sank auf Null“, schrieb der Fabrikarbeiter Carl Fischer in seiner Autobiografie über die Auswirkungen harter Arbeit im späten 19. Jahrhundert: „Man hatte zu oft für zwei Mann arbeiten müssen“, erinnerte er sich: „Nun wurde das Rückgrat steif und das Bücken beschwerlich, die Arme wurden schlapp und die Gelenke waren ausgeleiert, man war nicht mehr fix genug wie vordem und empfand die Arbeit nun wirklich als eine Qual.“ Und weiter schrieb er: „Da verglich man sich selber mit einer alten Maschine, die ihre Dienste gethan und ihre Zeit abgelaufen hatte, die nun in den Schrott mußte, weil keine Reparatur mehr angebracht war, weil sie nicht mehr konkurieren [sic] konnte, weil sie zu alt und gebrechlich war.“

Bei der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts ging es daher auch darum, wie sich Verwerfungen durch die Reform der Arbeit bewältigen ließen. Staatliche Interventionen wirkten sich aus. Durch rechtliche Normen und die Einführung von Sozialversicherungen begann sich Erwerbsarbeit im Lebenslauf der Einzelnen auf bestimmte Phasen einzugrenzen. Auf Kindheit und (Schul-)Ausbildung folgte eine jahrzehntelange Arbeitsphase, an die sich der Ruhestand anschloss. In der Praxis sollte es allerdings bis in die Wohlstandsjahre der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dauern, bis die Realität diesem Muster nahe kam. Es galt immer mehr für Männer als für Frauen.

Neben dem Staat war die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts ein zweiter wichtiger Akteur. Sie stand dem Prinzip Arbeit grundsätzlich positiv gegenüber. Die in der Arbeiterbewegung engagierten Arbeiter zogen ihr Selbstverständnis oft aus ihrer beruflichen Tätigkeit. Moritz T. W. Bromme beispielsweise arbeitete Ende des 19. Jahrhunderts als Holzpantoffelmacher und berichtete: „Das Anreißen ist zwar nicht gerade schwere Arbeit, [...] muß aber dafür äußerst schnell gehen und bedarf einer gewissen Intelligenz.“ Ein unge-



Die gnadenlosen Schattenseiten der Industrialisierung zeigt diese Darstellung von Kinderarbeit in einem englischen Bergwerk aus dem Jahr 1844.

[Foto: picture-alliance/akg-images]

schickter Arbeiter, erinnerte sich Bromme, konnte „seinen Arbeitgeber jährlich, ohne daß er es will, um hunderte von Mark schädigen, wenn er das Holz nicht auszunutzen versteht“. Er selbst aber könne sich „nun rühmen, daß ich das Holz bis aufs äußerste auszunutzen verstand“, betonte der Handwerker stolz. Ehrbare, qualifizierte Arbeit diene zur Abgrenzung von bürgerlichen Müßiggängern und arbeitsscheuen Existenzen.

In ihrer frühen Phase bis in die 1870er Jahre erschien der Arbeiterbewegung Selbsthilfe durch besser und gerechter organisierte Arbeit als ein Mittel zur Lösung der Arbeitsfrage. Die Forderung nach menschenfreundlicherer Arbeit durch kürzere Arbeitszeiten, Arbeitsschutz, bessere Bezahlung sowie sozialrechtliche Absicherung kam seit dem späten 19. Jahrhundert hinzu.

Schließlich thematisierte die Arbeiterbewegung Arbeit auch unter der Frage, wie sich die Arbeiterschaft in die Gesellschaft einbeziehen ließe und an ihr teilhaben könne. „Sie [die in der Partei tätigen Arbeiter] erkannten die Bedeutung ihrer Arbeit und würdigten sie nicht etwa nur als den Quell ihres Lebensunterhalts, sondern begriffen recht gut, daß die Arbeit des Gedankens und der Hände es ist, welche allein den Bestand der Gesellschaft zu garantieren vermag“, kommentierte der aus einer Arzt- und Kaufmannsfamilie stammende spätere SPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Blos: „Diese Pioniere der künftigen Gesellschaft waren mir unendlich interessanter, als jene Spießbürger, welche so sehr das Milieu beherrschten, in dem ich aufgewachsen war.“

Zu bedenken ist jedoch, dass Arbeit nicht nur Befreiungs- und Freiheitspotentiale enthielt. In den totalitären Ideologien und Systemen des 20. Jahrhunderts wird die politische Vieldeutigkeit von Arbeit offenbar. Die Erfahrungen mit Faschismus und Kommunismus zeigen, dass der Arbeit als solcher keine ausreichende Widerstandskraft gegen totalitären Missbrauch inne wohnt.

Arbeit ist ein Konstrukt, das je nach historischem und kulturellem Kontext unterschiedlich ausgelegt worden ist. In der europäischen Tradition bewegt es sich zwischen den beiden Polen Fluch und Segen. Je nach Art der Arbeit, sozialer Stellung und Lebensperspektiven überwiegt entweder die Erfahrung der Last, oder es herrscht die Sicht auf Arbeit als sinnerfüllendes Tun vor. Die Vorstellung von einem Leben ohne Arbeit aber bleibt im europäischen Denken randständig, wenngleich es nur wenige so emphatisch-eindeutig zu sehen vermögen wie der 1973 verstorbene Cellist Pablo Casals. Er schrieb: „Meine Arbeit ist mein Leben, ich kann mir eines ohne das andere nicht vorstellen. Aufhören zu arbeiten heißt anfangen zu sterben.“

Literatur

Manfred Bierwisch (Hg.), *Die Rolle der Arbeit in verschiedenen Epochen und Kulturen*, Berlin: Akademie Verlag 2003, 174 S.

Wilhelm Blos, *Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten*, Erster Band, München: G. Birk 1914, 287 S.

Moritz T. W. Bromme, *Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters*. Mit einem Nachwort und hrsg. v. Bernd Neumann, Frankfurt a.M.: Athenäum Verlag 1971 (Erstaufflage 1905), 382 Seiten.

Carl Fischer, *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters*. Hrsg. und mit einem Geleitwort versehen von Paul Göhre, Leipzig: Eugen Diederichs 1903, 391 S.

Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt a.M./New York: Campus 2000, 510 S.

Jürgen Kocka (Ed.), *Work in Modern Society. The German Experience in European-American Perspective*, New York/Oxford: Berghahn Books 2009, 248 S.

Abbildung rechts

Moderne Zeiten: In „Modern Times“, seiner in den 1930er Jahren entstandenen Satire auf die Arbeitswelt, findet sich Charlie Chaplin im Räderwerk einer industrialisierten Welt wieder.

[Foto: picture-alliance/akg-images]



Das Ende der Euphorie

Kehren die Diktaturen zurück? Theoretische und empirische Befunde

Wolfgang Merkel

Nachdem 1989 die Bürger Osteuropas gegen ihre Unterdrückung aufbegehrt hatten und die desolaten Systeme des „real existierenden Sozialismus“ ohne große Widerstände implodiert waren, verkündete Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“ (1992). Die westlichen Werte des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus, von Kapitalismus und Demokratie hätten nun den Wettlauf der Systeme gewonnen und blieben fortan ohne Alternativen.

Knapp zwei Dekaden danach ist die Euphorie verflogen. Es verdichten sich die pessimistischen Diagnosen und Prognosen. Der Historiker Azar Gat sieht mit dem „Ende vom Ende der Geschichte“ gleichzeitig „Die Rückkehr der autoritären Großmächte“. Das Washingtoner Institut Freedom House überschrieb seinen Bericht über das Jahr 2007 mit „Freedom in Retreat: Is the Tide Turning?“. Larry Diamond sekundierte in *Foreign Affairs* unter der Überschrift „The Democratic Rollback“. Auch in der akademischen Sphäre hat sich der Schwerpunkt von der Demokratisierungs- zur Autokratieforschung verlagert. Nun erscheinen Artikel und Bücher, die das „Ende des Transitionsparadigmas“ verkünden, die „Herausforderung der Demokratien“ betonen, „defekte Demokratien“ thematisieren oder die Koexistenz von Wahlen, Machtteilung und autoritärer Herrschaft erklären.

Stehen wir erneut am Anfang einer „autoritären Gegenwelle“ (Samuel Huntington), die den Demokratisierungswellen im 20. Jahrhundert immer folgte? Ein Rückblick auf die vergangenen zwei Jahrzehnte Demokratisierungsforschung zeigt einmal mehr, wie der Zeitgeist theoretische Paradigmen und damit die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung prägt. Seit den 1980er Jahren lassen sich in der Systemwechselforschung drei Theoriekonjunkturen erkennen, die einen abschüssigen Trend zeigen: vom Optimismus über den Realismus hin zum gegenwärtigen Pessimismus.

In den 1980er Jahren standen politische und zivilgesellschaftliche Akteure im Mittelpunkt des Interesses. Demnach entschieden diese über Erfolg und Misserfolg demokratischer Transformationen. Sozioökonomische Voraussetzungen der Demokratie, wie sie noch den Kern der Modernisierungstheorie der

1950er und 1960er Jahre geprägt hatten, verschwanden aus dem Blickfeld. Demokratie erschien möglich, wenn sich nur die relevanten Eliten auf sie einigten, wenn nur die Reformer in Opposition und Regime die Oberhand gegenüber den Hardlinern des autoritären „Bunkers“ behielten.

Zum Optimismus trug posthum auch Joseph A. Schumpeter bei. Sein schlankes Demokratieverständnis wurde meist kritiklos übernommen. Die Etablierung freier, gleicher und geheimer Wahlen erschien als hinreichend für die Anerkennung als Demokratie. Vor diesem theoretischen und politischen Hintergrund zählte Freedom House, das mit den Großkategorien „frei“, „teilweise frei“ und „unfrei“ arbeitet, 1996 nicht weniger als 118 von 191 Ländern zu den „Wahldemokratien“ (1974 waren es erst 39, im Jahr 1990 dann 76). Unter diesen rubrizierten neben Finnland, Schweden und der Schweiz auch Jelzins oligarchische Kleptokratie, das Korruptionsregime in Georgien, das niemals transformierte Weißrussland, das Vetternregime auf den Philippinen, die Anarchie Bangladeschs und das vom Bürgerkrieg geschüttelte Sierra Leone. Ein kritischer Blick genügte, um zu erkennen, dass die Herrschaftslogik der etablierten Demokratien sich substanziell von jener dieser Länder unterschied.

Das minimalistische Konzept der Demokratie wurde zunehmend als unzureichend angesehen, die Varianten neu entstandener Demokratien zu erfassen. Begriffe wie illiberale, delegative, gelenkte, hybride oder defekte Demokratie enthüllten Herrschaftsformen, die mit dem Terminus „Demokratie“ ohne Adjektiv nicht mehr verstanden werden konnten. Die differenzierten Konzepte erwiesen sich als ergiebiger und konnten zeigen, dass Georgien, Russland oder Venezuela eben nicht einfach unter denselben Regimetypus zu fassen sind wie Finnland, Schweden oder die Schweiz. Dementsprechend sank die Zahl der „Demokratien“.

Die Wiederentdeckung struktureller und kultureller Demokratie-Hemmnisse dämpfte den überzogenen Optimismus globaler Demokratisierungsperspektiven. Seit der Jahrhundertwende macht sich in Wissenschaft, Publizistik und Politik ein wachsender Skeptizismus breit; weitere Demokratisierungserfolge werden kaum erwartet. Historische Le-

Summary

Is democracy in retreat?

Over the past years, the optimism that followed the end of the Cold War has waned. History has not ended, and democracy is no longer seen as the only available option. Will dictatorships return on a large scale? An empirical analysis shows that the core group of democratic countries has remained stable even in the face of serious challenges like the current economic and financial crises. Among the group of hybrid regimes, the number of states moving toward autocracy is as high as those moving toward democratic rule. The competition between political systems is in equilibrium – for the moment.

gate und Pfadabhängigkeiten werden zunehmend ernst genommen. Angesichts der Tiefen- und Langzeitwirkung autoritärer Erblasten schwand der Einfluss der Handlungstheoretiker, die einzelne Akteure und Eliten für entscheidend halten. Wirtschaftlich erfolgreiche Autokratien wie China und Vietnam, das langjährige semiautoritäre Vorbild Singapur, die rohstoffstarken Länder Russland und Venezuela oder die aufsteigende Regionalmacht Iran präsentieren sich als global oder regional wirksame Gegenentwürfe zur rechtsstaatlichen Demokratie.

Rechtfertigen die Zahlen den pessimistischen Blick in die Zukunft der Demokratie? Die Kerngruppe 29 liberaler Demokratien, nämlich die OECD-Länder mit Ausnahme Mexikos und der Türkei, ist relativ sicher vor der Gefahr, ins Lager der hybriden oder gar autorokratischen Regime abzugleiten. In diesen Ländern sind Regimewechsel kurzfristig nicht zu erwarten. Die stärksten Gefährdungsmomente weist Südkorea auf. Aber selbst hier sprechen viele Indikatoren gegen eine bevorstehende Autokratisierung. Ähnlich verhält es sich mit den relativ konsolidierten Demokratien Lateinamerikas, wie Costa Rica, Uruguay, Chile und zunehmend auch Brasilien. Die tatsächlich gefährdeten Länder wie Venezuela, Bolivien, Paraguay, Ecuador oder manche der zentralamerikanischen Staaten müssen, wie auch die Türkei und Mexiko, unter der Rubrik „defekte Demokratien“ geführt werden.

Erweitert man diese Kerngruppe rechtsstaatlicher Demokratien um jene Staaten, die nach der weniger anspruchsvollen Freedom House-Etikettierung auch noch als „frei“ gelten, kommt man auf 62 Demokratien. Ein Blick auf die Gefährdungsindikatoren dieser „freien Länder“ signalisiert ebenfalls eine beachtliche Robustheit. Nur ca. 25 Prozent der Länder haben ein Bruttoinlandsprodukt von unter 6.000 Dollar pro Kopf. Diese Grenze markiert nach Auffassung der Modernisierungsforscher die entscheidende Schwelle, die einmal entstandene Demokratien auch bei schwerem Wetter schützt. Verstärkt wird der Eindruck einer gewissen Sicherheit dieser Demokratien noch durch den komplexeren *Human Development Index* der Vereinten Nationen: Nach deren Kriterien liegen nur rund 16 Prozent der genannten Gruppe von 62 Ländern unter dem relativ hohen Wert von 7. Der Modernisierungsgrad der „freien“ Staaten spricht also für deren demokratische Stabilität.

Theoretiker wie John Stuart Mill und Robert Dahl sowie die moderne empirische Demokratieforschung sehen ein Gefährdungspotenzial in einem zu hohen Maß an ethnischer

Heterogenität. Diese liegt aber nur bei weniger als einem Drittel der hier betrachteten 62 Länder (30,7 Prozent) über dem Mittelwert von 0,5. Auch politische Stabilität ist ein Wert, der systematisch gemessen werden kann. Der von der Weltbank 2008 ermittelte Wert dieser Stabilität ist außerordentlich hoch: Nur 16,9 Prozent der genannten Länder liegen unter dem mittleren Wert von 0. Ein weiteres aufschlussreiches Maß ist der ebenfalls vom Weltbank-Team entworfene Index für die Regierungseffizienz. Die „freien“ Staaten erreichen dabei auch positive Werte.

Alle hier angeführten Grenzwerte einer Demokratiegefährdung sind sehr hoch angesetzt. Nimmt man diese anspruchsvollen Werte zum Maßstab, liegen nur zwischen 15 und 33 Prozent der 62 „freien“ Länder in Bereichen, die auf eine Instabilität hindeuten. Deren Konsolidierungspolster muss aus modernisierungstheoretischer, struktureller und kultureller Perspektive als dünner als beim Rest der „freien“ Länder eingeschätzt werden. Insgesamt aber bestärken die sozioökonomischen Indikatoren die Beobachtung, dass die meisten Demokratien der Kategorie „frei“ relativ stabil sind.

Wie steht es aber mit den hybriden Regimen? Diese reichen von „defekten Demokratien“ bis zu „competitive authoritarian regimes“, also autoritären Regimen, die durch die Einführung von Wahlen und anderen Elementen demokratischer Herrschaft ihr Regime im Kern stabilisieren. Hybride Regime geben in der Regel normative Versprechen für Rechtsstaat und Demokratie, die durch die Praxis beständig desavouiert werden: Wahlen sind *de facto* wegen vielfältiger Manipulationen der Regierenden nur beschränkt kompetitiv; die Regierung kontrolliert einen großen Teil der Medien, verwendet Staatsfinanzen für parteiliche Zwecke, favorisiert oder behindert bestimmte Gruppen; Parlamente mögen frei gewählt sein, aber die Regierung mischt sich durch Dekrete in die Normsetzung ein; die Gerichte sind *de jure* unabhängig, *de facto* werden sie aber von der Exekutive kontrolliert, schikaniert und kolonisiert; Regierungen sind zwar gewählt, aber nicht legitimierte Akteure wie das Militär, religiöse Führer, Oligarchien oder wirtschaftliche Unternehmen beanspruchen die Kontrolle bestimmter Politikdomänen für sich.

In Demokratien erzeugt die Kontingenz der Wahl- und Politikresultate Legitimität durch Verfahren, die a priori festgelegt sind. Dies ist bei hybriden Regimen nicht in gleichem



Wolfgang Merkel, geboren 1952 in Hof/Bayern, ist Direktor der WZB-Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“. Er ist Professor für Politische Wissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und wurde 2007 als Mitglied der Sozialwissenschaftlichen Klasse in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften berufen. [Foto: David Ausserhofer]

wolfgang.merkel@wzb.eu

Maße möglich. Die Bürger erfahren die Diskrepanz von formalem Geltungsanspruch der Normen und der politischen Wirklichkeit, und das wirkt sich delegitimierend auf die gesamte Ordnung aus. Hybride Regime sind instabiler als Demokratien und Diktaturen und sind zahlreicher als Regime der beiden anderen Kategorien. In ihnen liegt das eigentliche Gefahrenpotenzial für autoritäre Rückfälle.

Wenn die These von der „Rückkehr autokratischer Herrschaft“ zutreffend ist, müssen sich nicht nur Demokratien und hybride Regime in signifikanter Zahl in Richtung Autokratie bewegen; auch die schon bestehenden autokratischen Regime müssten hinreichend stabil bleiben. Im Jahr 2008 klassifizierte Freedom House 43 Länder als „unfrei“; sie können als ausgeprägte Autokratien bezeichnet werden. Die kürzeste Überlebensdauer hatten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Militärregime (9 Jahre), gefolgt von „personalistischen Regimen“ (15 Jahre) und schließlich Einparteienregimen (23 Jahre). Militärregime gelten grundsätzlich als am wenigsten geschlossen. Nicht nur die häufige interne Fraktionalisierung des Militärs und die Rivalitäten zwischen Putschisten und Nichtputschisten, Hardlinern und Softlinern, zwischen Heer, Marine und Luftwaffe tragen zur kurzen Überlebensdauer von Militärregimen bei. Es sind vor allem die mangelnde Institutionalisierung, die fehlende legitimierende Ideologie sowie die Legitimität verzehrende starke Repression, die Militärregime verwundbar machen. Personalistische Diktaturen enden häufig mit dem Tod des Führers und sind gefährdet, wenn sich die Nachfolgefrage stellt. Einparteienregime werden zu Recht als ganz besonders stabil eingeschätzt. Sie ziehen zum einen eine gewisse Stabilität

aus ihrer vergleichsweise starken Institutionalisierung, der systematischen Kontrolle der Ressourcen und Repressionsmittel, aber auch aus einer Ideologie, die diffuse Unterstützung erzeugen kann. Dies gilt selbst für das stalinistische Nordkorea und das kapitalistisch-kommunistische China, das (Per-)Versionen marxistisch-leninistisch-maoistischer Ideologie aufrechterhält, um die ideelle Legitimitätsquelle nicht völlig austrocknen zu lassen.

Die in der Regimeforschung prominente Dreiertypologie (Militär-, Einparteien- und personalistische Diktaturen) überzeugt nur bedingt. Sie erfasst mindestens zwei Varianten undemokratischer Systeme nicht, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine numerisch wie politisch gewichtigere Rolle spielen als das vermutliche Auslaufmodell kommunistischer Einparteienregime: *failing states* und islamistisch-arabische Diktaturen, die sich mit einer Mischung aus religiöser Indoktrinierung und „politischen Renten“ aus den Ölreserven reproduzieren. Beide Typen dürften zu den am wenigsten stabilen nicht-demokratischen Regimen gehören. Dies gilt für die häufig von fundamentalistisch-islamistischen Oppositionsbewegungen bedrängten arabischen Petro-Diktaturen und erst recht für die zerfallenden Staaten Afrikas und Asiens. Instabilität heißt natürlich nicht, dass diese Länder wahrscheinliche Kandidaten für demokratische Systemwechsel sind. Realistischer scheint eher der Wechsel von einer Form autokratischer Herrschaft zu einer anderen. Ohne Staat ist Demokratie nicht zu machen.

Wie auch immer die Typologie autokratischer Herrschaft ausfallen mag – die Modernisierungsindikatoren, die kulturellen und staatlichen Bedingungen legen die Deutung

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Wolfgang Merkel

Systemtransformation

Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung

2., überarbeitete und erweiterte Auflage

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010

ISBN 978-3-531-17201-9

561 Seiten, € 69,90

Dieses Lehrbuch, dessen erste Auflage vor zehn Jahren rasch vergriffenen war, liefert die erste systematische Einführung in die politikwissenschaftliche Transformationsforschung. Es bietet umfassende empirische Analysen der Demokratisierung nach 1945 und der Systemwechsel in Südeuropa, Lateinamerika, Ostasien und Osteuropa. Im ersten, theoretischen Teil werden Kriterien entwickelt, die eine klare begriffliche Fassung und Abgrenzung von politischen Herrschaftssystemen erlauben. Sie gelten gleichermaßen für Demokratie und Autokratie ebenso wie für Regierung, Regime, Staat und System. Vor dem Hintergrund dieser Ordnungsbegriffe werden die großen Phasen der Transformation von autokratischen zu demokratischen politischen Systemen konzipiert und in der Dynamik

ihrer Strukturen und Akteure theoretisch-systematisch aufeinander bezogen. Die theoretischen Konzepte werden im zweiten Teil, der empirischen Analyse von vier großen regionalen Transformationswellen, auf die Demokratisierung Deutschlands, Italiens und Japans nach 1945, die Rechtsdiktaturen Südeuropas (Portugal, Griechenland, Spanien) nach 1974, die kapitalistischen Autokratien Ostasiens (Philippinen, Taiwan, Südkorea, Thailand) Mitte der 1980er Jahre sowie die kommunistischen Systeme Osteuropas nach 1989 angewendet. Neu hinzugekommen sind Kapitel zu Lateinamerika, der Demokratieförderung, der Demokratie-Erzwingung durch Krieg sowie – unter der Überschrift „Kehren die Diktaturen zurück?“ – ein Ausblick auf die globale Demokratieentwicklung.

nahe, dass ein relativ stabiles autokratisches Lager entstanden ist. Es mag Übergänge einzelner Regime zwischen unterschiedlichen Formen autokratischer Herrschaft geben. Es gibt aber keine theoretischen oder empirischen Hinweise darauf, dass sich größere Veränderungen in Richtung nachhaltiger Demokratisierung ankündigen.

Die dritte Demokratisierungswelle ist Mitte der 1990er Jahre ausgelaufen. Der überbordende Optimismus eines weltweiten Siegeszugs der Demokratie auch. Die liberalen Demokratien sind relativ stabil. Auch externe Schocks wie Wirtschafts- und Finanzkrisen dürften sie nicht in ihrem demokratischen Charakter gefährden. Stärker unter Druck geraten sind jedoch defekte Demokratien. Sie könnten weiter ins autoritäre Lager abrut-

schen, wenn Wirtschaftskrisen die fragile Leistungslegitimation aufzehrt. Eine Analyse der Periode von 1995 bis 2006 zeigt jedoch, dass sich etwa gleich viele hybride Regime in Richtung Demokratie bewegten wie hin zur Autokratie. Dies galt zumindest in Zeiten wirtschaftlicher Normalität.

Die Zahl der autokratischen Regime dürfte in den nächsten Jahren kaum abnehmen. Die „Rollback-These“ lässt sich aber weder durch Zahlen noch theoretische Argumente stützen. Es ist gegenwärtig keine Rückkehr der Diktaturen zu erwarten – genauso wenig aber eine vierte Demokratisierungswelle. Vieles spricht für die Proportionen des Status quo. Der globale Systemwettbewerb ist vorübergehend eingefroren. Zu Ende ist er nicht.

The global spreading of ideas

Social learning and the evolution of multilateral environmental governance

Peter M. Haas

Peter M. Haas is a professor of Political Science at the University of Massachusetts, Amherst. In the fall of 2009, he was the Karl W. Deutsch Visiting Professor at the WZB. He developed the concept of epistemic communities and their role in global environmental politics and multilevel governance. Before joining the U Mass faculty in 1987, he held visiting positions at the Massachusetts Institute of Technology, Yale, Brown und Oxford University.

Political scientist Karl W. Deutsch, a major figure in the WZB's early history, was a seminal influence in work on political communication, social learning, and collective community formation. Among the major themes that continue to resonate is the question: how do societies understand their settings, and how do they adapt? In the environmental domain we can ask how do states and societies recognize and respond to impending environmental risks, and how do they organize their collective responses? What constitutes an effective response? Deutsch did not fall prey to the autistic theorizing of rational choice about decisions largely independent of social context, or to heroic assumptions about individual and collective knowledge and decision-making skills. Rather these questions of understanding and adaptation were historicized and treated as empirical questions about which meaningful social analysis could be conducted, leading to insights about social change, emancipation, transformation, and maybe even, in that not passé term, progress.

This can be demonstrated by looking at the empirical domain of multilateral environmental governance, or international environmental regimes. Thirty years ago this area of governance didn't really exist. It has been constructed. There has been an enormous proliferation of environmental treaties post-1970s: both in numbers, but also in novel areas as pollution replaced species protection and oil pollution of the open oceans as the primary focus. Markets for environmental goods have grown from non-existent to roughly 300 billion dollars a year during this period. Still, green markets aren't that big, and follow from governance rather than precede it. Changes in linguistic usages reflect some degree of underlying social change in collective understanding and meaning. "Swamps" have turned into "wetlands", what used to be "jungles" are now "rain forests", and "varmints" today are "endangered species".

What has been going on is the emergence of a new understanding of how nature affects humans, the gradual application of policies, and the improved management of the environment, at least selectively. In short, the emergence of social learning.

How did this occur? The historical explanation is that a new body of ecological understanding percolated up from the academy. Experts (including natural scientists, engineers and some lawyers) formed an "epistemic community", spreading their ideas to states and international organizations. The ideas didn't flow on their own, or without friction. Formal organizations were needed, and their influence was deployed through persuasion, administrative usurping, and by deploying material capabilities on behalf of their ideas to induce others to accept them. But the core point is that without the ideas new practices wouldn't have been possible, and part of the causal mechanism by which the ideas diffused was through persuasion.

A new environmental management doctrine based on ecological principles emerged in the 1960s. Paul Sears called this approach "subversive" because it challenged the reductionist understanding of social and physical systems by illuminating some of their unanticipated consequences. The ideas developed and transmitted by an epistemic community that shared common normative goals, causal understandings, truth tests, and were actively engaged in a common policy project.

Since 1972, this ecological epistemic community has increasingly institutionalized this new management doctrine in state policies and practices, in the programmatic activities of international institutions, and in international regimes. As a consequence of the international institutionalization of ideas held by the ecological epistemic community, states have undertaken more comprehensive styles of environmental management for transboundary and global environmental threats, leading to selective improvements in environmental quality. Members of the ecological epistemic community subscribed to holistic ecological beliefs about the need for policy coordination subject to ecosystemic laws. Their ideas about ecological management were based on a systems perspective of environmental and social systems. Ecological management proposals favor setting comprehensive environmental standards based on conservative estimates of the ability of ecosystems to sustain stress, subject to the epistemic community's technical understanding of the behavior of particular ecosystems. They promoted international environmental

Kurz gefasst

Globales Lernen

Auf die Frage, wie Gesellschaften sich neuen Herausforderungen stellen, kann die historische Analyse internationaler Umweltregime eine Antwort geben. Grundlage waren neue Erkenntnisse, die in Expertenkreisen gewonnen wurden. Die Ideen dieser „epistemischen Gemeinschaften“ fanden ihren Weg in die Politik und die Zivilgesellschaft, auf nationaler Ebene, aber auch auf der Ebene supranationaler und internationaler Organisationen. In den letzten 30 Jahren führte diese Form der Wissens- und Ideenverbreitung zu neuem Denken, neuen Begriffen und neuen politischen Zielen. Im Sinne Karl W. Deutschs ist dies ein Prozess sozialen Lernens, der auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu beachtlichen Teilerfolgen geführt hat.

regimes that are grounded on policies that offered coherent plans for the management of entire ecosystems, sensitive to interactions between environmental media (such as air and water), sources of pollution, and contending uses of common property resources – rather than limiting themselves to more traditional policies for managing discrete activities or physical resources spaces within fairly short-term time horizons. They proposed treaties, in which bans and emissions limits were set for multiple contaminants, with environmental standards for each contaminant set according to scientific understanding about its environmental impact and its interactive effects with other contaminants.

What is striking is how these ideas prevailed over liberal and neoliberal policy ideas applied to the management of transboundary economic flows. In the early 1970s, when international institutions were founded to address global environmental threats under the influence of the United Nations Conference on the Human Environment (UNCHE), there were few contending epistemic communities in the environmental realm. In fact, there were only three major intellectual approaches to international environmental management. Traditional resource managerial approaches had been widely discredited by the Limits to Growth-study and the 1973 Oil Crisis. Market-based approaches to environmental management were weakly advanced by economists, the World Bank and the GATT at UNCHE, but they and their institutional backers generally paid little heed to the conference. What is analytically striking is the relative infrequency with which the negotiated outcomes that correspond to the dominant expertise paradigm – economics – have been adopted, and that, even in the Climate Change regime, market mechanisms are instrumentally applied to achieve the substantive goals identified by scientists of ensuring that anthropogenic greenhouse gas emissions do not exceed the carrying capacity of the atmosphere. Even with the popularity of market based discourses in the 1990s, negotiated outcomes generally reflect the command and control approach of the ecological epistemic community.

International organizations were created as well to deal with new environmental threats. The United Nations Environment Program (UNEP) was established in 1973 and was staffed principally by young epistemic community members eager to put their professional knowledge to work. The UN Economic Commission for Europe (UNECE) played a strong role in managing European air pollution. The UNECE's environmental unit was led by a former UNEP official who carried

the ecological management ideas from UNEP to UNECE. After 1987 the World Bank also became active in international environmental matters. As part of the environmental reforms introduced at the World Bank was the recruitment of ecological epistemic community members and their assignment to key posts in evaluating the environmental consequences of development projects.

Diffusion occurred principally through efforts of these major environmental international organizations (IOs) and through environmental regimes. The IOs encouraged other IOs to internalize environmental concerns into their missions through joint projects, and encouraged governments to pursue more comprehensive environmental policies through public education campaigns, publicizing environmental monitoring findings, resource transfers, training national officials, and through demonstration effects. Over time an increasing number of negotiated treaties and regimes came to reflect this new technical consensus.

Ecological epistemic communities, often working with UNEP, helped draft comprehensive international environmental regimes governing marine pollution, acid rain, stratospheric ozone protection, wetlands protection, protecting migratory species, polar bear protection, and the preservation of Antarctica. Such comprehensive efforts entail differentiated national obligations, substantive commitments, based on experts' consensus on the causes of environmental degradation. An increasing proportion of all environmental regimes are now based on the comprehensive ecological approach promoted by the ecological epistemic community as the epistemic community has increased in vigor and influence, and countries have institutionalized their ideas. In 1973, 3 out of 11 international environmental regimes were based on ecological management styles, in 1985, 7 out of 22 and in 1995, 10 out of 25. The application of ecological management ideas to environmental regimes spanning a number of geographic areas and functional activities means that most states have accepted ecological obligations for governing a wide variety of human activities.

Conversely, treaties and regimes concluded without epistemic communities yielded political compromises that were based on across the board reductions, or least common denominator-type negotiated outcomes. Instances of these non-social learning regimes include fisheries management, whaling, marine dumping, and the Baltic and North Seas. For instance, North Sea arrangements are based on a political formula of 30–50 percent re-

Epistemic Communities

Epistemic communities are networks of knowledge-based groups with an authoritative claim to policy-relevant knowledge within their domain of expertise. Their members share knowledge about what causes social or physical phenomena in an area for which they are reputedly competent, and a common set of beliefs about what actions will benefit human welfare in such a domain. In particular, they are professionals with a common set of characteristics: They share principled beliefs which provide a value-based rationale for social action of the members. Furthermore, they share causal beliefs or professional judgment. They can therefore differentiate between warranted and unwarranted claims about states of the world, and policies to change those states. An epistemic community is based on a common policy enterprise – a set of practices associated with a central set of problems which have to be tackled. This is presumably based on a conviction that human welfare will be enhanced as a consequence.

ductions of a list of substances that had already been controlled by member governments. Thus the goal is devoid of any scientific justification, and is unlikely to be effective in a meaningful sense.

Ecological practices based on ecological management ideas have become locked in through a variety of mechanisms. Following ratification of international regimes, governments enforce these obligations domestically. Ecological practices get institutionalized domestically through legal precedents, bureaucratic standard operating procedures, and policy enforcement. In many countries they have acquired domestic constituencies – composed of lawyers and civil engineers who subcontract services, firms selling pollution control technologies, and environmental NGOs – that contribute political pressure for continued state enforcement of policies grounded on these ideas.

Exogenous forces have also reinforced these state commitments. Some degree of change is due to the emergence of modern values and green political parties, but it is not clear how much. Technological change facilitated making hard political choices, but by and large the regimes creating technological change – such as with the development of CFC substitutes – rather than the reverse.

Social learning is now better understood as a path-dependent process of collective social change. New ideas are solicited by uncertain policy makers in the aftermath of well-publicized disasters or shocks, which encourage decision makers to seek guidance for responding to new and uncertain issues. Such conditions are more frequent under conditions of globalization and complexity. Through the steps described above, new ideas imparted to decision makers by epistemic community members have the effect of changing state understandings of the policy environment and of their own national interests and eventually to changes in state practices as well. These beliefs become institutionalized through the redeployment of state resources and through the consolidation of administrative practices and laws.

Where does this leave us? The implications for environmental governance are not bad. With the notable exception of climate change and biodiversity, and those involving only the poorest countries of the world, most environmental regimes are fairly effective. The ones that have generated the strongest improvements in environmental quality are

those that involve epistemic communities and UNEP.

More fundamentally, we have seen a profound change in how states recognize their own interests. Before the 1970s states were essentially parochial, focusing primarily on conditions within their own territories, and asserting sovereignty over decisions that would affect them at home. But following this era of social learning, states have come to recognize that domestic conditions are contingent on conditions elsewhere in the world. Thus economic planning has been altered to reflect this new awareness of how state interests are changed. Whereas in the past states essentially pursued the goals of wealth and power, they now qualify those goals in light of their environmental effects, and also pursue, to some extent ecological integrity as a core national interest.

The future of effective environmental governance seems to revolve around two things. One is the future of UNEP itself. The second has to do with the enduring social legitimacy of science, which is being questioned by civil society, and at least the ideal type of 19th century glorified impartial science is being disentangled by the social studies of science.

For international relations theory I would be remiss if I didn't end with the argument that we cannot explain the dramatic changes in the last 30 years of environmental governance without invoking the changes of perceptions that have led to new practices and more vigorous multilateralism. Change occurs through social learning. Karl Deutsch would not have been overly surprised.

References

Peter M. Haas, "When Does Power Listen to Truth? A Constructivist Approach to the Policy Process", in: *Journal of European Public Policy*, Vol. 11, No. 4, 2004, S. 569–592

Peter M. Haas, Ernst B. Haas, "Pragmatic Constructivism and the Study of International Institutions", in: *Millennium*, Vol. 31, No. 3, 2002, S. 573–602

Peter M. Haas, "Epistemic Communities and Policy Knowledge", in: *International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences*, New York: Elsevier 2001, S. 11578–11586

Peter M. Haas, "Epistemic Communities", in: Daniel Bodansky, Jutta Brunnee, Ellen Hey (Eds.), *The Oxford Handbook of International Environmental Law*, New York: Oxford University Press 2007, S. 791–806

Chance statt Schicksal

Offensive Internationalisierung tut not

Arndt Sorge

Wie kommt es zu Problemen bei Internationalisierung und Globalisierung – und wie lassen sie sich lösen? Mit dieser Fragestellung befasst sich die WZB-Abteilung „Internationalisierung und Organisation“. Ein zentraler Punkt ist das Verhältnis von Akteuren und Strukturen angesichts dieser neuen Herausforderungen, deren Komplexität auch in der Vielfalt der Handlungsebenen und Vermittlungsprozesse zwischen einzelnen Akteuren und supranationaler Regierung oder supranationalen Märkten begründet ist. Forschung und Theoriebildung sind interdisziplinär angelegt – mit Anteilen aus der Soziologie, der Betriebswirtschaft, der politischen Ökonomie und der Politikwissenschaft. Ein wichtiges Fazit, das in einem thematischen Sammelband dokumentiert ist, lautet: Eine defensive Herangehensweise an Internationalisierung bietet den meisten Beteiligten langfristig nur Einbußen. Stattdessen ist offensive Internationalisierung gefragt – mit mehr überstaatlicher Ordnung, um lokale oder nationale Charakteristika effektiver zu erhalten und zu bestärken.

Im Forschungsgebiet treten bestimmte Polaritäten zutage, die als problematisch verstanden werden können – beispielsweise nationale Rechtsverhältnisse, die globalen gegenüberstehen, multinationale Unternehmen gegenüber geographisch eingegrenzten Klein- und Mittelbetrieben, Weltoffenheit gegenüber provinziellem Horizont. Derartige Polaritäten scheinen das sich ergänzende Zusammenspiel von Akteuren einerseits und Systemen und Strukturen andererseits aufzubrechen. Solche Brüche stehen dann im Vordergrund, wenn über Globalisierung als soziales, wirtschaftliches oder Regierungsproblem diskutiert wird.

Erstens können lokale und nationale Akteure beispielsweise durch Regierungsinstanzen die internationale Regelsetzung beeinflussen. Selbst bei relativ fest vorgegebenen supranationalen Rechtsverhältnissen können sich nationale Akteure mit Eigenwilligkeit und -interessen nachdrücklich ins Spiel bringen. Dies gelingt ihnen aber nur, wenn sie in neuen transnationalen Beziehungsgeflechten operieren. So fand die internationale Normierung der Rechnungslegung für Aktiengesellschaften zum Beispiel vor allem auf Betreiben einer nichtstaatlichen Berufsvereinigung für Rechnungswesen, Revision

und Treuhand statt, die durch multinationale Beratungsunternehmen und insbesondere solche aus dem anglo-amerikanischen Raum beeinflusst wurde.

Ein Blick auf globalisierte Wertschöpfungsketten zeigt, dass diese sich teils spannungsvoll, teils integrierend mit nationalen oder lokalen Geschäftsmodellen und Wirtschaftsinstitutionen überschneiden: Selbst weltweit gespannte Wertschöpfungsketten werden oft lokal koordiniert. Andererseits sind lokale Institutionen gelegentlich nicht so typisch national wie oft behauptet. Die vielbeschworene Finanzialisierung hat offensichtlich zwar zur Verbreitung von neuen Finanzanlagen geführt. Die Geschäftsmodelle stimmen aber in geringerem Maße überein als vermutet, und diese Konvergenz ist vor allem dann nachhaltig, wenn eine zunächst nationale Bank neue Unternehmensteile im Ausland zukaufte oder wenn ein international angelegtes Geschäftsmodell nach Ländern differenzierte und miteinander verbundene Aktivitäten vorsieht.

Unternehmen können also internationaler werden, während sie gleichzeitig innerhalb eines Landes immer spezialisiertere Geschäftsmodelle entwickeln. Die bedeutende Stellung Deutschlands bei Einzelhandelsdiscontern wurzelt zum Beispiel im Ursprung der deutschen Baunutzungsverordnung von 1968, die länger als anderswo den Bau großer Einkaufszentren hemmte. Und die Deutsche Bank wurde als einzige deutsche Bank weltweit dadurch mit führend, dass sie ihr Investment-Banking in London nach anglo-amerikanischem Muster entwickelte.

Als Wege zur Internationalisierung scheinen transnationale Allianzen immer dann besonders ausgeprägt zu sein, wenn der Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Informationen deutlich internationaler wird, nationale und lokale Institutionen aber kaum an diese weltweiten Standards angeglichen werden. Zu den Quellen dieser institutionellen Verharrung zählen insbesondere das allgemeine Privat- und Handelsrecht sowie die Strukturen der Sozialisation und Ausbildung, aber auch mentale Aspekte wie etwa die Arbeitseinstellung. Hier wird nun lokal und national geprägtes Wissen besonders wichtig, und entsprechend groß ist die Macht



Arndt Sorge, Volkswirt, Politikwissenschaftler und Soziologe, war von 1977 bis 1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB. Nach fast zwei Jahrzehnten, in denen er überwiegend in den Niederlanden lehrte und forschte, kehrte er ans WZB zurück, wo er kommissarisch die Abteilung „Internationalisierung und Organisation“ leitet. Zudem ist er Inhaber des François-Sellier-Lehrstuhls für International Business and Management in Groningen (Niederlande). Er forscht unter anderem international vergleichend über Arbeit, Organisation, Leitungstätigkeiten, Arbeitsbeziehungen, Technik und multinationale Unternehmen. [Foto: Cordia Schlegelmilch]

sorge@wzb.eu

örtlicher Akteure. Transnationale Vernetzung ist je nach Ursprungsland der Internationalisierung eine ernsthafte Alternative zu zentral gesteuerten multinationalen Dienstleistungsunternehmen. International vernetzte Rechtsanwaltskanzleien können sich durchaus gegen multinationale Kanzleien aus dem anglo-amerikanischen Raum behaupten, ähnliches gilt für Wirtschaftsberatungsunternehmen.

In multinationalen Unternehmen, egal ob groß oder klein, sind ausländische Niederlassungen nicht nur abhängig von einer Zentrale, sondern treten auch als Besitzer und Makler wichtiger lokaler Ressourcen auf: etwa von Geschäftsbeziehungen am Ort oder Marktkenntnis. Diese Ressourcen können die Niederlassungen in die Waagschale werfen, wenn es beispielsweise ans Aushandeln von Investitionen des Mutterunternehmens geht. So haben sie die Chance, wirkungsvoll die lokale und nationale Position einer Niederlassung zu vertreten.

Kleine oder neu am Markt agierende multinationale Unternehmen sind besonders auf Beziehungsketten angewiesen, die bereits im Heimatland entstanden sind – und auf ausländische Gewährleute, die sich im Heimatland bewährt haben. In größeren Unternehmen können ausländische Niederlassungen je nach Gewicht ihrer Ressourcen und dem Geschick ihrer Leitung wahrscheinlich größeres Gewicht erhalten. In Deutschland können sie dabei beispielsweise hohe Kosten von Werksschließungen und den produktiven Wert heimischer Praktiken bei Ausbildung und Personalentwicklung ins Spiel bringen. Ein anderes Beispiel: Die unerwartet starke Stellung der ungarischen Niederlassung von Siemens beruht auf der persönli-

chen Beziehung örtlicher Manager zum dominierenden ungarischen Mobilfunk-Netzbetreiber. Der Wert heimischer Institutionen und von Kontakten am Ort ist nicht allein als Ressource an sich zu sehen; er ist auch eine Voraussetzung, um einen Markt zu erschließen und Qualität zu garantieren.

Arbeitsbeziehungen zwischen Unternehmen, zwischen deren Verbänden, zwischen Gewerkschaften oder Betriebsräten sind durch Internationalisierung, aber auch durch staatliche Regulierung erheblichem Wandel unterworfen. Die Internationalisierung der Arbeitsbeziehungen steht im Spannungsverhältnis zu jener von Gütermärkten und der Liberalisierung von Dienstleistungen in der Europäischen Union. Aber auch hier ist festzustellen: Zur Vertretung lokaler oder nationaler Interessen ist mehr oder weniger zwangsläufig die internationale Handlungsebene nötig. Post-sowjetische Gewerkschaften in Russland finden sich durch die Unterstützung internationaler Gewerkschaftsverbände besser in eine neue Rolle. Und umgekehrt ist die lokale oder nationale Interessenvertretung in den hoch internationalisierten Post- und Logistiksektoren zunehmend darauf angewiesen, sich international abzustimmen und beispielsweise eine globale Regulierung zu erreichen.

In den Debatten über die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise werden oft Klagen über mangelnde Regulierung laut – und der Ruf nach „dem Staat“. Doch „den Staat“ als geschlossenen und – im hier dargestellten Kontext – handlungsfähigen Akteur gibt es nicht mehr. Selbst die USA und China sind nicht mehr in der Lage, für sich derartige Krisen zu verhindern oder zu bewältigen. Der in-

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Arndt Sorge (Hg.)

Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal

Berlin: edition sigma 2009

ISBN 978-3-89404-253-0

313 Seiten, € 24,90

Vielfach wird mit den Begriffen „Globalisierung“ oder „Internationalisierung“ die Vorstellung von einem anonymen, fast schicksalhaften Prozess verbunden, der auf alle Beteiligten gleich, wenn nicht gar gleichmacherisch wirke. In diesem Sammelband wird ein dezidiert anderer Ansatz vertreten: Internationalisierung hat je nach betroffenen Gesellschaften unterschiedliche Effekte, Voraussetzungen und Formen, mit selbst erzeugten Zwängen und variierenden Handlungsmöglichkeiten. Impulse, die von transnationalen oder supranationalen Instanzen ausgehen, werden von nationalen und lokalen Akteuren aufgegriffen, umgeformt, weiterverarbeitet und auf die internationale Ebene

rückgekoppelt; von der intelligenten strategischen Kombination der Faktoren hängt es ab, ob Gestaltungschancen genutzt oder vertan werden. Dieses zentrale Motiv wird in zwölf Beiträgen anhand von exemplarischen Forschungsergebnissen entfaltet: unter anderem bei der Entwicklung von supranationalen Standards und Regeln, bei nationalen oder unternehmensspezifischen Geschäftsmodellen trotz internationalisierter Wertschöpfungsketten und Märkte, bei transnationalen Geschäftsallianzen, bei großen und kleinen multinationalen Unternehmen sowie bei der Interessenvertretung von Beschäftigten.

ternationale Wirtschafts- und Finanzverkehr sorgt dafür, dass sich nicht nur faule Finanzpapiere, sondern auch konjunkturell positive Effekte rasch verbreiten. Selbst Spanien, dessen Banken sich von faulen Anlagen freihielten, traf der Einbruch im Bausektor nachhaltig. Finanzmarktregulierung erfor-

dert ganz besonders supranationale staatliche Tätigkeit, und zwar im Eigeninteresse lokaler und nationaler Körperschaften und Unternehmen. Auf der anderen Seite dürfen sich aber diese Akteure nicht darauf beschränken, ihre jeweilige eng umrissene Nische abzuschotten.

Neuerscheinungen

Aus der WZB-Forschung

Matthias Kötter, Gunnar Folke Schuppert (Hg.)

Normative Pluralität ordnen

Rechtsbegriffe, Normenkollisionen und Rule of Law in Kontexten dies- und jenseits des Staates

Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 19

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009

ISBN 978-3-8329-4678-4

344 Seiten, € 39,00

Normative Pluralität fordert die Idee normativer Einheit heraus, die dem staatlichen Recht und seiner Ordnung zugrunde liegt. Die Beiträge in diesem Buch thematisieren Erscheinungsformen normativer Pluralität in lokalen, nationalen und transnationalen Kontexten. Sie bieten rechts-, sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Probleme, die sich aus der Pluralität ergeben, und Vorschläge zu deren Bewältigung mit den Mitteln des Rechts. Es geht nicht darum, eine Meta-Dogmatik des Rechtspluralismus zu entwerfen. Entlang von vier Querschnittsfragen tragen die Autoren vielmehr zur Ordnung der Diskurse über normative Pluralität bei. Der Begriff des Rechts wird zunächst

von anderen gesellschaftlichen Normen abgegrenzt. Normenkollisionen, die die normative Einheit des Rechts herausfordern, werden kategorisiert. Dann werden Mechanismen, Institutionen und Praktiken, die zur Bewältigung normativer Pluralität zur Verfügung stehen, betrachtet. Und schließlich wird die Frage nach dem methodischen Umgang mit verhaltensleitenden Normativitäten neben dem Recht gestellt. Die international vergleichenden Beiträge befassen sich mit dem Stammesrecht und der Scharia in Afghanistan, dem Recht in China sowie unterschiedlichen Rechtstraditionen in Frankreich, Deutschland und England.

Philip Wotschack

Household Governance and Time Allocation

Four Studies on the Combination of Work and Care

Amsterdam: Thela Thesis 2009

ISBN 978-90-361-0139-4

162 Seiten, € 24,50

In modernen Gesellschaften wird Paaren zunehmend abverlangt, die zeitlichen Anforderungen aus zwei Jobs bzw. Karrieren miteinander zu vereinbaren und mit den vielfältigen Aufgaben in Haushalt und Familie abzustimmen. Unterschiedliche Vorstellungen oder konkurrierende Ziele der Partner führen dabei zu neuen Kooperations- und Koordinationsproblemen. Ausgehend von dem theoretischen Konzept der „Household Governance“ wird anhand von Daten des niederländischen „Time Competition Survey“ systematisch analysiert, wie Paare versuchen, diesen Schwierigkeiten durch institutionalisierte Arrangements im Haushalt zu begegnen – etwa durch Out-

sourcing-Strategien, informelle Vereinbarungen, Qualitätsstandards und Strategien der Konfliktbewältigung. Die Studie zeigt, dass Paare zwar mit großer Kreativität passende Lösungen entwickeln, aber oft dennoch berufliche und familiäre Pflichten nicht in der gewünschten Weise miteinander vereinbaren können. Dies wird nicht nur durch hohe Anforderungen des Erwerbslebens oder finanzielle Restriktionen verursacht. Vor allem bei der Entscheidung über den Umfang der Erwerbsbeteiligung stehen Paare vor dem grundlegenden Dilemma, dass kürzere Arbeitszeiten zum Zwecke der besseren Vereinbarkeit mit unvorhersehbaren individuellen Erwerbsrisiken verbunden sind.

Jenseits des Steuerwettbewerbs

Wie Regierungen Staatseinnahmen sichern können

Nelly Exbrayat

Nelly Exbrayat hat von Oktober 2008 bis August 2009 in der Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“ im deutsch-französischen Projekt „Competition among Nation States“ zu Fragen des Steuerwettbewerbs und der Neuen Ökonomischen Geographie geforscht. Davor studierte sie an der Universität von Lyon und der Université de Saint-Etienne, wo sie auch 2008 promoviert wurde. Seit September 2009 ist sie als Wissenschaftlerin und Lehrende (Maître de conférences) an der Université d'Auvergne in Clermont-Ferrand und am Centre d'Etudes et de Recherches sur le Développement International (CERDI).

exbrayat@wzb.eu

Mehr Wettbewerb unter Staaten sollte zu mehr Effizienz und niedrigeren Preisen und Steuern für die Bürger führen – könnte man meinen. Doch beim Steuerwettbewerb, der sich vorrangig auf die Besteuerung von Unternehmen bezieht, sieht das anders aus. Sinken nämlich wegen niedriger Unternehmenssteuersätze die Steuereinnahmen insgesamt, haben die Bürger keinen Vorteil davon. Im Gegenteil: Der Staat belastet nun die Bürger anstelle der Unternehmen mit höheren Steuern und Gebühren. Oder er reduziert seine öffentlichen Ausgaben, wenn er sich nicht noch weiter verschulden will.

Die zunehmende Entwicklung hin zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum stellt die nationalstaatliche Politik vor neue Herausforderungen. Dabei ist der Steuerwettbewerb eines der meistdiskutierten Themen. Nach der These des Steuersenkungswettlaufs („race to the bottom“) führt die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen und Arbeitnehmern zu einer höheren Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Das verleitet Staaten dazu, sich gegenseitig Konkurrenz mit niedrigen Körperschaftsteuersätzen zu machen, um Kapital ins Land zu ziehen.

Sieht man sich die Entwicklung der Körperschaftsteuer in entwickelten Ländern in den vergangenen drei Jahrzehnten an, scheint die Angst vor Steuerwettbewerb begründet: In der Zeit von 1982 bis 2005 sanken die Steuersätze in OECD-Ländern im Durchschnitt um etwa ein Drittel. Dabei gibt es allerdings große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Im Jahr 2006 lag beispielsweise der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz der G7-Staaten mit 36,5 Prozent um 10 Prozentpunkte höher als der Durchschnittssatz der 27 EU-Staaten mit 25,9 Prozent. Ähnliches gilt für die Situation innerhalb der Europäischen Union, wo 2006 die 15 alten Mitgliedstaaten mit 29,4 Prozent einen im Schnitt 10 Punkte höheren Steuersatz aufwiesen als die zwölf seit 2004 neu aufgenommenen Länder (Durchschnitt: 19,33 Prozent).

Diese Zahlen deuten darauf hin, dass nicht alle Länder gleichermaßen dem Steuerwettbewerb ausgesetzt sind. Was bestimmt also die Position eines Staates im Steuerwettbewerb? Und welche Möglichkeiten haben Länder, sich diesem Wettlauf zu entziehen?

Die wissenschaftliche Literatur zur Neuen Ökonomischen Geographie – deren prominentester Vertreter der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman ist – befasst sich mit diesen Fragen und bietet neue Lösungsansätze. Diese Literatur geht davon aus, dass sich wirtschaftliche Aktivitäten in Ballungszentren konzentrieren, was beispielsweise für die EU empirisch belegt ist. Daraus lässt sich schließen, dass es für Unternehmen vorteilhaft ist, sich mit anderen am selben Ort anzusiedeln, um gemeinsam Infrastruktur, Personal oder Lieferanten zu nutzen. Staatliche Steuerpolitik ist hier also nur eine Determinante, die Unternehmen bei ihrer Standortwahl beeinflusst. Je stärker der Vorteil durch Agglomeration ist, desto unempfindlicher reagieren ansiedlungswillige Firmen auf die Unternehmensteuer.

Dasselbe Prinzip gilt, wenn es um das Marktpotenzial eines großen Landes geht: Die Handelsvorteile, einen großen Markt direkt zu bedienen, können die Nachteile einer (höheren) Steuer wettmachen. Unter Berücksichtigung dieser Einsichten der Neuen Ökonomischen Geographie wird deutlich, dass in einer Welt mit unvollständiger Handelsfreiheit zwischen den Ländern und Agglomerationsräumen nicht alle Staaten gleichermaßen dem Steuerwettbewerb ausgesetzt sind. Dies wirft ein neues Licht auf die Debatte.

Es konnte bisher empirisch belegt werden, dass größere Länder trotz höherer Steuersätze attraktiv für mobiles Kapital – hier in Form von Unternehmensansiedlungen – sein konnten, denn Marktgröße und Agglomerationsvorteile entfalteten ihre Wirkung. Die Staatsseite kann außerdem die Attraktivität eines Standorts nicht nur mit Steuer-, sondern auch mit Subventionspolitik fördern. Eine WZB-Analyse zum Subventionswettbewerb zwischen Ländern, die sich in der Produktivität der Arbeitskräfte unterscheiden, zeigte: Firmen siedelten sich bevorzugt in einem Land mit höherer Produktivität an, auch wenn dieses Land niedrigere Subventionen bot. Offensichtlich ist also aus Firmensicht das Produktivitätsniveau für den Erfolg entscheidender als staatliche Subventionsanreize.

Eine weitere WZB-Studie untersuchte, wie es im Kontext des Steuerwettbewerbs um die

Summary

Tax competition between states

Tax competition between countries trying to attract capital by setting low corporate tax levels can become a harmful "race to the bottom", eroding public funds. In recent years, several attempts by European countries to coordinate their tax policies so as to prevent this race did not make it through the political process. Using insights from the New Economic Geography, several studies at the WZB show the determinants, other than tax policy, that make countries attractive for mobile production factors in integrated economies and, thereby, more immune to harmful tax competition.

Attraktivität von Ländern für Investoren mit Blick auf die Flexibilität des Arbeitsmarktes bestellt ist. Beim Vergleich eines Landes mit flexiblem Arbeitsmarkt mit einem Staat, in dem Gewerkschaften die Löhne bestimmen, zeigt sich, dass die Regierungen mit ihrer Steuerpolitik auf die unterschiedlichen Gegebenheiten reagieren. Die Regierung des zweiten Landes versucht nämlich, die mangelnde Attraktivität durch den regulierten Arbeitsmarkt mit niedrigeren Unternehmensteuern zu kompensieren. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch am Beispiel der Körperschaftsteuersenkung einiger Länder, als der Mindestlohn erhöht wurde. Dies war in Großbritannien 1998 der Fall, in den USA 1997 und 2007 und in zwei kanadischen Provinzen 2001 und 2003.

Nicht nur die Steuerfrage ist also relevant, auch andere Determinanten wie Produktivitätsniveau, Marktgröße und Arbeitsmarktflexibilität tragen zur Attraktivität eines Unternehmensstandorts bei. Kommen Firmen in den Genuss dieser Standortvorteile, sind sie deutlich unempfindlicher gegenüber Steuererhöhungen. Regierungen von Ländern mit diesen Merkmalen können sich daher in ihrer Steuer- und Subventionspolitik darauf einstellen, dass sie hier in einem weniger ausgeprägten Wettbewerb mit anderen Ländern stehen. Im Umkehrschluss wird der Wettbewerb von weniger begünstigten Ländern stärker, Firmenansiedlungen über Steuern und Subventionen anzuziehen.

In einer umfassenden WZB-Studie wurden diese Zusammenhänge zwischen Marktpotenzial, Handelsintegration und Unternehmensteuerpolitik erstmals für OECD-Staaten empirisch getestet. Wie erwartet, sind tatsächlich in Ländern mit großem Marktpotenzial die Steuersätze höher. Zugleich zeigt sich, dass nur zwischen wichtigen Handelspartnern eine signifikant schnelle und substanzielle Reaktion eines Partners bei einer Änderung der Steuersätze eines anderen zu beobachten ist. Und auch dann gibt es keine großen Anpassungsschritte in Richtung Steuerwettbewerb, wie befürchtet wurde. Würde beispielsweise Frankreich als wichtiger Handelspartner Deutschlands seine Steuersätze effektiv um einen Prozentpunkt senken, würde Deutschland darauf mit einer Senkung von 0,053 Prozentpunkten reagieren. Andererseits würde Frankreich auf eine einprozentige Senkung der deutschen Unternehmensteuer seinerseits eine Reduzierung von 0,076 Prozentpunkten folgen lassen.

Führt nun eine derart asymmetrische Entwicklung im Steuerwettbewerb – wenig Wettbewerb für große Länder mit hoher Handelsintegration, massiver Wettbewerb für kleine

Länder – im Gesamtzusammenhang zu Verwerfungen? Autoren wie Gianmarco Ottaviano und Tanguy van Ypersele haben analysiert, dass in einer Situation, in der Länder ihre Steuerpolitik nicht miteinander absprechen, Unternehmensaktivitäten ineffizient verteilt werden. Große Länder erheben demnach zu hohe, kleine Länder zu niedrige Steuern. Um dem entgegenzuwirken, hat die EU einen Reformvorschlag gemacht, der schädlichen Steuerwettbewerb vermeiden soll.

Bereits 1992 schlug die Ruding-Kommission vor, die EU-Länder sollten sich auf eine Untergrenze für die Besteuerung von Kapitaleinkünften an der Quelle und Unternehmensinkünften einigen. Dieser Harmonisierungsversuch scheiterte aber an den unterschiedlichen ökonomischen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten. Nur jene Länder profitieren nämlich von einer solchen Regelung, die als Kapitalimporteure für Anleger und Investoren besonders attraktiv sind. Kapitalexporteure dagegen sind ohne Mindestsatz besser gestellt – diese Staaten versagten daher ihre Zustimmung. Die einzige Möglichkeit für eine Einigung zwischen asymmetrisch aufgestellten Ländern läge darin, anstelle eines Minimalsatzes ein Steuersatzfenster mit einer Unter- und einer Obergrenze für Kapitalbesteuerung einzuführen. Das schlagen auch Wirtschaftswissenschaftler vor, in der EU-Politik angekommen ist dieser Vorschlag indes noch nicht.

In einem integrierten Wirtschaftsraum wie der EU hat nicht nur das Kapital die Freiheit, sich an den Standorten mit den besten Bedingungen anzusiedeln, auch die Arbeitskräfte haben sie. Mit einer hohen Steuerbelastung könnten Staaten also auch ihre Bürger vertreiben, die sich aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU relativ problemlos in einem anderen Land niederlassen dürfen. Prominente Steuerflüchtlinge lassen sich da als Beispiel in großer Zahl finden. Allerdings spielt für den Großteil der Bürger bei der Entscheidung, wo man wohnt und arbeitet, anderes als nur die lokale Steuerpolitik eine Rolle. Eine wichtige messbare Größe ist die Heimatverbundenheit. Je größer diese ist, desto eher bleiben Arbeitnehmer am angestammten Ort.

Das gibt den Regierungen Spielraum, diese als immobile Produktionsfaktoren stärker zu besteuern, da sie in ihrer Standortentscheidung unempfindlicher auf eine steuerpolitische Maßnahme reagieren als Arbeitnehmer mit weniger starken örtlichen Bindungen. Eine empirische Studie des WZB dazu zeigt den engen Zusammenhang zwischen starker Heimatverbundenheit oder pa-

Die EU und der Steuerwettbewerb

In der EU als besonders gut integriertem Wirtschaftsraum wird den potenziell schädlichen Effekten des Steuerwettbewerbs besondere Aufmerksamkeit zuteil. Schon 1997 beschloss der EU-Ministerrat einen Verhaltenskodex, der eine nachteilige Steuerpolitik einzelner Mitgliedstaaten aufdecken sollte. Auch 2009 stand das Thema fairer Steuerwettbewerb auf der Agenda: Die EU-Kommission veröffentlichte im April eine Mitteilung zur Förderung des verantwortungsvollen Handelns bei der Besteuerung zwischen EU-Ländern und Drittstaaten. (http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/company_tax/harmful_tax_practices/index_en.htm; <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0201:FIN:DE:PDF>)

triotischen Gefühlen und einer höheren Steuerbelastung in den OECD-Ländern. Wollen sich die Politiker diese Steuerbasis sichern, müssen sie also die Bindungen der Bürger an die Heimat stärken.

Solange es politisch schwierig bleibt, international oder auch nur innerhalb der EU die nationale Steuerpolitik zu koordinieren, bleibt diese eine nationale Angelegenheit, und Staaten sind dem Steuerwettbewerb in unterschiedlichem Maße ausgesetzt. Damit die Steuereinnahmen der Länder durch den Steuerwettbewerb nicht gefährlich erodieren, haben Regierungen also noch andere Möglichkeiten, als sich in ihrer Steuerpolitik gegenseitig zu unterbieten. Wie gezeigt werden konnte, richten sich Firmen und Arbeitnehmer an anderen Größen als nur an niedrigen Steuern aus. Ein Standort kann auch durch die Förderung der Heimatverbundenheit – die auch mit öffentlichen Mitteln oder gesetzlichen Regelungen unterstützt werden kann – attraktiver werden. Eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mildert den Steuerwettbewerb ebenfalls.

Literatur

Nelly Exbrayat, Carl Gaigné, Stephane Riou, „Trade Integration and the Destination of Subsidies“, in: *Louvain Economic Review*, Vol. 75, No. 4, 2009, S. 407–423

Nelly Exbrayat, Carl Gaigné, Stephane Riou, *How Labor Market Rigidities Shapes Business Taxation in a Global Economy*, Working Paper, 2009, 36 S. (<http://www.fundp.ac.be/facultes/eco/departements/economie/actualites/Tax-bargain24.pdf>)

Nelly Exbrayat, *The Impact of Trade Integration and Market Potential on Tax Interactions: Evidence from OECD Countries*, Working Paper, 2009, 37 S. (<http://sew2009.univ-fcomte.fr/english/Exbrayat.pdf>)

Salmal Qari, Kai A. Konrad, Benny Geys, *Patriotism, Taxation and International Mobility*, 41 S. (WZB-Bestellnummer SP II 2009-03)

Gianmarco I. P. Ottaviano, Tanguy van Ypersele, „Market Size and Tax Competition“, in: *Journal of International Economics*, Vol. 67, No. 1, 2005, S. 25–46

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Marc Torka

Die Projektförmigkeit der Forschung

Wissenschafts- und Technikforschung, Bd. 3

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009

ISBN 978-3-8329-4961-7

320 Seiten, € 39,00

Forschung betreiben heißt heute vor allem: Projekte entwerfen, verwirklichen und abschließen. Die Erwartung, projektförmig zu handeln, ist in allen Disziplinen zu einem Normalmodell in der Wissenschaft geworden, das selbst in der Wissenschaftsforschung kaum hinterfragt wird. Doch ist die Projektförmigkeit wirklich der inhärenten Logik des Forschungshandelns geschuldet? Und welche Folgen hat es, wenn Forschung sich zunehmend projektförmig verfasst? Diesen Fragen geht der Autor mit einem historisch und theoretisch fundierten Konzept der Projektförmigkeit als eigenständigem Typ sozialer Strukturbildung

nach. In Fallstudien aus dem Bereich der technischen, empirischen und theoretischen Forschung wird gezeigt, dass das Arbeiten in Projekten nicht die natürliche Erscheinungsform der Forschung ist und deshalb in der Forschungspraxis zu Irritationen führt. Ihre Allgegenwärtigkeit und Selbstverständlichkeit erhält die Projektform vielmehr dadurch, dass sie eine gesellschaftlich hoch anschlussfähige, institutionell abgestützte operative Struktur ist. Erst unter dieser Voraussetzung konnte sie sich zu einem eigenständigen Typus sozialer Strukturbildung entwickeln.

Klaus von Beyme 75

„History without political science has no fruit, political science without history has no root.“ Einst stellte Klaus von Beyme diesen Aphorismus John Seelys einer berühmten Studie voran. Dem Symposium aus Anlass seines 75. Geburtstags gereichte es nicht weniger treffend zum Wahlspruch. Am 9. Oktober 2009 luden Wolfgang Merkel (WZB/Humboldt-Universität zu Berlin) und Andreas Busch (Universität Göttingen) in Zusammenarbeit mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften renommierte Soziologen, Historiker und Politikwissenschaftler zur Reflexion der kontroversen Frage „Politikwissenschaft als Kunst?“.

In seinen eigenen Arbeiten hatte sich der Jubilar des theoretischen Rüstzeugs eines jeden der Referenten bedient. So widersetzte sich Klaus von Beyme erfolgreich der funktionalen Differenzierung in den Sozialwissenschaften, wie Wolfgang Merkel in seiner Laudatio betonte. Wider das Paradoxon erzwungener Spezialisierung und gleichzeitig notwendiger Interdisziplinarität bedachte von Beyme stets die gesamte Breite des Fachs. Davon zeuge nicht zuletzt sein Plädoyer, im systematischen Vergleich keinen eigenständigen Bereich, sondern „eine der Wissenschaft besonders angemessene Herangehensweise“ zu sehen. Sie habe er stets in Verschränkung von historisch-genetischer Denkart mit moderner typologischer Systematisierung auf dem Boden sozialgeschichtlicher Historizität ausgefüllt. Im selben Moment erfordere diese Herangehensweise den Vergleich mit wenigen Fällen, deren intime Kenntnis die Bedingung gelingender Wissenschaft ist. Aus diesem Grunde habe Klaus von Beyme anstelle universaler Geltungsansprüche das „sparsame Suffizienzmodell“ bevorzugt.

Andreas Busch unterschied dieses epistemologische Leitbild der *parsimony* als *political science* von ihrer nach Vollständigkeit strebenden erkenntnistheoretischen Alternative – den *political studies*. *Parsimony* behauptet, wissenschaftliche Aussagen bedürften ausschließlich der Berücksichtigung wesentlicher Einflussgrößen, die mittels empirischer Daten und formalisierter Aussagen eine möglichst präzise Erklärung erlaubten. Vertreter der *political studies* hingegen folgten der Tradition geisteswissenschaftlicher Forschung, die, „auf historische Kontingenzen und Komplexitäten verweisend sowie aus detailliertem, geschichtlichem Wissen schöpfend“, möglichst umfassende, kontextsensible Erklärungen suche. Zwischen beiden Positionen und mitten durch Klaus von Beymes Werk verlaufen seit den 1990er Jahren die Frontlinien einer neuerlichen Methoden-debatte. Die jeweiligen Vorzüge von *science*



Politisch-historischer Dialog. Klaus von Beyme (links) und Herfried Münkler. [Foto: Detlef Schilke]

und *art*, ihre Grenzen und ihren Gegensatz rückte das Symposium in den Mittelpunkt.

Den Auftakt gab der Historiker Hans-Ulrich Wehler (Bielefeld). Er zog eine Bilanz der Kooperation der Geschichtswissenschaft mit den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Nachgerade befreiend hätten in den 1950er und 1960er Jahren lebhaft sozialwissenschaftliche Methoden- und Theoriedebatten auf seine damals in Nabelschau erstarrte Disziplin gewirkt. Insbesondere die Figur der doppelten Konstitution der Realität hob Wehler als wichtigen Impuls hervor. Der „schlichten Lehre“ des Rational-Choice-Ansatzes aus der neoklassischen Ökonomie sei hingegen wenig Resonanz in den Reihen der Historiker beschieden gewesen. Dennoch gelte es die Nähe von Soziologie, Politik- und Geschichtswissenschaft nicht zu überschätzen. Soziologen stellten als Ideengeber weniger die hermeneutische Herangehensweise der Historiker infrage als vielmehr ihre Kontextualisierung. Umgekehrt sei eine Historisierung der Sozialwissenschaften ausgeblieben. Gerade die Persistenz ahistorischer Erklärungsansätze unterstreiche die Bedeutung von Gelehrten wie Klaus von Beyme, in dessen Portfolio sich „genuin historische Werke“ zur politischen Theorie fänden, „mit einem strengeren systematischen Urteil, als es der herkömmliche Theoriedebatte riskieren würde“. In einem Atemzug mit Ernst Fraenkel und Gerhard A. Ritter zählte Ulrich Wehler daher den Jubilar zu jenen „Schlüs-

selffiguren“, die der Politik ihre Geschichte und der Geschichte ihre Politik wiesen.

Fritz W. Scharpf (Köln) spürte den Gemeinsamkeiten der Schriften Klaus von Beymes nach. Sie lägen in einem gemeinsamen Stil. Von Beyme verfare stets beschreibend und erklärend; sein Blick richte sich auf Strukturen und aufs Detail; die historische Genese werde zur selben Zeit deutlich wie ihre tagespolitische Aktualität. Dies zeige sich besonders deutlich an seinem Umgang mit normativer Politischer Theorie. Während jüngere Kollegen sich meist deutlich strategisch ins Verhältnis zu ihrem Gegenstand setzten und dessen Geschichte geradezu als „Waffenkammer“ gebrauchten, rekonstruiere von Beyme mit besonderer Sorgfalt die historische Einbettung politischer Ideen. Statt in kriegsbereiter Zurechtmachung übe er sich in „Theoriegeschichte als Gedächtniskunst“. Damit stehe von Beyme aber auch im Gegensatz zu Scharpf, der sein eigenes Wirken immer als problemorientierte Grundlagenforschung verstanden habe. Ihn trieben „Lösungschancen für akute Problemlagen“ um. Weniger die wohlwollende, „erinnernde Beschreibung“ als vielmehr ein Repertoire „erklärungskräftiger Theoriemodule“ solle deshalb am Ende seiner eigenen Arbeit stehen.

Einen ähnlichen Pragmatismus hob Hans-Dieter Klingemann (WZB) am gegenwärtigen Stand der Profession hervor. Sowohl in der Politischen Theorie als auch im Bereich der Methoden seien die großen Debatten über die gute oder die böse Theorie, die richtige oder die falsche Herangehensweise an ihr Ende gekommen. Das gewachsene Verständnis für die Komplementarität quantitativer und qualitativer Methoden folge einer Bewegung, in deren Verlauf ein einstmals paradigmatischer Widerstreit mit der Besinnung auf die dienende Funktion der Methoden in den Wissenschaften beigelegt werde. Als Ursachen führte Klingemann die fortschreitende Professionalisierung der Disziplin, die Globalisierung des wissenschaftlichen Diskurses und die interdisziplinäre Kooperation im Rahmen größerer Forschungsprojekte an.

Eine Dimension von Kunst erblickte Herfried Münkler (Humboldt-Universität zu Berlin) in Marx' Unterscheidung zwischen Forschungs- und Darstellungsweise. Aufeinander reduzierbar seien diese nicht; immer schrieben sich zeitgeschichtliche Bedingungen in ihr Verhältnis ein. Die Rekonstruktion der Vielfalt möglicher Übersetzungen von Forschung stelle nicht nur ein lohnenswertes Objekt ideengeschichtlicher Untersuchungen dar. Ihre Dokumentation verleihe zugleich der politischen Ideengeschichte den Charakter eines „Archivs“. Dessen intime Kenntnis und

Pflege sei gerade auch notwendig, um, ganz im Gegensatz zu Scharpf, Waffen zu schmieden. Waffen wider hegemoniale Geisteshaltungen; Waffen, die aus der politischen Ideengeschichte eine Innovations- und Kreativitätsreserve machten.

Kunst kenne keinen Fortschritt, sagte Klaus von Beyme in den Worten Max Webers. Ziel der Wissenschaft sei hingegen die Überholung einmal errungener Erkenntnis. Sein eigener enzyklopädischer Stil habe ihn zwar immer des harten, ausschließenden Verhältnisses von Kunst und Wissenschaft enthoben. Gleichwohl lenke jener Gegensatz den Blick auf unterschiedliche Orientierungen, für die symbolträchtig der „Urgegensatz“ von Mannheimer „Fliegenbeinzählern“ und Heidelberger „Geschichtenerzählern“ stehe. Die „Mannheimer“ folgten einem szientistischen Kurs; ihre Publikationen forderten häufig Kenntnisse der höheren Mathematik und Statistik. Liebhaber ihrer Analysen fänden sich mithin im Kreis ihrer Kollegen. Demgegenüber erbrachten „Märchenerzähler“ den Relevanznachweis der Wissenschaften. Aufgrund geringerer Vorbedingungen der Lektüre erhielten ihre Bände auch von einem breiteren Publikum Zuspruch. Nachdem er selbst der funktionalen Differenzierung des Fachs widerstanden hatte, formulierte Klaus von Beyme schließlich eine eigene wissenschaftliche Arbeitsteilung.

Einigen Widerspruch fand von Beymes Rekurs auf Webers „Wissenschaft als Beruf“. Wolfgang Merkel fragte, ob die breitere Datengrundlage und deren leichtere Verfügbarkeit allein schon bessere Forschung verbürgten. Verführten Statistiken nicht zu voreiligen Schlüssen über Länder, die der Forscher jenseits der Zahlenreihen gar nicht kenne? Scharpf betonte die bleibende Aussagekraft einmal gewonnener Erfahrung selbst im Lichte zeitgeschichtlichen Wandels. Treffend gestellte Diagnosen blieben ihrem ursprünglichen Entstehungsgrund auch später angemessen. In Anlehnung an Foucaults „Ordnung der Dinge“ behauptete Herfried Münkler gar, gemessen an der Vielfalt der Qualitäten nehme sich die Reichweite quantitativer Modelle äußerst bescheiden aus. Wüssten wir mit ihrer zunehmenden Verbreitung nicht eigentlich weniger? Hans-Dieter Klingemann verneinte dies. Gerade die immensen Fortschritte im Bereich der Methoden ermöglichten Verbesserungen wissenschaftlichen Erkennens, indem sie Normen strenger Prüfung unterwerfen, die sonst nur Postulate sein könnten.

Klaus von Beyme und Ulrich Wehler verwiesen demgegenüber auf einen anderen Aspekt: Charakter. Von Beyme forderte mit

Blick auf die moderne Rezeption seines Lehrers Carl Joachim Friedrich und der „Häme über den großen alten Mann“, der sich in seinem Totalitarismusbuch „[...] ganz gewaltig geirrt hat“, zur Selbstprüfung und Revisionsbereitschaft auf. Ulrich Wehler hieß die Fähigkeit zur Selbstkorrektur ein Erfordernis intellektueller Redlichkeit. Auch ihm sei Webers Wort nur schwer eingegangen, seine Wahrheit stehe für ihn dennoch außer Zweifel; „man soll es nur den Jüngeren nicht leicht machen“. In diesem Sinne bleibt zu wünschen: *Ad multos annos*, lieber Klaus von Beyme, *ad multos annos!*

Dag Tanneberg

Kunst und Wert

Wie bewerten Künstler in staatlichen Ausschüssen die Förderung von Kollegen oder künstlerischen Projekten? Verfügten Mitglieder der kubistischen Bewegung im Paris der 1920er Jahre über gemeinsame Konventionen, was ihre künstlerischen Standpunkte anging? Wie produzieren Kuratoren der wichtigsten Kunsthäuser der Welt durch ihre Praktiken beim Aufhängen und Installieren künstlerischen Wert? Diese und ähnliche Fragen waren Thema des internationalen Workshops „Evaluation Practices in Art Worlds“ am 27. und 28. November 2009 im WZB. Mit Thesen zu Wertformen, Wertungsprozessen und Bewertungskriterien in der Kunst und der Kreativindustrie erschloss die Veranstaltung neue Forschungsperspektiven an der Schnittstelle zwischen Kunst- und Wirtschaftssoziologie.

Der Begriff der Kunstwelt (*art world*) ist seit Anfang der 1980er Jahre in der Kunstsoziologie verbreitet. Er fasst eine Forschungsperspektive zusammen, die vor allem kollaborative Produktionspraktiken und kreative Prozesse in Kunst, Architektur, Literatur oder Design beleuchtet. Der Blick auf Kunstwelten wirkt damit dem Mythos vom allein-schaffenden Künstlergenie entgegen. Ziel des Workshops war es, Evaluationspraktiken als eine weitere wichtige Dimension von Kunstwelten zu thematisieren und so die Wechselbeziehungen zwischen Werten, Werken und Welten zu untersuchen. Im Zentrum stand die Frage, wie in Kunstwelten das Wertvolle an Kunstwerken erkannt, definiert und eingeschätzt wird.

Der von Ignacio Fariás und Sophie Mützel (Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“) organisierte Workshop führte empirische Studien von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Europa, Nord- und Südamerika zusammen. In der Diskussion kristallisierten sich drei analytische Aspekte

heraus, die Forscher bei der Verknüpfung von Kunst- und Wirtschaftssoziologie vor wichtige theoretische und empirische Herausforderungen stellen.

Ein wichtiger Aspekt war die Suche nach Ansätzen, um Werttypen und -formen zu systematisieren: Einerseits identifizierte Brian Moeran (Copenhagen Business School) sechs eigenständige Werttypen, die jeder Kulturproduktion zugrundeliegen. Am Beispiel einer Ethnographie zu Keramik-Kunst in Japan unterschied Moeran ästhetische Werte, soziale Werte, Austauschwerte, technische Werte, situationsbezogene Werte und funktionale Werte. Ähnliche Unterscheidungen von Werttypen präsentierte Marian Misdrahi (University of Montreal) in ihrer Präsentation über *peers' assessment* in der Literatur- und Kunstwelt Quebecs. Eine andere Systematik regte Michael Hutter (WZB) an, der zwischen Ausdrucksformen von Wert – statt Werttypen – unterschied. In Anlehnung an John Deweys Theorie der Werte thematisierte Hutter unterschiedliche Formen der Wertschätzung als *price*, *praise* und *prize* und zeigte, wie sie sich in der Kunst auswirken.

Ein weiteres zentrales Thema des Workshops bildeten analytische Unterscheidungen und empirische Verbindungen zwischen Wertungs- und Bewertungsprozessen in der Kunst und den kreativen Industrien. Solche Prozesse, die durch die Beziehungen zwischen Individuen und Objekten mit Wert geladen werden, beschrieb beispielsweise Carolin Gerlitz (Goldsmiths College, London). Sie untersuchte, wie Praktiken dezentraler Zusammenarbeit von Nutzern Marken aufwerten. Sophia Acord (University of California, Berkeley) setzte sich damit auseinander, wie Kuratoren durch Experimentieren mit Beziehungen zwischen Werken, Raum und Beobachtern den Wert einer Ausstellung zu maximieren versuchen.

Auch Bewertungsprozesse, die auf die Einschätzung des Wertes von Kunstwerken, von Marken oder Karrieren zielen, spielten in dieser Diskussion eine zentrale Rolle. Alain Quemin (Université Paris-Est) präsentierte quantitative Belege für zwei der wichtigsten Bewertungskriterien im Kunstmarkt, die stillschweigend gehandhabt werden, nämlich Nationalität und Lebensmittelpunkt. Vrajesh Hanspal (London School of Economics) zeigte anhand einer Studie, wie internationale Trends und weltbekannte Künstler zu einem Bewertungsmaßstab für örtliche Künstler in Montreal werden.

Der Workshop deckte eine theoretische Spannung zwischen der Indexikalität und Perfor-

mativität von Evaluationspraktiken auf. In der Linguistik sind indexikale Äußerungen solche, die vorgegebene Tatbestände bezeichnen, deren Bedeutung aber vom Kontext der Situation abhängt, in denen sie gemacht werden („das ist gut“). Als performativ werden Äußerungen beschrieben, die Handlungen vollziehen („ich grüße Sie“) und dadurch die Tatbestände schaffen, auf die sie sich beziehen („die Sitzung ist eröffnet“).

Die Indexikalität von Evaluationspraktiken betonten vor allem jene Beiträge, die sich mit den sozialen Kontexten künstlerischer Produktion auseinandersetzen. Alvaro Santana (Harvard University) etwa diskutierte die Besonderheit der normativen und evaluativen Kontexte von Literaturklassikern und ergänzte damit eine historische Betrachtung von Gerhard Panzer (TU Dresden) zu Evaluationspraktiken in visuellen Kunstwelten.

Die Performativität von Evaluationspraktiken – also ihre Fähigkeit, überhaupt erst das entstehen lassen, was sie nur zu bewerten scheinen – zeichnete Manuel Tironi (Universidad Católica de Chile) nach. So zeigte er, wie Evaluationspraktiken die Szene für experimentelle Musik überhaupt erst konstituieren. Die Performativität von Bewertung stand auch im Mittelpunkt des Vortrags von Stoyan Sgourev (Business School of Paris). Sgourev vertrat die These, dass der Kubismus weder auf einer kohärenten künstlerischen Bewegung mit klaren Konventionen gründet noch durch starke soziale Netzwerke gekennzeichnet ist. Vielmehr verdanke die avantgardistische Bewegung ihren Erfolg einer *optical illusion*.

Ignacio Farías

20 Jahre Mauerfall

Die Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie fand am 9. und 10. November 2009 zum Jubiläum des Berliner Mauerfalls statt – einen Tag im Westteil der Stadt (WZB), einen Tag im Osten (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW). Das Motto lautete „20 Jahre Fall der Mauer – (Zwischen-)Bilanz der Lebensverhältnisse in Deutschland“.

Schon zum vierten Mal seit der Wende hat sich die Sektion Soziale Indikatoren am WZB dem Thema Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland gewidmet; die Themen lauteten „Ungleichheit und Angleichung“, „Getrennt vereint“ und „Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft“. Bei der diesjährigen Tagung sollte der bisherige Verlauf der Vereinigung der Lebensverhältnisse einer kriti-

schen Bestandsaufnahme unterzogen werden. Bei der Tagung mit rund 75 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stand die Frage im Mittelpunkt, in welchen Lebensbereichen der grundgesetzliche Auftrag noch nicht eingelöst ist, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet herzustellen.

Wolfgang Scheremet (Bundeswirtschaftsministerium) zog eine vorläufige Bilanz der ökonomischen Anpassungsprozesse. Er begründete die anfängliche Überschätzung der wirtschaftlichen Angleichung damit, dass die durch die Währungsunion verursachten ungünstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen für die ostdeutsche Volkswirtschaft vernachlässigt worden seien – ebenso wie der damit einhergehende Abbau der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Jan Goebel (DIW) stellte in seinem Beitrag mit Roland Habich (WZB) und Peter Krause (DIW) dar, wie sich Einkommen und Lebensqualität in Ost und West angeglichen haben. Sie dokumentierten Erfolge im Anpassungsprozess beider Landesteile, zeigen aber auch, dass die Menschen in Ostdeutschland trotz oder gerade wegen der Anpassungsleistungen oft noch an stereotypen Werten und Orientierungen festhalten.

Elke Holst (DIW) analysierte Arbeitswünsche und deren (Nicht-)Erfüllung im Ost-West-Vergleich. Bei den Männern sind kaum noch Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen. Bei den Frauen gibt es hingegen nach wie vor gravierende Unterschiede in der Erwerbsorientierung, insbesondere bei Teilzeitbeschäftigten. Zudem zeigte sie, dass vor allem Männer ihre Arbeitszeit deutlich verkürzen möchten und dass dieser Wunsch insgesamt das Ausmaß des Wunsches, mehr zu arbeiten, deutlich übertrifft. Annette Spellerberg (TU Kaiserslautern) diskutierte die räumliche Differenzierung von Lebensweisen sowie die Frage der Umgangs mit Zeit. Sie zeigte, inwieweit bestehende Ost-West-Unterschiede durch übergreifende Stadt-Land-Unterschiede überlagert werden; bei allen Angleichungen bleiben spezifische regions-typische Aktivitätsformen bestehen.

Steffi Grimm (DIW) widmete sich in ihrem Beitrag (mit Joachim Frick, DIW) über Wohnen in Deutschland nach dem Mauerfall einem der wenigen Lebensbereiche, in dem in Ostdeutschland eine fast vollständige objektive wie subjektive Angleichung der Lebensverhältnisse an westdeutsche Vergleichswerte erfolgte. Heinz-Herbert Noll (GESIS) wies (mit Stefan Weick, GESIS) in seinem Beitrag zu subjektivem Wohlbefinden und Anspruchsniveau nach, dass sich die Ein-

kommenserwartungen (Aspirationsniveaus) in den neuen und alten Bundesländern kaum unterscheiden. Demnach können die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auch nicht durch unterschiedliche Aspirationsniveaus erklärt werden, sondern eher durch die langfristige Entwicklung der Einkommen.

Roland Verwiebe (Universität Wien) und Johannes Giesecke (WZB) zufolge hat die Ungleichheit deutlich zugenommen. In Ostdeutschland fällt demnach der Anstieg bei der Spreizung unterer Einkommen besonders deutlich aus. Zu den Verlierern unter Verteilungsgesichtspunkten gehörten tendenziell Arbeitslose sowie Menschen mittleren und höheren Alters in Ostdeutschland. Lars Kroll stellte mit Thomas Lampert (beide Robert Koch-Institut) dar, wie sich der Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten entwickelt haben: Während zur Zeit des Mauerfalls noch beträchtliche gesundheitliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern bestanden, glichen sich Lebenserwartung, Gesundheitsverhalten und Morbidität bis 2007 weitgehend an. Noch bestehende gesundheitliche Nachteile der ostdeutschen Bevölkerung müssten in Zusammenhang mit der ungünstigeren sozialen Lage bewertet werden. Die kohortenspezifische Betrachtung machte demnach deutlich, dass zwischen den jüngeren Geburtskohorten keine ausgeprägten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland mehr bestehen.

Andreas Motel-Klingebiel (Deutsches Zentrum für Altersforschung, DZA) veranschaulichte mit Julia Simonson und Clemens Tesch-Römer (beide DZA), dass die Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland angestiegen ist und konvergiert, während die Alters-Erwerbstätigkeit auf niedrigem Niveau in beiden Teilen Deutschlands zunahm, ohne sich anzunähern. Er zeigte zudem, dass die Angst vor einem sinkenden Lebensstandard in Ost- und Westdeutschland zugenommen hat. Ralf K. Himmelreicher (Forschungsdatenzentrum der Deutschen Rentenversicherung) verwies auf die zunehmende Spreizung der Lebensarbeitseinkommen, die zu zunehmend ungleich verteilten Alterseinkommen in Ost- wie Westdeutschland führen. Disparitäten auf den ost- und westdeutschen Arbeitsmärkten setzen sich demnach allmählich auch bei den Renten durch, da die ehemaligen Vollbeschäftigungsbiographien aus DDR-Zeiten durch Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne zunehmend zu geringeren Rentenanwartschaften führen.

Anna Klein und Sandra Legge (Universität Bielefeld) befassten sich mit Benachteiligungs-

gefühlen und Identifikation. Die empirischen Ergebnisse aus dem 2002 gestarteten Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ deuten darauf hin, dass Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland wesentlich stärker verbreitet sind als im Westen. Die patriotische Identifikation mit Deutschland ist im Osten dagegen offensichtlich weniger verbreitet. Bernhard Christoph (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg) zeigte in seiner Analyse der subjektiven Zufriedenheit, dass sich gerade bei den materiellen Lebensumständen die Zufriedenheit von armen und wohlhabenden Bevölkerungsgruppen unterschiedlich entwickelte: Vor allem in Ostdeutschland ist ein Rückgang der Zufriedenheit bei Menschen mit niedrigem Einkommen zu beobachten, während Menschen im oberen Einkommenssegment deutlich zufriedener geworden sind.

Roland Habich (WZB) und Jürgen Schupp (DIW)

Die Kunst der Intervention

Im Rahmen eines EU-geförderten Projekts veranstaltete Ariane Berthoin Antal (Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“) im September 2009 drei „Artful Research Workshops“ am WZB, um die Auswirkungen künstlerischer Interventionen in Organisationen zu identifizieren und daraus eine Empfehlung für deren Erforschung abzuleiten. Insgesamt nahmen 33 Künstler, Führungskräfte und Mitarbeiter, die an künstlerischen Interventionen beteiligt gewesen sind, Akteure, die Künstler in Organisationen vermitteln, sowie Wissenschaftler aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden, der Schweiz und Spanien teil.

In den vergangenen Jahrzehnten sind zahlreiche neue Instrumente entwickelt worden, um Innovationen und organisationales Lernen anzuregen bzw. zu unterstützen. Ein solches Instrument sind „künstlerische Interventionen“. Dabei sind Personen oder Produkte aus der fremden Kultur der Kunst für einige Stunden, Tage oder gar Monate in Organisationen präsent. Sie sollen dort irritieren angesichts etablierter Arbeitsweisen, Strukturen und Mentalitäten – ein möglicher Beitrag zur Entwicklung neuen Denkens und Handelns, zur Entwicklung neuer Fähigkeiten. Die Erwartungen an diese innovativen Prozesse sind hoch, dennoch sind bisher kaum systematische Untersuchungen durchgeführt worden, um das Phänomen zu verstehen und dessen Auswirkungen zu analysieren.

Für die Workshops wurde ein „kunstvoller“ Ansatz ausprobiert: Anstatt der üblichen Powerpoint-Präsentationen sollten die Teil-

nehmer ihre Erfahrungen in narrativer Form (*storytelling*) mitteilen, um ihr implizites Wissen über die Wirkungen zu erfassen. Gleichzeitig waren die Zuhörer gebeten, ihre Überlegungen und Reaktionen mit Hilfe von Farben und Formen auszudrücken. Dieser Ansatz diente dazu, die Aufmerksamkeit zu konzentrieren und durch die Aktivierung der Sinne einen anderen Zugang zur Fragestellung zu schaffen. In Plenardiskussionen wurde dann nach gemeinsamen Elementen und nach Indikatoren für Auswirkungen gesucht. Deutlich wurde dabei, wie wichtig für die Forschung der Zugang zu unterschiedlichen Perspektiven der diversen Akteure ist. Es zeigte sich weiterhin, wie notwendig, aber auch schwierig es ist, Indikatoren aus dem Erfahrungswissen zu spezifizieren. Aus diesen Erfahrungsberichten wurde im Anschluss an die Workshops ein Modell für die zukünftige Forschung zu den Auswirkungen von künstlerischen Interventionen erarbeitet.

Der Forschungsbericht zu den Ergebnissen der Workshops wurde auf Konferenzen in Barcelona und Brüssel sowie auf der EU-Schlusskonferenz zum „Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation“ am 16.-17. Dezember 2009 in Stockholm vorgestellt (Ariane Berthoin Antal, Research Report: Research Framework for Evaluating the Effects of Artistic Interventions in Organizations, Göteborg: TILLT Europe 2009, 81 Seiten, auch als Download: <http://www.wzb.eu/gwd/kneu/pdf/ResearchReport.pdf>).

Luftverkehrsforschung

Am 6. und 7. November 2009 fand im WZB ein internationaler Workshop zur Diskussion und Erarbeitung von Forschungsmöglichkeiten über Luftverkehrsgesellschaften und die internationale Entwicklung des Luftverkehrs statt. Ziel des Workshops war die Gründung eines internationalen Forschungsverbundes ICAROS (International Consortium für Airline Research and Organization Studies).

In der Organisationsforschung und der vergleichenden Sozioökonomik werden Luftverkehrsgesellschaften bisher völlig vernachlässigt, obwohl sie eine ungewöhnlich interessante Branche darstellen: einerseits hoch internationalisiert und kosmopolitisch, andererseits auch heute noch geprägt durch Nutzungs- und Kontrollrechte in der Hand nationaler Regierungen. Unter Leitung von Arndt Sorge (Abteilung „Internationalisierung und Organisation“) berieten sieben Forscher aus dem WZB mit sechs Gästen aus dem Ausland (Universität Groningen, University of Surrey) über das Forschungsfeld und Möglichkeiten der Vernetzung. Der gemeinsam ins Leben gerufene Verbund wird sich mit dem Wandel von Geschäftsmodellen, mit Strategie, Kooperation und Fusion, mit der Zusammenarbeit zwischen Fluglinien und Herstellern bei der Entwicklung, mit Regulierung, Umweltaspekten und Corporate Governance beschäftigen.

Arndt Sorge

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Sonja Grimm

Erzwungene Demokratie

Politische Neuordnung nach militärischer Intervention unter externer Aufsicht

Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 6

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2010

ISBN 978-3-8329-5028-6

420 Seiten, € 69,00

Die internationale Staatengemeinschaft überwacht in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Afghanistan und im Irak die Friedenskonsolidierung. Sie exportiert dabei das Modell einer rechtsstaatlichen Demokratie und greift tief in die inneren Angelegenheiten eines Staates ein. Es stellt sich die Frage: Lässt sich Demokratie erzwingen? Die Autorin untersucht erstmals systematisch die Legalität, Legitimität und Effektivität der externen Demokratisierung von 1945 bis heute. Sie zeigt die zentralen Dilemmata auf, die mit der Demokratieförderung in Nachkriegsgesellschaften einhergehen. Im Mittelpunkt der Studie stehen die ex-

terne Supervision in Bosnien-Herzegowina, die internationale Übergangsverwaltung im Kosovo, die multilaterale Supervision in Afghanistan und die US-Besatzung im Irak. Ein kritischer Rückblick auf die Transformation Westdeutschlands unter alliierter Besatzung rundet die Analyse ab. Es zeigt sich: Die Dilemmata der externen Demokratisierung sind kaum aufzulösen, und die Erfolge bleiben begrenzt.

Kein Spezialistenspezialist

Jürgen Kocka als Forschungsprofessor verabschiedet

Er war der erste Präsident, der von außen kam und zudem als Historiker nicht aus dem Disziplinen-Spektrum des WZB im engeren Sinne stammte. Als Jürgen Kocka am 15. Dezember 2009 mit einem öffentlichen Kolloquium als Forschungsprofessor verabschiedet wurde, belegte dies aber seine enge Verbundenheit mit der WZB-Forschung – und wie viel er in den Jahren seiner Präsidentschaft (2001 bis 2007) zur institutionellen und wissenschaftlichen Weiterentwicklung des Hauses beigetragen hat. Kathleen Thelen, Politikwissenschaftlerin (MIT) und WZB-Beiratsmitglied, Forschungsprofessor John Keane und der frühere Forschungsprofessor David Soskice diskutierten über „Varieties of Capitalism and its Future“. Moderiert wurde die Diskussion von Sigurt Vitols, der am WZB seit vielen Jahren über *varieties of capitalism* forscht. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, der Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie und Chinas Weg zur Weltmacht waren dabei ebenso Thema wie institutionelle Aspekte sozialwissenschaftlicher Forschung nach WZB-Art und das Verhältnis von Geschichts- und Sozialwissenschaft – all dies Fragen, denen sich Jürgen Kocka am WZB gewidmet hat.

Friedhelm Neidhardt, Präsident von 1994 bis 2000, würdigte zum Abschluss seinen Nachfolger. Ein wichtiger Grund für die wissenschaftliche und öffentliche Wertschätzung, die Kocka entgegengebracht werde, sei ein intellektueller Stil, „der mit dem Begriff kritischer Vernünftigkeit wohl gut zu beschreiben ist – kritische Vernünftigkeit hier verstanden als besonnener Gebrauch der Verstandeskraft bei der Prüfung dessen, was gut und richtig sein mag und was nicht.“ Bei Kocka gebe es „nichts Rabulistisches“, betonte Neidhardt: „Was von ihm kommt, bleibt dem aufgeklärten Common Sense nahe.“

Zudem befasse sich Jürgen Kocka mit den großen Themen von allgemeiner Bedeutung: „Schon die Wahl seiner Gegenstände bewahrt ihn davor, ein Spezialistenspezialist zu sein“, sagte Neidhardt: „Das empirische Detail, mit dem sich die historische Analyse auch bei ihm absichern muss, gewinnt sein spezifisches Gewicht durch die größeren Zusammenhänge, in die er sie stellt, und durch die politische Bedeutung, die er diesen verleiht.“ Das deu-

ten einige von Kockas Buchtiteln an: „Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie“, „Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland“, „Industrial Culture and Bourgeois Society“, „Ursachen des Nationalsozialismus“ oder „Die DDR – eine moderne Diktatur?“ und „Europäische Identität als Konstrukt“.

Als Präsident habe sein Nachfolger energisch daran gearbeitet, das WZB öffentlich stärker sichtbar zu machen, sagte Neidhardt. Das Wissenschaftszentrum müsse „deutungsstärker“ und „nach außen sprechbarer“ werden, zitierte er Jürgen Kocka. Damit habe Kocka Erfolg gehabt und bewiesen, dass größere Sichtbarkeit keinen Verlust an wissenschaftlicher Qualität nach sich ziehen müsse:

„Er selber demonstriert das mit seiner eigenen Wissenschaft, und seine Vernünftigkeit sorgt dafür, dass sich die Darstellung von Forschung dort, wo er selber Einfluss hat, nicht in bloß alerter Öffentlichkeitsarbeit auflöst.“

Auch nach dem Abschied als Forschungsprofessor bleibt Jürgen Kocka dem WZB verbunden. Er befasst sich als Emeritus mit großen Themen: der Geschichte der Arbeit und der Zukunft des Kapitalismus. Zu sehen wird Kocka im WZB selbst dann sein, wenn er sich zu Forschungszwecken im Ausland aufhält. Sein Porträt, gemalt von der Berliner Künstlerin Cybèle Reif, ist nun neben denen seiner Präsidenten-Vorgänger im WZB zu sehen. Alle Besucher, die zu öffentlichen Diskussionen über aktuelle Fragen in den großen Saal des Hauses kommen, werden ihn im östlichen Treppenhaus sehen können.



Präsidenter Präsident. Seit Dezember 2009 ist Jürgen Kockas Porträt, gemalt von Cybèle Reif, im WZB zu sehen. Mit Dank an EnBW, das dem WZB anlässlich seines 40jährigen Jubiläums freundlichweise das Gemälde gestiftet hat. [Foto: Udo Borchert]

Denkräume schaffen

Unternehmen und das WZB kooperieren im InnoZ

Weert Canzler und Andreas Knie

Konzerne funktionieren wie Maschinen. Sie sind komplexe Gebilde mit hoch formalisierten Betriebsabläufen. Räume für neue Ideen sind selten. Um strategie- und handlungsfähig zu bleiben, verlagern sie Denk- und Experimentierarbeit häufig auf Gemeinschaftsunternehmen, die außerhalb der Konzernstrukturen angesiedelt sind und gemeinsam mit akademischen Forschungseinrichtungen oder Universitäten betrieben werden. Das Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ) ist ein Gemeinschaftsunternehmen, an dem die Deutsche Bahn (DB) AG, die Deutsche Telekom AG, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und das WZB beteiligt sind.

gen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten und logistischen Voraussetzungen prinzipiell in der Lage wären, neue Produkte einzuführen, sind von ihrer Struktur her konservativ. Um in einer globalisierten Welt mit arbeitsteiligen Produktions- und Distributionsstrukturen bestehen zu können, sind die organisationsinternen Prozesse auf Erhalt und Reproduktion stabiler Ordnungen ausgelegt. Neue Produkte sind oft eher Bedrohung als Chance. Routinen müssten geändert und Prozesse neu definiert werden. Skaleneffekte, also Produktionen mit großen Losgrößen, die eine Reduktion der Kosten erlauben, sind besonders auf stabile Bedingungen angewiesen.

Unternehmen sind keine Organisationen, die permanent interessante Ideen und Konzepte entwickeln, um diese dann als Innovationen zur Marktreife zu bringen. Neue Produkte und Dienstleistungen – im Sinne von Basisinnovationen – stellen im harten Alltagsgeschäft die Ausnahme dar. Konzerne, die we-

Dieses schon von William Abernathy in den 1970er Jahren beschriebene *productivity dilemma* gilt heute mehr denn je. Denn wer weiß tatsächlich, ob sich die gute Idee in ein marktgängiges Produkt verwandelt, ob die Kunden es tatsächlich kaufen und sich die notwendigen Stückzahlen realisieren lassen?

Neuerscheinungen

Aus der WZB-Forschung

Gunnar Folke Schuppert

Staat als Prozess

Eine staatstheoretische Skizze in sieben Aufzügen

Schriftenreihe des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“

Frankfurt a.M./New York: Campus 2010

ISBN 978-3-593-39189-2

190 Seiten, € 24,90

Seit einigen Jahren beschäftigen sich Sozial-, Politik- und Rechtswissenschaftler mit dem Wandel des Staates als Organisations- und Herrschaftsform. Doch wie misst oder beschreibt man die Transformation eines so abstrakten Gegenstandes? Gunnar Folke Schuppert erläutert anhand zahlreicher Beispiele den Wandel des Staates als vielschichtigen Prozess, in dem sich kontinuierlich Strukturen auflösen, alte Akteure an Einfluss verlieren und neue hinzukommen. Ein differenzierter Rückblick auf die Geschichte staatlicher Souveränität veranschaulicht, wie tiefgreifend der Wandel der letz-

ten Jahrzehnte war und wie komplex die Fragen von Staatlichkeit in einer Zeit zunehmender Supra- und Transnationalisierung geworden sind. Mit seinem Essay antwortet der Autor den Bremer Politikwissenschaftlern Philipp Genschel und Stephan Leibfried, die 2008 eine kritische Sicht auf Schupperts Analyse geliefert hatten („Schupperts Staat“).

Antje Blöcker, Ulrich Jürgens, Heinz-Rudolf Meißner

Innovationsnetzwerke und Clusterpolitik in europäischen Automobilregionen Impulse für Beschäftigung

Soziologie – Forschung und Wissenschaft, Bd. 31

Berlin u. a.: LIT Verlag 2009

ISBN 978-3-643-10409-0

269 Seiten, € 29,90

Ausgangspunkt dieses Buches ist die Beobachtung, dass Innovationen in der Automobilindustrie zunehmend nicht im Rahmen von Einzelunternehmen, sondern von Netzwerken entstehen. Diese Innovationsnetzwerke umfassen Unternehmen mit unterschiedlicher Spezialisierung sowie Forschungseinrichtungen und sind oft weltweit gespannt. Vor dem Hintergrund der Diskussion über Produktionsverlagerungen aus traditionellen Automobilregionen wird die Frage gestellt, inwieweit es durch eine regionale Clusterpolitik gelingt, Anschluss an diese Innovationsdynamik zu gewinnen. Die Autoren nehmen Bezug auf

das von der EU entwickelte Konzept von Clusterpolitik, das die regionalen Potenziale vor allem durch ihre Vernetzung stärken will. In acht Fallstudien zu europäischen Automobilregionen in Kern- und Randlagen werden Ansatz und Wirkung von Clusterpolitik näher untersucht. Dabei wird dem Spannungsverhältnis zwischen Automobilherstellern mit ihrer Orientierung auf globale Innovationsnetzwerke einerseits und den Regionen mit ihren spezifischen Potenzialen an wissenschaftlich-technischer Infrastruktur und überwiegend klein- und mittelständischen Zulieferunternehmen andererseits nachgegangen.

Was man aber genau kennt, sind die Vorlaufkosten, die auf jeden Fall in den Büchern verbleiben und die Bilanz belasten. Selbst wenn Innovationen im Konkurrenzkampf um Marktanteile objektiv wichtig sind, präferieren Unternehmen eine Vermeidung der Risiken.

Wie kann ein Unternehmen aber angesichts dieses Produktivitätsdilemmas Vorsorge tragen, um nicht plötzlich durch geänderte politische Rahmenbedingungen oder in Folge neuer gesellschaftlicher Trends mit den eigenen Produkten im Abseits zu stehen? Notwendige Freiräume zum Nachdenken und Experimentieren können unter dem operativen Druck des Tagesgeschäfts kaum gewährt werden. Projekte, die außerhalb der Routinen liegen, werden systematisch ausgeblendet. Ein Ausweg besteht darin, Umfeldanalysen und Ideengenerierung auf externe Partner zu verlagern, die der unmittelbaren Kontrolle des Unternehmens entzogen und die nicht Teil der konsolidierten Konzernbilanzen sind. Daher bietet es sich an, die enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen zu suchen. Denn akademische Institute sind anders getaktet. Hier stehen Originalität und Innovation oben auf der Agenda, weil sie konstitutiv für wissenschaftliches Arbeiten sind. Herrschaft und organisatorische Kontrolle sind im Forschungsbetrieb weit weniger formalisiert als in gewerblichen Unternehmen. Wissenschaft ist deshalb ein attraktiver Partner für gemeinsame Unternehmen, um Denkräume zu schaffen.

Das 2006 gegründete Innovationszentrum „Mobilität und gesellschaftlicher Wandel“ (InnoZ) ist ein solches Unternehmen; es ist neben der Choice GmbH eine der beiden Ausgründungen des WZB. 2009 hat das InnoZ mit über 18 Beschäftigten einen Umsatz von knapp 1 Mio. Euro erwirtschaftet. Ein Gründungsmotiv der Deutschen Bahn AG war, die im Konzern vorherrschenden Prognosemodelle zur Analyse des Verkehrsverhaltens und der gesellschaftlichen Umfeldentwicklung wie beispielsweise die Alterung der Gesellschaft oder die sich verstärkende Urbanisierung methodisch weiterzuentwickeln. Insbesondere sollten die Methoden der qualitativ arbeitenden sozialwissenschaftlichen Mobilitätsforschung integriert werden. Ein solcher paradigmatischer Wandel in der Vorhersagemethodik wäre im eigenen Konzern nicht ohne größere Verwerfungen gelungen. Das InnoZ konnte dagegen auf der Basis einer Reihe von Projekten und Experimenten neue methodische Verfahren zum Verkehrsmittelwahlverhalten sowie zur Identifizierung von Trends entwickeln, wie sie etwa in der Projektgruppe Mobilität des WZB gängige Forschungspraxis darstellten.

Die Erfahrungen drei Jahre nach der Gründung zeigen: Nachdem Ergebnisse aus der InnoZ-Forschung in der Fachwissenschaft Anerkennung gefunden haben, das Wissen also „sozial robust“ wurde, konnte der Weg zurück in die Konzernstrategie eingeschlagen werden. Die neue Methodik der Umfeldprognosen ist mittlerweile Teil der Mittelfristplanung und des strategischen Managementprozesses geworden.

Diese exogene Innovationsstrategie hat erhebliche Vorteile für Unternehmen, vor allem wenn es darum geht, vorhandene Stärken in neue Technologiefelder einzubringen. Hierfür reichen konventionelle Formen der Forschung und Entwicklung nicht aus. Durch die Aktivitäten des InnoZ konnte unter Nutzung der wissenschaftlichen Fachgemeinschaften ein erweitertes Verständnis von Elektromobilität Raum greifen. Dieses hat sich schließlich in den Förderzielen der Programme der Bundesregierung niedergeschlagen, in denen ausdrücklich die Verknüpfung von Elektroautos mit dem öffentlichen Verkehr gefordert wird. Eine solche Perspektive war von der Projektgruppe Mobilität bereits seit Ende der 1990er Jahre entwickelt worden. Aus Sicht der DB AG waren damit Bedingungen für eigene Innovationsvorhaben entstanden, die vorher nicht existierten, weil die Förderpolitik in Sachen Elektroantriebe allein auf die Automobilforschung ausgerichtet war. Der Konzern konnte sich erfolgreich in verschiedenen Förderprogrammen platzieren. Dieses Beispiel illustriert, dass die externe Innovationsstrategie, also die Nutzung unabhängiger Denkräume zusammen mit akademischen Partnern, die strategische Handlungsfähigkeit von Unternehmen erhöhen kann.

Aber auch aus Sicht der Wissenschaftseinrichtungen ergibt sich eine Reihe von Vorteilen für die praktische Forschungsarbeit: Neben der Organisation von Feldzugängen, die ohne eine enge Zusammenarbeit mit Unternehmen niemals möglich wären, können wissenschaftliche Ergebnisse einem direkten Test unterzogen werden. Entsprechen die theoretischen Annahmen den empirischen Befunden? So hat die Projektgruppe Mobilität des WZB eine Reihe von Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Mobilitätsforschung im „InnoZ-Labor“ testen und validieren können. Ob beispielsweise die Erkenntnisse über die Verkehrsmittelwahl tatsächlich stimmen, zeigte sich erst im Praxistest. Die Zusammenarbeit mit der Konzernforschung der DB AG oder auch mit Abteilungen der Deutschen Telekom AG hat den Blick auf den Gegenstand sowie die eingesetzte Methodik erheblich erweitert. Untersuchungen zum demografischen Wandel oder zur Infrastrukturpolitik haben durch die gemeinsame Projektlogik profitieren können.

Bei der Einrichtung und Absicherung eines solchen Denkraums sind allerdings wichtige Regeln zu beachten. Wissenschaftlich-wirtschaftliche Gemeinschaftsfirmen dieser Art müssen grundsätzlich so konstruiert sein, dass die notwendige Ambivalenztoleranz – also die Achtung der unterschiedlichen Wissens- und Arbeitskulturen – auch gelebt werden kann. Daher ist das InnoZ als GmbH organisiert; unabhängig von den tatsächlich gehaltenen Gesellschaftsanteilen hat jeder Partner nur eine Stimme. Die Unternehmen können ihre wirtschaftliche Potenz nicht einfach in Macht verwandeln und die Wissenschaftspartner überstimmen. Hierzu gehört auch, dass alle Arbeiten der gemeinsamen Forschungseinrichtung grundsätzlich veröffentlicht werden, das heißt, dass die Produktion des Wissens den akademischen Gepflogenheiten entsprechen muss. Erkenntnisse werden in einen Diskurs eingespeist und besprochen, denn nur auf diese Weise kann sich die Besonderheit wissenschaftlicher Arbeit auch tatsächlich entwickeln. Reibereien sind nicht auszuschließen. Konflikte zwischen exklusiver Nutzung neuer Erkenntnisse und ihrer Veröffentlichung in Fachjournals zur Sicherung der akademischen Reputation stehen auf der Tagesordnung. Sie lassen sich aber bei gegenseitigem Respekt produktiv auflösen. Veröffentlichungen brauchen beispielsweise in der Regel einige Zeit, bis die Ergebnisse gedruckt vorliegen, Zeit, in denen die Erkenntnisse bereits im operativen Geschäft wirken können.

Aus innovationstheoretischer Perspektive bleibt die exogene Innovationsstrategie aber immer wieder gefährdet. Sie bietet zunächst den Vorteil eines vom Tagesbetrieb fernen und daher geschützten Diskursraums. Es besteht jedoch die Gefahr, dass Ideen und Konzepte durch diese Distanz zu wenig an-

schlussfähig sind und im Unternehmen keine Resonanz erfahren. Ohne korrespondierende Einheiten und Brückenbildungen im Unternehmen sind Think Tanks zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Die Kunst des Managements besteht darin, einerseits genügend Distanz zu entwickeln, um Kreativraum zu generieren, andererseits aber auch die notwendige Anschlussfähigkeit zu organisieren, um Innovationen auch realisieren zu können. Im InnoZ wird dieser Link durch eine besondere Politik der Personalüberlassung aktiviert. Einzelne Beschäftigte der Unternehmen oder sogar ganze Arbeitseinheiten können – natürlich freiwillig – für eine bestimmte Zeit beurlaubt werden, um im InnoZ zu arbeiten. Sie sammeln neue Erfahrungen und entwickeln sich weiter. Da sie mit einem Rückkehrrecht ausgestattet sind, bleiben die arbeitsrechtlichen Errungenschaften gewährt und die Konzerne in der Pflicht. Aus Sicht des Konzerns erweitern sich damit die Möglichkeiten der Personalentwicklung. Für das InnoZ ist jeder „Rückkehrer“ potenziell ein Inkubator, der Gedanken und Ideen zurück in den Konzern trägt. Wissen und neue Erkenntnisse können in die Praxis diffundieren.

Allen organisatorischen Vorkehrungen und Managementkünsten zum Trotz funktioniert ein solcher Denkraum aber nur, wenn die Akteure auch ein strategisches Interesse an einem Kreativraum haben und die exogene Innovationsstrategie auch wollen. Gelebt werden kann dies nur in konkreten Projekten. Die organisatorischen Strukturen, die Spielregeln sind dabei nur Hilfsmittel. Wenn sich strategische Pläne ändern oder sich Interessen verschieben, dann steht auch der Denkraum zur Disposition, und es gehört mit zu seinen Funktionen, sich unter solchen Umständen auch selbst in Frage zu stellen.

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Álvaro Morcillo Laiz

Contentious Regions in the European Union: Nationalist Parties and the Coordination of European Policies in Federal Member States
Nomos Universitätschriften Politik, Bd. 170

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009

ISBN 978-3-8329-4606-7

210 Seiten, € 34,00

Seit Mitte der 1990er Jahre wird darüber diskutiert, ob Regionen verstärkt Einfluss auf EU-Entscheidungen ausüben, insbesondere jene Regionen, die von nationalistischen Parteien regiert werden. Vor allem in der Mehrebenen-Theorie von Gary Marks wird die Bedeutung der Regionen als Akteure hervorgehoben; diese hätten – gemeinsam mit der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament – den Mitgliedstaaten Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene entzogen. In Anlehnung an den akteurszentrierten Institutionalismus Fritz Scharpfs zeigt der Autor, dass dies nicht der Fall ist. Auch Tanja Börzels These von der Europäisierung

der Strategien solcher Regionen wird überprüft. Die Strategien dieser Akteure haben sich in Wirklichkeit ebenso wenig geändert wie die *federal arrangements* von Mitgliedstaaten. Der für die EU charakteristische, auf Konsens und breite Koalitionen orientierte Politikstil wurde in den Mitgliedstaaten nicht aufgenommen; vielmehr bleiben die territorialen Konfliktlinien in Spanien oder Italien dauerhaft relevant. Entgegen den Erwartungen wirken sich regionale Interessen, nämlich sprachlicher und kultureller Pluralismus, auf die Kohäsions- und EU-Medienpolitik aus, und zwar durch deren Mitgestaltung im Europäischen Parlament.

Vorschau

Veranstaltungen

10. März 2010

Culture(s) and Innovation: Claims, Evidence and Policy

Beiratssymposium

Informationen bei Marie Unger, E-Mail: marie.unger@wzb.eu

15. bis 16. März 2010

The Intergenerational Transmission of Inequality

Internationaler Workshop im Rahmen der Forschungsgruppe FAMNET (Family and Social Networks)

Der Workshop befasst sich mit verschiedenen Dimensionen (Einkommen, Vermögen, Bildung, Sozialkapital) und spezifischen Mechanismen, die zur Transmission sozialer Ungleichheiten zwischen Generationen beitragen.

Veranstalter: Professorin Chiara Saraceno, WZB; Dr. Teresio Poggio, University of Trento, Italien

Informationen bei Susanne Grasow, E-Mail: grasow@wzb.eu

22. bis 24. März 2010

Scaling Up Participatory Health Research

Workshop

Veranstalter: Wellesley Institute, Toronto; John Moores University, Liverpool; Michael T. Wright, WZB

Informationen bei Dorothea Weinrebe, E-Mail: weinrebe@wzb.eu

25. bis 26. März 2010

Netzwerke erfassen, analysieren und verstehen

Konferenz

Empirische Netzwerkforschung bedarf einer angemessenen Theorie, Methoden, die sich darauf beziehen, sowie relevanter Daten. Die Tagung befasst sich mit den Schwierigkeiten, die sich aus diesem Dreiklang ergeben, und den darin enthaltenen Chancen für das Verständnis von Sozialem.

Veranstalter: AG Netzwerkforschung und Deutsche Gesellschaft für Soziologie

Informationen bei Marina Hennig, E-Mail: hennig@wzb.eu

10. bis 12. Mai 2010

Der heuristische Wert von Integrationsmodellen

DFG-Workshop

Der Workshop ist der letzte in einer Serie von DFG-finanzierten Workshops über die Bedeutung klassischer Policy-Modelle der Integration von Zuwanderern und des Umgangs mit religiösen Minderheiten. Die Teilnehmer stellen ihre empirischen Arbeiten im Blickwinkel der vorhergegangenen theoretischen Diskussionen vor.

Veranstalter: Dr. Ines Michalowski, WZB

Informationen bei Susanne Grasow, E-Mail: grasow@wzb.eu

9. bis 11. Juni 2010

The Greening of the Global Auto Industry in a Period of Crisis

18th International GERPISA Colloquium

GERPISA ist eine internationale Vereinigung von Automobilforschern aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Im Zentrum der Konferenz stehen die Bedingungen für die Umsetzung ökologischer und sozial ausgerichteter Produktstrategien in der Automobilindustrie vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise.

Veranstalter: Ulrich Jürgens, Antje Blöcker, WZB; Bernard Jullien, Université Montesquieu Bordeaux; Tommaso Pardi, Ecoles des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris

Informationen bei Antje Blöcker, Tel.: +49 30-25491-231; E-mail: bloecker@wzb.eu oder www.gerpisa.org

Nachlese

Das WZB im Dialog: Podien, Medien und Begegnungen

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in kleinen Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscher und -Forscherinnen bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Phobieforscher

Marc Helbling ist ein gefragter Mann. Der wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ befasst sich mit einer Variante der Fremdenfeindlichkeit, die hierzulande nicht gleich als erstes in den Sinn kommt: der Germanophobie. Schon länger erforscht Helbling die vorurteilsbehaftete Ablehnung von Deutschen im Raum Zürich. In diesen Zeiten bilateraler Verspannung häufen sich die Anfragen Schweizer und deutscher Medien,

die sich das Phänomen erklären lassen wollen. So baten Schweizer Zeitungen (darunter die **Basler Zeitung** und **Der Bund**) Helbling im Februar um Stellungnahmen und Meinungsbeiträge. Aus Deutschland meldeten sich nicht nur das **Deutschlandradio**, der **rbb** und die **Frankfurter Rundschau**, sondern auch die **Bild-Zeitung**. Bild berichtete nüchtern über die Ergebnisse von Helblings Studie, die zutage förderte, was sich aus der Germanophobie der Schweizerdeutschen lernen lässt: Fremdenfeindlichkeit ist keine Sache mangelnder Bildung, nicht zwangsläufig Folge großer kultureller Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten oder mangelnden Integrationswillens auf Seiten der Immigranten. Denn der Gastregion kulturell und sprachlich näher, integrationswilliger und besser ausgebildet als die in der Region Zürich lebenden Deutschen kann man sich eine Zuwanderergruppe schwer vorstellen.

Vorbild Schweiz

Nicht alles, was sich in diesen Monaten zwischen Deutschland und der Schweiz und zwischen Deutschen und Deutschschweizern abspielt, ist geprägt von Abwehr und Kritik. In der Zeit vom 28. Januar erschien ein Artikel mit Aufforderungscharakter, der überschrieben war mit „Lernen von der Schweiz“. Wolfgang Meyer-Hesemann, zwischen 1998 und 2009 Bildungs-Staatssekretär in zwei deutschen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein), empfahl Bildungsreisen nicht ins PISA-Land Finnland, sondern in die Schweiz. Dort nämlich sei ein wichtiges Hemmnis für Bildungsreformen aus dem Weg geräumt worden: der zu starke Bildungsföderalismus. Nach einer von 86 Prozent der Bevölkerung angenommenen Grundgesetzänderung im Jahr 2006 „sind die Kantone dazu verpflichtet, wichtige Eckwerte der obligatorischen Schule gesamtschweizerisch zu regeln. Andernfalls ist vorgesehen, dass der Bund die notwendigen Vorschriften erlässt“. Die Taten folgten bald: Die Kantone haben inzwischen die elfjährige obligatorische Schule harmonisiert. Der Artikel beruht auf dem Vortrag, den Meyer-Hesemann im November 2009 gehalten hat während der Tagung „Alles beim Alten? Reform(un)fähigkeit in der deutschen Schulpolitik“, veranstaltet vom WZB und der TUI-Stiftung. Eine solch starke Unterstützung für eine stärkere Bundesverantwortung vermutet der ehemalige Politiker auch in Deutschland. Es bedürfe also nur noch „genügend weitsichtiger Ministerpräsidenten und Kulturminister, die die Stimmungen und Notwendigkeiten im Lande erkennen und einen solchen Prozess initiieren“.

Journalisten in der Wissenschaft

Das von der VolkswagenStiftung geförderte Pilotprojekt „Journalist in Residence“ wird Ende 2010 Bilanz ziehen. Die Resonanz auf die Ausschreibung des Fellowship-Programms war wieder positiv, am Ende haben die Kooperationspartner in Köln (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung), Berlin (WZB), Bremen (Zentrum für Sozialpolitik) und Amsterdam (International Institute for Advanced Labour Studies) nun fünf Fellows ausgewählt. In den nächsten Monaten wer-



Übersetzt. Nicht mal die Namen der Herausgeber erschließen sich jenen Lesern, die kein Mandarin verstehen. Aber es wurde uns versichert, dass es sich hier um die chinesische Ausgabe des von Wolfgang Merkel, Christoph Egle, Christian Henkes und Alexander Petring herausgegebenen Bandes „Sozialdemokratische Reformfähigkeit: Vergleich der Regierungspolitik sechs sozialdemokratischer Parteien in Westeuropa“ handelt (Originalausgabe 2006). Transkribiert lautet der Titel: Shehui Minzhu Dang de Gaige Nengli: Xiou Liuguo Shehui Minzhu Dang Zhizheng Zhengce Bijiao.

den Ellis Fröder (TV-Redakteurin beim WDR), Felix Berth (Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung), Ferdinand Knauß (Redakteur beim Handelsblatt), Ralph Bollmann (Redakteur bei der tageszeitung) und Christoph Seils (freier Journalist für die Zeit, Cicero und den Tagesspiegel) zwei bis drei Monate an einem der beteiligten Institute verbringen.

Forscher in der Politik

Der Weg wissenschaftlicher Erkenntnis in die Politik kann sehr lang sein. Bis Forschungsbeiträge über die Fachdebatte und die öffentliche Diskussion die politische Willensbildung beeinflussen, vergehen oft Jahre – wenn sie überhaupt als relevant wahrgenommen werden. Etwas direkter können in einzelnen Fällen Wissenschaftler in politischen Beratungsgremien wirken. Und manche oder mancher geht zeitweise auch selbst in die Politik. So trat WZB-Beiratsmitglied **Sabine von Schorlemer**, seit 2000 Jura-Professorin an der TU Dresden, im Herbst 2009 ihr Amt als Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst an. Es folgte die Ernennung des Politikwissenschaftlers **Wolfgang Schroeder** zum Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Schroeder lehrte und forschte bis dahin an der Universität Kassel, war aber zum Zeitpunkt seiner Ernennung für einen achtmonatigen Forschungsaufenthalt ans WZB (Abteilung Demokratieforschung) gekommen. Die Berliner Forschungszeit, die er nicht nutzen konnte, will Schroeder sich nun für die Zeit nach der Politik aufsparen. Die Stunden, die er auf dem Podium bei einer Diskussion über Bildung im Februar im WZB verbrachte, wurden übrigens nicht von diesem Zeitkontingent abgezogen. Nicht in der Regierung, sondern von unten macht **Reiner Wild** Politik. Er ist der neue Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins, der rund 150.000 Mitglieder hat – das sind rund zweieinhalb Mal mehr als die FDP bundesweit. In den 1970er Jahren war Wild nach seinem Soziologie-Studium Mitarbeiter am WZB. Der Berliner Zeitung sagte er bei seinem Amtsantritt, er wolle sich künftig verstärkt um die Fragen der Energiepreisentwicklung kümmern und versuchen, mehr Zuwanderer für den Verein zu gewinnen. Außerdem wolle er das „Wohnen im Alter“ stärker zum Thema machen.

Auch eine Evaluation

Die Forschung steht am WZB im Zentrum allen Strebens. Ausbildung ist dabei aber nicht unwichtig, auch große Forscher und Forscherinnen haben schließlich klein angefangen. Zum Beispiel mit einem Praktikum. Und so taucht das WZB als Praktikumsort schon mal auf der einen oder anderen nicht ganz unumstrittenen Bewertungsplattformen im Internet („Mein Prof“, „Mein Lehrer“, „Mein Pudelsalon“) auf. Ein Praktikant oder eine Praktikantin, der oder die sich im Februar auf einer Seite der DGB-Jugend äußerte, war recht angetan vom Praktikum am WZB, absolviert als Pflicht-Bestandteil des Studiums. Etwas gelernt? Ja. Zufrieden? Ja. Zeugnis bekommen? Ja. Viele weitere positive Antworten und die Gesamtnote „Sehr gut“. Nur ein einziges „Nein“ bekommt das WZB, nämlich auf die Frage „Hast du deinen gesetzlich vorgeschriebenen Urlaub (2 Tage im Monat) frei nehmen dürfen?“ Ganz so dramatisch scheint dies nicht gewesen



zu sein, denn an anderer Stelle wird bestätigt, dass „keine bzw. nur selten“ Überstunden zu leisten waren.

Vorlese

Für das Juni-Heft der WZB-Mitteilungen ist als Schwerpunkt das Thema „Ausgrenzung“ geplant, mit Artikeln über Armut, Gesundheit und Bildung. Zu finden ist darin auch die Auswertung und Erläuterung des Mitmach-Experiments, das Dorothea Kübler in diesem Heft auf den Seiten 70 und 71 vorstellt. Äußerlich werden die Mitteilungen sich vom nächsten Heft an ein wenig verändern, und zwar im Rahmen der Erneuerung des Corporate Design des WZB.

James Stirling

Zufall ist es wohl nicht, dass das Werk des britischen Architekten James Stirling im Herbst in einer großen Retrospektive in Montreal gewürdigt wird. „Wir sehen ein wieder erstarkendes Interesse an Stirlings Werk, und ich bin sicher, dass er eine Zukunft hat“, sagte der französische Architekturhistoriker Irénée Scalbert, als er im Januar das WZB besuchte. Er hatte den von Stirling und Michael Wilford gestalteten Um- und Neubau des WZB zur Zeit der Fertigstellung (1988) nur von außen gesehen und verbrachte nun ein paar Stunden im Inneren des Gebäudes. Scalbert und eine Reihe anderer Architekturkritiker und -historiker haben gerade in einem Sonderheft der vom Niederländischen Architekturinstitut herausgegebenen Zeitschrift OASE Stirlings Architektur gewürdigt (OASE #79, NAI Uitgevers Rotterdam). Michiel Riedijk stellt das WZB-Gebäude vor in seinem Beitrag „The parachutist in the china shop“. In der Einleitung zu dieser Ausgabe der niederländisch-englischen Zeitschrift schreiben die Herausgeber, Stirling sei „an architect who believed that architecture needed to ‚speak‘ through its own accumulated language, but also one for whom this language is not dead, but held the key for invention. It is this understanding of architecture, to be used with both erudition and pragmatism, that we propose to examine (...)“. Gelehrsamkeit und Pragmatismus – keine schlechten Leitbegriffe für das Haus einer sozialwissenschaftlichen Institution.

Paul Stoop

Gastwissenschaftler

Seite 62

Berufungen

Seite 62

Ehrungen / Preise

Seite 62

Promotionen

Seite 63

Personalien

Seite 63

Personalien

Gastwissenschaftler

Dr. des. **Evelyn Ersanilli**, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“, geleitet von Ruud Koopmans, hat das WZB verlassen und arbeitet seit Anfang März als Research Officer am International Migration Institute der Universität Oxford. Sie forscht dort in dem von der EU im 7. Rahmenprogramm geförderten EUMAGINE-Projekt zum Einfluss von Perzeptionen von Demokratie und Menschenrechten auf internationale Auswanderungswünsche und -entscheidungen.

Ali Hedayat ist seit Januar 2010 Gastwissenschaftler in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“. Seit März 2008 ist er Doktorand am Institute for Advanced Studies in Lucca (Italien). Er hat Politikwissenschaft an der Universität Bremen und der Universität Århus studiert. In seiner Dissertation erforscht er die Mobilisierung von rechtsextremen und islamistischen Protestbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. **Jürgen Schmidt**, bis September 2009 Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“ sowie bei der Forschungsprofessur „Historische Sozialwissenschaften“, arbeitet seit Dezember 2009 an der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen des Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kollegs „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“.

Berufungen

Privatdozent Dr. **Dieter Gosewinkel**, Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in

Europa“, ist mit Datum vom 14. Oktober 2009 vom Präsidenten der FU Berlin die akademische Würde eines außerplanmäßigen Professors verliehen worden.

Dr. sc. **Eckhard Priller**, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“, wurde im Oktober 2009 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in den Projektbeirat zum 3. Freiwilligenurvey berufen.

Prof. Dr. **Gunnar Folke Schuppert** wurde in das Kuratorium des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. gewählt. Außerdem wurde er als Mitglied des Beirats des Hans-Bredow-Instituts für Medienforschung an der Universität Hamburg bestellt.

Prof. Dr. **Heike Solga** wurde als Mitglied des Senatsausschusses und des Bewilligungsausschusses für die Graduiertenkollegs der DFG wiederberufen. Seit November 2009 ist Heike Solga auch Mitglied des Kuratoriums des Programms „Lernen vor Ort“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Privatdozent Dr. **Rudolf Speth** hat am 1. Januar 2010 eine Vertretungsprofessur für das Fachgebiet „Politisches System/Staatlichkeit im Wandel“ am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel übernommen.

Prof. Dr. **Michael Zürn** ist seit Oktober 2009 Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift „Global Governance“ sowie Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Seit November 2009 ist er Beiratsmitglied des Exzellenzclusters „Normative Orders“ der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. Außerdem wurde er als Mitglied des Wissenschaftli-

chen Direktoriums des Instituts für Europäische Politik (iep) wiederernannt.

Ehrungen / Preise

Alexander Petring, Demokratieforscher in der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“, wird für seine Dissertation über die Reformtätigkeit von Wohlfahrtsstaaten mit dem Nachwuchspreis der Leibniz-Gemeinschaft in der Kategorie Geistes- und Sozialwissenschaften ausgezeichnet. Der mit 3.000 Euro dotierte Preis wird jährlich unter den bundesweit 86 Leibniz-Instituten für herausragende Doktorarbeiten ausgelobt. Außerdem wurde er mit dem A.SK-Fellowship der A.SK Academic Prize Foundation ausgezeichnet, gemeinsam mit Arolda Elbasani und Juan J. Fernandez.

Dr. **Markus Würz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Ungleichheit und soziale Integration“, wurde mit dem 14. Wissenschaftspreis (geteilt) der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen e. V. für seine Dissertation „Erlöse – Kosten – Qualität: Macht die Krankenhausträgerschaft einen Unterschied? Eine vergleichende Untersuchung von Trägerunterschieden im akutstationären Sektor in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika“ (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008) ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand am 16. Januar 2010 in München statt.

Dr. **Roland Habich** ist von der Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie auf der Jahrestagung 2009 am 9. November am WZB als Vorstandsmitglied bestätigt worden. Mit ihm wurden auch die weiteren bisherigen Vorstandsmitglieder wiederge-

wählt: Dr. **Susanne von Below** (Bundesministerium für Bildung und Forschung), Dr. **Heinz-Herbert Noll** (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften), Prof. Dr. **Annette Spellerberg** (TU Kaiserslautern) sowie als Sprecher Prof. Dr. **Jürgen Schupp** (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

Prof. Dr. em. **Wolfgang Zapf** wurde von der Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie der Titel des Ehrenvorsitzenden verliehen. Der Sprecher der Sektion, **Jürgen Schupp**, würdigte dabei auch seine Verdienste im Prozess der Vereinigung. Hier wirkte er als institutioneller Förderer der Sozialwissenschaften, insbesondere als es darum ging, den Soziologinnen und Soziologen der ehemaligen DDR institutionelle Brücken in die Profession zu bauen.

Promotionen

Philip Wotschack, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“, hat am 19. November 2009 am Institut für Soziologie der Universität Groningen (Niederlande) seine Dissertation mit dem Titel „Household Governance and Time Allocation“

„Four Studies on the Combination of Work and Care“ erfolgreich verteidigt und seine Promotion damit abgeschlossen.

Dipl.-Kauffrau **Margarita Kalamova**, Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“, hat im November 2009 ihre Promotion an der FU Berlin mit magna cum laude abgeschlossen. Sie hat am WZB im Rahmen des DFG-Projekts „Föderale Architektur und Standortwettbewerb“ im DFG-Schwerpunktprogramm 1142 „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“ ihre Dissertation zum Thema „Essays in International Trade and Public Economics“ angefertigt.

Personalien

Anke Geßner ist seit Oktober 2009 stellvertretende Vorsitzende der präsidialen Arbeitsgruppe „Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards“ der Leibniz-Gemeinschaft.

Prof. Dr. **Jürgen Kocka** nimmt von Anfang Januar bis Ende März 2010 eine Gastprofessur an der University of California, Los Angeles (UCLA), wahr. Im Anschluss folgt er einer Einladung zu einem Forschungsaufenthalt am John W. Kluge Center in der Library of Congress in Washington.

Dr. Dr. **Lydia Mechtenberg** nimmt am 1. April 2010 ihre Arbeit als Post-doc in der Abteilung „Verhalten auf Märkten“ im Schwerpunkt Märkte und Politik auf. Sie war seit Oktober 2010 Gast an der Princeton University, zuvor wissenschaftliche Assistentin bei Dorothea Kübler an der TU Berlin. Sie hat in Berlin und Mainz Volkswirtschaftslehre und Philosophie studiert und wurde in beiden Fächern promoviert. Sie arbeitet sowohl theoretisch als auch mit Experimenten zu Fragen der Verhaltens- und der Bildungsökonomie sowie in den Bereichen „Law and Economics“ und „Political Economy“.

Diplom-Politologe **Holger Straßheim**, seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Regulierung von Arbeit“, seit 2003 Abteilung „Innovation und Organisation“ und seit 2008 Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“, hat an die Humboldt-Universität zu Berlin gewechselt. Seit dem 1. Januar 2010 arbeitet er dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrbereich „Politische Soziologie und Sozialpolitik“ des Instituts für Sozialwissenschaften.

Arbeit und Sozialstaat
Seite 64

Zivilgesellschaft
Seite 65

Public Health
Seite 65

Industrie, Regulierung und Wettbewerbspolitik
Seite 65

Föderalismus, Steuern und Bürokratie
Seite 66

Mobilität und Umwelt
Seite 66

Bildung, Wissen, Innovation
Seite 67

Internationale Beziehungen
Seite 67


Demokratie und Konflikte
Seite 68

Migration und Integration
Seite 68

Publikationen

Arbeit und Sozialstaat

Alscher, Mareike, Dietmar Dathe, Eckhard Priller, Rudolf Speth, Monitor Voluntary Activities, No. 1: National and International Status of Voluntary Activities Research, Berlin: BMFSFJ 2009, 35 S.

Böhnke, Petra, Abwärtsmobilität und ihre Folgen: Die Entwicklung von Wohlbefinden und Partizipation nach Verarmung, 38 S.
 SPI 2009-205

Böhnke, Petra, Ulrich Kohler, „Well-Being and Inequality“, in: Göran Therborn, Stefan Immerfall (Eds.), Handbook of European Societies. Social Transformations in the 21st Century, Heidelberg: Springer Verlag 2010, S. 629–666

Dathe, Dietmar, Eckhard Priller, „Der Dritte Sektor in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“, in: Thomas Olk, Ansgar Klein, Birger Hartnuß (Hg.), Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 525–546

Giesecke, Johannes, „Socio-economic Risks of Atypical Employment Relationships. Evidence from the German Labour Market“, in: European Sociological Review, Vol. 25, No. 6, 2009, S. 629–646

Giesecke, Johannes, Roland Verwiebe, „Wachsende Lohnungleichheit in Deutschland. Qualifikations- und klassenspezifische Determinanten der Entlohnung zwischen 1998 bis 2006“, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 19, Nr. 4, 2009, S. 531–555

Gosewinkel, Dieter, „Introduction. Neither East nor West – New Approaches to Citizenship in Modern European History“, in: European Review of History (Revue européenne d'histoire), Vol. 4, No. 16, 2009, S. 499–501

Gosewinkel, Dieter, „Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit im Deutschen Kaiserreich“, in: Sven Oliver Müller, Cornelius Torp (Hg.), Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2009, S. 392–405


Gosewinkel, Dieter, „Citizenship“, in: Helmut Anheier, Stefan Toepler (Eds.), International Encyclopedia of Civil Society, Vol. 1, New York: Springer Verlag 2010 (im Erscheinen)

Gosewinkel, Dieter, „Thomas Marshall“, in: Helmut Anheier, Stefan Toepler (Eds.), International Encyclopedia of Civil Society, Vol. 2, New York: Springer Verlag 2010 (im Erscheinen)


Gosewinkel, Dieter, „Wandlungen der Staatsbürgerschaft in Deutschland und Frankreich von 1871 bis heute“, in: Rosemarie Beier-de Haan, Jan Werquet (Hg.), Fremde? Bilder von den „Anderen“ in Deutschland und Frankreich seit 1871, Dresden: Sandstein Verlag 2009, S. 38–47

Gosewinkel, Dieter, Stefan Meyer, „Citizenship, Property Rights and Dispossession in Postwar Poland (1918 and 1945)“, in: European Review of History (Revue européenne d'histoire), Vol. 4, No. 16, 2009, S. 575–595

Kohler, Ulrich, Estimating the Potential Impact of Non-voters on Outcomes of Parliamentary Elections in Proportional Systems with an Application to German National Elections from 1949 to

2005, 34 Seiten
 SP I 2009-206

Powell, Justin J.W., Heike Solga, „Analysing the Nexus of Higher Education and Vocational Training in Europe: a Comparative-Institutional Framework“, in: Studies in Higher Education, Vol. 35, No. 8, 2010 (im Erscheinen)

Powell, Justin J.W., Laurence Coutrot, Lukas Graf, Nadine Bernhard, Annick Kieffer, Heike Solga, Comparing the Relationship Between Vocational and Higher Education in Germany and France, 57 S.
 SP I 2009-506

Uhlig, Johannes, Heike Solga, Jürgen Schupp, „Bildungsungleichheiten und blockierte Lernpotenziale: Welche Bedeutung hat die Persönlichkeitsstruktur für diesen Zusammenhang?“, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38, Heft 5, 2009, S. 418–441

Saraceno, Chiara, „Politiche di conciliazione in Europa: uno strumento importante ma insufficiente“, in: Italianeuropei, Vol. IX, No. 4, 2009, S. 120–127


Saraceno, Chiara, „Vedi alla voce famiglia. La costruzione sociale e giuridica della sfera pubblica e della sfera privata“, in: Nuovi Argomenti, Ottobre/Dicembre 2009, No. 48, S. 27–38

Saraceno, Chiara, „Social Inequalities in Facing Old-age Dependency: a Bi-generational Perspective“, in: Journal of European Social Policy, Vol. 20, No. 1, 2010, S. 1–13

Schüttpelz, Anne, „Europäisierung jenseits des Misfits. Die Rolle interessierter Akteure für beschäftigungspolitische Anpassungsprozesse in Tschechien“, in: Arndt Sorge (Hg.), Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal,

Berlin: edition sigma 2009, S. 51–73

Solga, Heike, Der Blick nach vorn: Herausforderungen an das deutsche Ausbildungssystem, 26 S.

 SPI 2009-507

Trenz, Hans-Jörg, Nadine Bernhard, Erik Jentges, „Organisierte Zivilgesellschaft im EU Verfassungsprozess: Partner des Regierens oder Konstituent politischer Ordnung?“, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 19, Heft 3, 2009, S. 353–377

Zivilgesellschaft

Hennig, Marina, „Rollenverhalten und soziale Netzwerke in großstädtischen Familien“, in: Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research, Heft 3, 2009, S. 311–326

Kocka, Jürgen (Hg.), Work in Modern Society. The German Experience in European-American Perspective, New York/Oxford: Berghahn Books 2009, 240 S.

Kocka, Jürgen, Civil Society and Dictatorship in Modern German History, Lebanon, New England: Brandeis University Press 2010, 144 S.

Kocka, Jürgen, „Vom Umgang mit Diktaturerfahrungen“, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, Jg. 62, Heft 722, Juli 2009, S. 610–616

Kocka, Jürgen, „Erinnerung als Ressource und Problem“, in: Ursula Bitzegeio, Anja Kruke, Meik Woyke (Hg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn: J.H.W. Dietz 2009, S. 515–520


Kocka, Jürgen, „Naar een Europese civil society“, in: Govert J. Buijs, Paul Dekker, Marc Hooghe (Eds.), Civil Society. Tussen oud en nieuw, Amsterdam: Aksant 2009, S. 44–56

Public Health

Braun, Bernhard, Petra Buhr, Sebastian Klinke, Rolf Müller, Rolf Rosenbrock, Pauschalpatienten, Kurzlieger und Draufzahler – Auswirkungen der DRGs auf Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus, Bern: Verlag Hans Huber 2010, 311 S.

Geissler, Alexander, Markus Wörz, Reinhard Busse, „Krankenhauskapazitäten im internationalen Vergleich“, in: Jürgen Klauber, Max Geraedts, Jörg Friedrich (Hg.), Krankenhaus-Report 2010. Krankenhausversorgung in der Krise?, Stuttgart: Schattauer 2009, S. 25–40

Marstedt, Gerd, Rolf Rosenbrock, „Verhaltensprävention: Guter Wille allein reicht nicht“, in: Jan Böcken, Bernard Braun, Juliane Landmann (Hg.), Gesundheitsmonitor 2009. Gesundheitsversorgung und Gestaltungsoptionen aus der Perspektive der Bevölkerung, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2009, S. 12–37

Noweski, Michael, Primärprävention bei Kindern in Deutschland – Bestandsaufnahme und Kritik, 83 S.
 SPI 2009-304

Rosenbrock, Rolf, „Der Traum von der sozialen Pharmazie“, in: VDPP Rundbrief. Mitteilungen des Vereins demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten, Jg. 21, Nr. 10, 2009, S. 6–12

Rosenbrock, Rolf, „Geerbte Schwäche: Wenig Geld, wenig Gesundheit“, in: Stimme

der Familie, Jg. 56, Heft 4, 2009, S. 8–11


Rosenbrock, Rolf, „Gesundheit und Gerechtigkeit“, in: Andrea Wiesenauer, Sarah Sebinger (Hg.), Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Gesundheitliche Versorgung und Gesundheitsförderung – eine Frage der sozialen Gerechtigkeit?, Frankfurt a. M.: Mabuse Verlag 2009, S. 9–24

Wellmann, Holger, Jürgen Lempert-Horstkotte, Die präventiven Potentiale der Unfallversicherung. Zwischen Good Practice und verpassten Reformchancen, Berlin: edition sigma 2009, 258 S.

Wörz, Markus, „Unterschiedliche Träger von Krankenhäusern in den USA“, in: Nils Böhlke, Thomas Gerlinger, Kai Mosebach, Rolf Schmucker, Thorsten Schulten (Hg.), Privatisierung von Krankenhäusern. Erfahrungen und Perspektiven aus Sicht der Beschäftigten, Hamburg: VSA-Verlag 2009, S. 66–80

Wright, Michael T., „Das Unbehagen in der Partizipation. Ein (arche-)typisches Gespräch aus der Praxis“, in: Impulse, Jg. 64, 3. Quartal, September 2009, S. 9–10


Industrie, Regulierung und Wettbewerbspolitik

Barros, Pedro P., Joseph A. Clougherty, Jo Seldeslachts, How to Measure the Deterrence Effects of Merger Policy: Frequency or Composition?, 15 S.
 SP II 2009-13

Blöcker, Antje, Ulrich Jürgens, Heinz-Rudolf Meißner, Innovationsnetzwerke und Clusterpolitik in europäischen Automobilregionen. Impulse für Beschäftigung, Münster/Berlin: LIT-Verlag 2009, 269 S.

Botzem, Sebastian, „Konsultation statt Beteiligung. Die Bedeutung von Beratungsverfahren für die grenzüberschreitende Standardsetzung im Bereich der Unternehmensrechnungslegung“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 29–49

Buccirossi, Paolo, Lorenzo Ciari, Tomaso Duso, Giancarlo Spagnolo, Cristiana Vitale, *Deterrence in Competition Law*, 36 S.

 SP II 2009-14

Buccirossi, Paolo, Lorenzo Ciari, Tomaso Duso, Giancarlo Spagnolo, Cristiana Vitale, *Measuring the Deterrence Properties of Competition Policy: The Competition Policy Indexes*, 53 S.

 SP II 2009-15

Clougherty, Joseph A., *Competition Policy Trends and Economic Growth: Cross-National Empirical Evidence*, 36 S.

 SP II 2009-16

Clougherty, Joseph A., Tomaso Duso, „The Impact of Horizontal Mergers on Rivals: Gains to Being Left Outside a Merger“, in: *Journal of Management Studies*, Vol. 46, No. 8, 2009, S. 1365–1395

Dörrenbächer, Christoph, „Von der Macht der Schwächeren“. Oder: Woraus sich Tochtergesellschaften in Auseinandersetzungen mit ihren Konzernzentralen stützen können“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 221–235

Gottwald, Markus, Matthias Klemm, „Globale Organisation – globale Manager – globale Klasse? Eine empirische Rekonstruktion der Funktion und Bedeutung des Global-

managementdiskurses in transnationalen Organisationen“, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, Heft 4, 2009, S. 77–103

Okech, Jana, „Netzwerke als Form der Internationalisierung von Beratungsunternehmen“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 175–196

Quack, Sigrid, „Nationale Vielfalt als Ressource. Die Internationalisierung europäischer Rechtsanwaltskanzleien“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 159–174

Seldeslachts, Jo, Joseph A. Clougherty, Pedro P. Barros, „Settle for Now but Block for Tomorrow: The Deterrence Effects of Merger Policy Tools“, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 52, No. 3, 2009, S. 607–634

Sorge, Arndt (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*. Berlin: edition sigma 2009, 307 S.

Sorge, Arndt, „Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 9–26

Sorge, Arndt, Maryse Brand, Gerda Gemser, „Internationalisierung beginnt zu Hause und kann im Ausland enden“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 199–220

Teipen, Christina, „Zwischen nationalen Institutio-

nen und internationalen Prozessketten. Die Computerspielebranche in Deutschland, Schweden und Polen“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 105–133

Wortmann, Michael, „Hersteller, Einzelhändler und Importeure. Formen der Globalisierung im Bekleidungssektor“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 77–103

Föderalismus, Steuern und Bürokratie

Konrad, Kai A., „Suchkosten und das Körperschaftssteuerparadox“, in: Kai A. Konrad, Tim Lohse (Hg.), *Einnahmen- und Steuerpolitik in Europa: Herausforderungen und Chancen*, Frankfurt a. M.: Peter Lang 2009, S. 119–131

Konrad, Kai A., Dan Kovenock, „Competition for FDI with Vintage Investment and Agglomeration Advantages“, in: *Journal of International Economics*, Vol. 79, No. 2, 2009, S. 230–237

Vitols, Sigurt, „Die Großbanken und die Internationalisierung des deutschen Finanzsystems“, in: Arndt Sorge (Hg.), *Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal*, Berlin: edition sigma 2009, S. 135–153

Mobilität und Umwelt

Canzler, Weert, Andreas Knie, „E-Mobility – Chance für intermodale Verkehrsangebote und für eine automobilen Abrüstung“, in: UfU Themen und Informationen, Heft 66, 2009, S. 3–11

Simonis, Udo E., „Eine echte politische Weltautorität. Gründung einer Weltumweltorganisation“, in: Berthold Lange (Hg.), *Auf dem Wege zu Kants Weltbürgerrecht*, Würzburg: Ergon Verlag 2009, S. 139–147

Simonis, Udo E., „Internationales Jahr des Planeten Erde. Vier Berichte zur Lage“, in: ZAU – Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Jg. 19., Heft 1–2, 2009, S. 219–222

Simonis, Udo E., „Die Klimazocker“, in: Freitag. Das Meinungsmedium, 26. November 2009, S. 1 (auch veröffentlicht in: Forum Wissenschaft & Umwelt, http://www.fwu.at/echo/kommentar_simonis_2009.htm)

Simonis, Udo E., „Kopenhagen: Mini statt Multi?“, in: Sonnenseite Newsletter, 10. Januar 2010, <http://www.sonnenseite.com/Erneuerbare+Energien,Kopenhagen+Mini+statt+Multi,5,a14837.html>

Simonis, Udo E., „Kurzinterview zum Klimagipfel in Kopenhagen“, in: CO₂online, <http://www.klima-suchtschutz.de/klimaschutz/klimagipfel-spezial/beitrag/article/professor-udo-e-simonis-im-kurzinterview.html>

Bildung, Wissen, Innovation

Behrends, Jan C., „Im akademischen Prekariat. Wer sich heute für eine Laufbahn in der Wissenschaft entscheidet, riskiert den Abstieg aus der bürgerlichen Existenz“, in: Berliner Republik, Nr. 5, 2009, S. 10–11

Braun-Thürmann, Holger, Andreas Knie, Dagmar Simon, *Unternehmen Wissenschaft. Ausgründungen als Grenzüberschreitungen akademischer Forschung*, Bielefeld: transcript 2010, 191 S.

Ebner, Christian, *Neue Wege für die duale Berufsbildung – ein Blick auf Österreich, die Schweiz und Dänemark*, WZBrief Arbeit Nr. 4, November 2009, http://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-arbeit/WZBriefArbeit042009_ebner.pdf

Flink, Tim, „Außenwirtschaftspolitik: ein neues Handlungsfeld?“, in: *Forschung. Politik – Strategie – Management*, Jg. 2, Heft 3/4, 2009, S. 69–79

Graf, Lukas, „Applying the Varieties of Capitalism Approach to Higher Education: Comparing the Internationalization of German and British Universities“, in: *European Journal of Education*, Vol. 44, No.4, 2009, S. 569–585

Powell, Justin J.W., „Change in Disability Classification: Redrawing Categorical Boundaries in Special Education in the United States and Germany, 1920–2005“, in: *Comparative Sociology*, No. 9, 2010, S. 241–267

Schreiterer, Ulrich, „USA“, in: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel (Hg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 481–494

Simon, Dagmar, „Gespräch über Pro's und Con's der Einschätzung (des Ratings) geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschungsleistungen – eine wissenschaftspolitische Sicht“, in: *Qualität in der Wissenschaft, Zeitschrift für Qualitätsentwicklung in Forschung, Studium und Administration*, Jg. 3, Heft 3+4, 2010, S. 83–89

Stock, Jessica, Katrin Wagner, Christian Scherf, *Publikationserwartungen in Wissenschaftskarrieren – Publizieren in der außeruniversitären Forschung am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft*, 54 Seiten

SP III 2009-604

Torka, Marc, *Die Projektförmigkeit der Forschung*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009, 320 S.

Internationale Beziehungen

Hartlapp, Miriam, *Learning about Policy Learning. Reflections on the European Employment Strategy*, *European Integration online Papers*, Special Issue 1, Vol. 13, 2009, 16 S.

Rucht, Dieter, Roland Roth, „Global Governance – eine kritische Perspektive auf Weltbank, IWF und WTO“, in: Sebastian Botzem, Jeanette Hofmann, Holger Strassheim, Sigrid Quack (Hg.), *Governance als Prozess. Schriften zur Governance-Forschung*, Bd. 16, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 251–282

Schäfer, Stefan, „Die Zukunft des UNESCO-Welterbesystems: Reformansätze für das 21. Jahrhundert“, in: *Vereinte Nationen*, No. 6, 2009, S. 243–248

Weidner, Helmut, „Administrative Capacity Building for Sustainable Development“, in: Stéphane Nahrath, Frédéric Varone (Eds.), *Rediscovering Public Law and Public Administration in Comparative Policy Analysis: A Tribute to Peter Knoepfel*, Bern: Haupt Verlag, S. 99–122

Zürn, Michael, „Global Problem Solver. The European Age Did not Close with the End of the Cold War“, in: *Internationale Politik*, Global Edition, No. 11/12, 2009, S. 22–27

Zürn, Michael, „Wer regiert die Welt und mit welchem Recht?“, in: Volker Rittberger (Hg.), *Wer regiert die Welt*

und mit welchem Recht? Beiträge zur Global Governance Forschung, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft 2009, S. 19–37

Plehwe, Dieter, „Gewerkschaften in Europa. Gründe und Grenzen ihres defensiven Internationalismus“, in: Arndt Sorge (Hg.), Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal, Berlin: edition sigma 2009, S. 239–264

Demokratie und Konflikte

Behrends, Jan C., „Back from the USSR. The Anti-Komintern's Publications about Soviet Russia in Nazi Germany (1935–1941)“, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, Vol.10, 2009, S. 527–556

Behrends, Jan C., „Die ‚so-wjetische Rus‘ und ihre Brüder. Die slawische Idee in Russlands langem 20. Jahrhundert“, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg 59, Heft 12, 2009, S. 95–114

Behrends, Jan C., „Politische Führung in der Diktatur“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 2–3, 11. Januar 2010, S. 40–46

Geys Benny, Wars, Presidents and Popularity: The Political Cost(s) of War Re-examined, 24 S.

 SP II 2009-11

Heupel, Monika, „Die Gewaltökonomien der ‚Neuen Kriege‘“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 46, 9. November 2009, S. 9–14

Heupel, Monika, „Diamanten-, Holz- und Drogenschmuggel: Die Gewaltökonomien der ‚Neuen Kriege‘“, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Söldner, Schurken, Seepiraten: Von der Privatisierung

der Sicherheit und dem Chaos der ‚neuen‘ Kriege, Wien/Berlin: LIT Verlag 2009, S. 165–179

Höpner, Martin, Alexander Petring, Daniel Seikel, Benjamin Werner, Liberalisierungspolitik: Eine Bestandsaufnahme von zweieinhalb Dekaden marktschaffender Politik in entwickelten Industrieländern, MPIfG Discussion Paper 09/7, <http://www.wzb.eu/zkd/dsl/pdf/dp09-7.pdf>

Merkel, Wolfgang, Alexander Petring, Christian Henkes, Christoph Egle, Shehui Minzhu Dang de Gaige Nengli: Xiou Liuguo Shehui Minzhu Dang Zhizheng Zhengce Bijiao (Sozialdemokratische Reformfähigkeit: Vergleich der Regierungspolitik sechs sozialdemokratischer Parteien in Westeuropa), Chongqing: Chongqing Publishing House 2009, 402 Seiten

Merkel, Wolfgang, „Demokratie ‚durch‘ Krieg?“, in: Gunther Hauser, Michael Staack, Elmar Wiesendahl (Hg.), Zielsetzung und Wirksamkeit von Auslandseinsätzen, Bremen: Edition Temmen 2009, S. 13–43


Merkel, Wolfgang, „Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa“, in: Klemens H. Schrenk, Markus Soldner (Hg.), Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 545–562

Morcillo Laiz, Álvaro, Contentious Regions in the European Union: Nationalist Parties and the Coordination of European Policies in Federal Member States, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009, 210 S.

Rixen, Thomas, Paradiese in der Krise. Transparenz und neue Regeln für Steuer- und Regulierungs-oasen, Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Bd. 4, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung 2009, 52 S.

Grimm, Sonja, Erzwungene Demokratie. Politische Neuordnung nach militärischer Intervention unter externer Aufsicht, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2010, 420 S.

Kohler, Ulrich, Estimating the Potential Impact of Non-voters on Outcomes of Parliamentary Elections in Proportional Systems with an Application to German National Elections from 1949 to 2005, 34 S.

 SP I 2009-206

Krzywdzinski, Martin, „Organisatorischer Wandel von Gewerkschaften in postkommunistischen Ländern. Der Fall der Solidarnosc“, in: Industrielle Beziehungen, Jg. 16, Heft 1, 2009, S. 25–45

Neunhöffer, Gisela, „Zwischen transnationaler Öffnung und Zerfall. Postsowjetische Gewerkschaften im Umbruch“, in: Arndt Sorge (Hg.), Internationalisierung: Gestaltungschancen statt Globalisierungsschicksal, Berlin: edition sigma 2009, S. 265–288

Migration und Integration

Barwick, Christine, „Patterns of Discrimination against Blacks and Hispanics in the US Mortgage Market“, in: Journal of Housing and the Built Environment, 2009, DOI 10.1007/s10901-009-9165-x

Braun, Robert, Ruud Koopmans, „The Diffusion of Ethnic Violence in Germany: The Role of Social Similarity“, in: European Sociological Re-

view, Advance Access published on December 3, 2009, DOI 10.1093/esr/jcp056, <http://esr.oxfordjournals.org/cgi/reprint/jcp056v1>


Helbling, Marc, „Nationalism and Democracy: Competing or Complementary Logics?“, in: Living Reviews in Democracy, Vol. 1, 2009, <http://www.livingreviews.org/lrd-2009-7>

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Political Party Con-

testation over Europe in the Mass Media: Who Criticizes Europe, How, and Why?“, in: European Political Science Review, Vol. 1, No. 3, 2009, S. 435–463

Koopmans, Ruud, „Trade-Offs between Equality and Difference: Immigrant Integration, Multiculturalism and the Welfare State in Cross-National Perspective“, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 36, No. 1, 2010, S. 1–26

Michalowski, Ines, „Immigration to France. The Challenge of Immigrant Integration“, in: Uma A. Segal, Nazneen S. Mayadas, Doreen Elliott (Eds.), Immigration Worldwide Policies, Practices, and Trends, New York: Oxford University Press 2009, S. 79–94

Michalowski, Ines, Citizenship Tests in Five Countries – An Expression of Political Liberalism, 27 S.
 SP IV 2009-702

Sie haben die Wahl

Ein Mitmach-Experiment ohne Risiken und Nebenwirkungen

Dorothea Kübler

Wie ticken Marktteilnehmer in Volkswirtschaften? Das versuchen Ökonomen zu verstehen, nicht zuletzt mit dem Ziel, bessere Prognosen vorlegen zu können. In jüngster Zeit steht verstärkt die Frage im Vordergrund, inwieweit theoretisch abgeleitete Kriterien mit den tatsächlichen Entscheidungen realer Menschen übereinstimmen und welches Entscheidungsmodell die beste Vorhersagekraft besitzt. Eine der beliebtesten Methoden dieser Forschung ist das Entscheidungsexperiment.

Auch Sie als Leserin oder Leser der WZB-Mitteilungen können sich an einem solchen Entscheidungsexperiment beteiligen – und mit etwas Glück einen Preis gewinnen: Gutscheine, Geld oder Kombinationen aus beidem. Die Gewinner werden per Los unter allen Einsendern ausgewählt.

Die Antworten aller Teilnehmer fließen als Daten in aktuelle Forschungsprojekte der Technischen Universität Berlin, des WZB und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ein. Selbstverständlich werden die Daten anonymisiert ausgewertet. In der im Juni erscheinenden nächsten Ausgabe der WZB-Mitteilungen stellen wir die Ergebnisse vor und erläutern sie.

Wenn Sie teilnehmen möchten, füllen Sie bitte auf der Webseite <http://www.wzb.eu/mp/vam/experiment/> ein Entscheidungsformular aus. Das Formular sieht genauso aus wie das hier abgebildete. Sie können das Formular online ausfüllen und abschicken. Einsendeschluss ist der 16. April 2010. Die Preise werden innerhalb von sechs Wochen nach Einsendeschluss an die Gewinner verschickt. Pro Person ist nur eine einmalige Teilnahme möglich. Die Gutscheine gelten für das gesamte Sortiment von Amazon.de mit Ausnahme von Zeitschriften und Download-Produkten. Geldgewinne werden überwiesen. Unter allen Teilnehmern werden zehn Personen ausgelost, die ihre Gewinne entsprechend den Regeln dieses Experiments tatsächlich ausbezahlt bekommen.

Jeder Teilnehmer muss auf dem Formular zwei Entscheidungen treffen, mit denen er seine Vorlieben für die zur Auswahl stehenden Preise A, B, C oder D kundtut.

Preis A: Amazon.de-Gutschein über 52 Euro

Preis B: 42 Euro in bar

Preis C: Amazon.de-Gutschein über 34 Euro und 12 Euro in bar

Preis D: Amazon.de-Gutschein über 14 Euro und 30 Euro in bar

Und so funktioniert das Experiment:

Ihre Aufgabe ist es, die Preise A bis D zweimal in Ranglisten zu ordnen, in Rangliste (i) und Rangliste (ii). Für beide Ranglisten bitten wir Sie, eine vollständige Reihenfolge der von Ihnen bevorzugten Preise aufzustellen. Sie können auch nur drei oder weniger Preise pro Liste angeben, wenn die übrigen Preise Sie nicht interessieren. Die Wahrscheinlichkeit, einen Preis zu gewinnen, erhöht dies aber nicht. Bitte lesen Sie erst die Beschreibung beider Ranglisten, bevor Sie mit dem Ausfüllen des Online-Formulars beginnen. Nur eine Ihrer beiden Ranglisten geht tatsächlich in die Preisvergabe ein. Welche von beiden dies ist, bestimmt das Los. Dazu werden wir mit dem Computer einen Münzwurf simulieren, bei dem es eine gleich hohe Wahrscheinlichkeit für Kopf oder Zahl gibt. Ergibt der Münzwurf Kopf, kommt Rangliste (i) zur Anwendung. Ihr potenzieller Gewinn richtet sich dann also ausschließlich nach Ihrer Rangliste (i). Wenn der Münzwurf Zahl ergibt, verwenden wir ausschließlich Rangliste (ii).

Rangliste (i): Nach dieser Rangliste erhalten Sie den von Ihnen auf Platz eins gelisteten Preis mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit, den Preis auf Rang zwei mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 Prozent, den auf Rang drei mit 20 Prozent Wahrscheinlichkeit und den auf dem letzten Rang platzierten Preis sicher nicht – nämlich mit einer Wahrscheinlichkeit von 0 Prozent. Sie bekommen also nur einen der Preise, und je weiter oben Sie einen Preis platziert haben, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, diesen zu gewinnen.

Rangliste (ii): Nach dieser Rangliste bekommen Sie den von Ihnen erstplatzierten Preis mit einer 40-prozentigen Wahrscheinlichkeit, den Preis auf Rang zwei mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 Prozent und den

auf dem dritten Platz mit einer Wahrscheinlichkeit von 20 Prozent. Für den Preis auf dem vierten Platz bleiben 10 Prozent Wahrscheinlichkeit. Auch hier hängt also die Gewinnwahrscheinlichkeit eines Preises davon ab, wie hoch Sie ihn platziert haben.

Entscheidungsformular

Rangliste (i):					
Rang 1 für Preis:	A <input type="checkbox"/>	B <input type="checkbox"/>	C <input type="checkbox"/>	D <input type="checkbox"/>	(50 % Gewinn-Wahrscheinlichkeit)
Rang 2 für Preis:	A <input type="checkbox"/>	B <input type="checkbox"/>	C <input type="checkbox"/>	D <input type="checkbox"/>	(30 % Gewinn-Wahrscheinlichkeit)
Rang 3 für Preis:	A <input type="checkbox"/>	B <input type="checkbox"/>	C <input type="checkbox"/>	D <input type="checkbox"/>	(20 % Gewinn-Wahrscheinlichkeit)
Rang 4 für Preis:	A <input type="checkbox"/>	B <input type="checkbox"/>	C <input type="checkbox"/>	D <input type="checkbox"/>	(0 % Gewinn-Wahrscheinlichkeit)
Rangliste (ii):					
Rang 1 für Preis:	A <input type="checkbox"/>	B <input type="checkbox"/>	C <input type="checkbox"/>	D <input type="checkbox"/>	(40 % Gewinn-Wahrscheinlichkeit)
Rang 2 für Preis:	A <input type="checkbox"/>	B <input type="checkbox"/>	C <input type="checkbox"/>	D <input type="checkbox"/>	(30 % Gewinn-Wahrscheinlichkeit)
Rang 3 für Preis:	A <input type="checkbox"/>	B <input type="checkbox"/>	C <input type="checkbox"/>	D <input type="checkbox"/>	(20 % Gewinn-Wahrscheinlichkeit)
Rang 4 für Preis:	A <input type="checkbox"/>	B <input type="checkbox"/>	C <input type="checkbox"/>	D <input type="checkbox"/>	(10 % Gewinn-Wahrscheinlichkeit)

Wenn Sie teilnehmen möchten, gehen Sie bitte auf die folgende Internetseite:
<http://www.wzb.eu/mp/vam/experiment/>
 Dort können Sie das Entscheidungsformular direkt ausfüllen und abschicken.



EIN PRÄCHTIGES BUCH, GNÄDIGE FRAU! UND - WAS GANZ AUßERGEWÖHNLICH IST - ES WURDE NOCH NIE NACHGEDRUCKT!

© Peter van Straaten

Bet und arbeit !



„Bet' und arbeit!“ ruft die Welt. Bete kurz, denn Zeit ist Geld! An die



Türe pocht die Not, bete - kurz, denn Zeit ist Brot.

- | | |
|---|--|
| 1 „Bet' und arbeit!“ ruft die Welt.
Bete kurz! denn Zeit ist Geld.
An die Türe pocht die Not –
bete kurz!, denn Zeit ist Brot. | 7 Was ihr hebt ans Sonnenlicht,
Schätze sind es für den Wicht;
was ihr webt, es ist der Fluch
für euch selbst – ins bunte Tuch. |
| 2 Und du ackerst, und du säst,
und du nietest, und du nähst,
und du hämmerst, und du spinnst –
sag, o Volk, was du gewinnst! | 8 Was ihr baut, kein schützend Dach
hat's für euch und kein Gemach;
was ihr kleidet und beschuht,
tritt auf euch voll Übermut. |
| 3 Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht,
schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
füllst des Überflusses Horn,
füllst es hoch mit Wein und Korn. – | 9 Menschenbienen, die Natur,
gab sie euch den Honig nur?
Seht die Drohnen um euch her!
Habt ihr keinen Stachel mehr? |
| 4 Doch wo ist dein Mahl bereit?
Doch wo ist dein Feierkleid?
Doch wo ist dein warmer Herd?
Doch wo ist dein scharfes Schwert? | 10 Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will. |
| 5 Alles ist dein Werk! o sprich,
alles, aber nichts für dich!
Und von allem nur allein,
die du schmiedst, die Kette, dein? | 11 Deiner Dränger Schar erblaßt,
wenn du, müde deiner Last,
in die Ecke lehnst den Pflug,
wenn du rufst: Es ist genug! |
| 6 Kette, die den Leib umstrickt,
die dem Geist die Flügel knickt,
die am Fuß des Kindes schon
klirrt – o Volk, das ist dein Lohn. | 12 Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot! |

„Ora et labora“ – in einer Variante der Arbeiterbewegung. Ferdinand Lassalle brauchte für den von ihm mit gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine Hymne. Diese solle „kämpferisch“ und „zugkräftig“ sein, heißt es in einem Brief Lassalles an den Schriftsteller Georg Herwegh, den er um einen Text bat. Das Lied, zu dem Peter Heinz die Melodie schrieb, wurde erstmals im November 1863 in einer Flugschrift publik gemacht – und prompt beschlagnahmt. Das Kampflied ist auch Ausdruck einer Haltung zur Arbeit an sich. Seit der Antike wurden der Arbeit unterschiedliche Qualitäten und Bedeutungen beigemessen. Die Arbeiterbewegung machte zwar einerseits die Mühsal der Arbeit zum Thema, zugleich aber war die Arbeit für sie Quelle von Stolz und Selbstbewusstsein. Jürgen Schmidt und Jürgen Kocka betrachten den Wandel des Arbeitsbegriffs über die Jahrhunderte in ihrem Essay auf den Seiten 30–35.